

**Die weichen Pläne
im neuen ökonomischen System
Mitteldeutschlands**

**Eine Untersuchung der Verhaltensweisen
in sozialistischen Betrieben**

Inauguraldissertation

zur

Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von

Yak Yeow Kueh

Diplom-Volkswirt aus Simanggang/Malaysia

Marburg 1966

Druck von E. Mauersberger in Marburg



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554426_0029

Die weichen Pläne im neuen ökonomischen System Mitteldeutschlands

**Eine Untersuchung der Verhaltensweisen
in sozialistischen Betrieben**



Inauguraldissertation

zur

**Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der**

**Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg**

vorgelegt von

Yak Yeow Kueh

Diplom-Volkswirt aus Simanggang/Malaysia

Marburg 1966

Druck von E. Mauersberger in Marburg



Als Dissertation
von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
angenommen am 19. Dezember 1966

Berichterstatter: Professor Dr. Hensel
Mitberichterstatter: Professor Dr. Hamm

Tag der mündlichen Prüfung: 22. Dezember 1966

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	
<u>Erster Teil</u> DAS PROBLEM - TENDENZ ZU WEICHEN PLÄNEN	1
I. Das Zustandekommen der betrieblichen Pläne	1
II. Die Planziele und die Verhaltenstendenzen der Betriebe	2
A. Die ökonomischen Planziele	2
B. Die politischen Planziele	4
III. Die Plandaten der Betriebe	5
A. Der Sinn der wirtschaftspolitischen Datensetzung	5
B. Das Prinzip der Planerfüllung	6
C. Das System der Plankennziffern	6
D. Die ökonomischen Einzelhebel	8
E. Die rechtlichen Plandaten	9
IV. Das Planverhalten der Betriebe	9
A. Planziele, Plandaten, Planverhalten	9
B. Die Tendenz zu weichen Plänen	10
C. Die Manipulation der Plankennziffern	11
D. Die Abwehr gegen die Einzelhebel	15
<u>Zweiter Teil</u> DIE LÖSUNGSVERSUCHE	18
I. Die Ansätze	18
A. Das Prinzip: Planüberbietung versus Planübererfüllung	18
B. Der Gewinn und die ökonomische Geschlossenheit der Einzelhebel	22
II. Das Prinzip der Planüberbietung und die neuen Prämienstaffeln	25
A. Die "Hundertprozent-Fetischisierung"	25
B. Die neue Gewinn-Prämien-Tabelle und das Prinzip der Planüberbietung	28
C. Die Planreaktionen der Betriebe	35
D. Die planmethodischen Auswege	43
E. Die langfristigen Prämiennormative	44

	Seite
III. Die Hauptkennziffer Gewinn und die Korrektive	47
A. Gewinn versus Bruttoproduktion	47
B. Der "Kult der Bruttoproduktion"	48
C. Der Gewinn als Erfolgsindikator	53
IV. Der Kredit- und Zinshebel	64
A. Zweck und Arbeitsweise der Kredit- und Zinskontrolle	64
B. Die weiche Manipulation der Umlaufmittelnormen	69
C. Praktiken der "Fremdfinanzierung"	74
D. "Zinsindifferentes" Verhalten	78
V. Die Produktionsfondsabgabe als "Zinersatz"	80
A. Problemstellung und Zielsetzungen der Produktionsfondsabgabe	80
B. Die Tendenz zu weichen Plänen	86
C. Die Produktionsfondsabgabe und die Lagerhaltung der Betriebe	89
D. Die Produktionsfondsabgabe und das Anlagenverhalten der Betriebe	94
E. Die Produktionsfondsabgabe als Gewinn-determinante	107
F. Die Produktionsfondsabgabe und die Investitionseffizienz	113
G. Produktionsfondsabgabe und "Zinsverhalten"	118
H. Der Zins im System der zentralen Investitionslenkung	121
VI. Die ökonomische Qualitätskontrolle	124
A. Die Bruttoproduktion und die Qualitätsverschlechterung	124
B. Das neue System der qualitätsorientierten Preisdifferenzierungen	126
C. Das neue ökonomische Qualitätsverhalten	129
D. Der administrative Charakter der Qualitätskontrolle	137
Anlagen	139
Literaturverzeichnis	144

V o r w o r t

Die vorliegende Untersuchung ist eine Fallstudie der 1963 in Mitteldeutschland eingeleiteten Wirtschaftsreform. Sie analysiert die ersten Ergebnisse dieser Reform im Hinblick auf die Frage, ob und inwieweit die bekannten mikroökonomischen Unwirtschaftlichkeiten, die sich in der Tendenz zur Aufstellung sogenannter "weicher" Betriebspläne zeigen, bereits eliminiert werden konnten. Von besonderem Interesse sind die Wirkungen der neuen Gewinnanreize und der eingeführten Verzinsung des betrieblichen Anlagevermögens auf die Verhaltensweisen der Betriebe. Auch der Wirkungsgrad anderer Lenkungsmittel wie Prämien, Kreditzinsen und Preise, die nun zusammen mit dem zum Erfolgsindikator erhobenen Gewinn das "in sich geschlossene System ökonomischer Hebel" bilden, wird anhand der ersten Ergebnisberichte geprüft.

Gewinn und Kapitalverzinsung sollen als ökonomische Hebel auf die unternehmerischen Entscheidungen im Sinne betrieblicher Rationalität einwirken. Das wird vielfach als Abkehr von der marxistischen Wirtschaftstheorie und als Zeichen politischer Liberalisierung aufgefaßt. Einer derartigen Auffassung widersprechen indessen die tatsächlichen Wirkungen dieser ökonomischen Experimente. Worin besteht nun die spezifisch "sozialistische" Natur des Gewinns? Können Gewinnstreben und Kapitalzins im System zentraler Lenkung die gleichen morphologischen Funktionen wie in der Marktwirtschaft erfüllen und die betriebliche Leistung erhöhen? Solche Fragen werden Hauptgegenstand der vorliegenden Arbeit sein.

Die Untersuchung umfaßt die Zeit von Beginn der Reformexperimente im Jahre 1963 bis Oktober 1966. Diese Zeitspanne ist zwar recht kurz, um endgültige Urteile daraus gewinnen zu können, aber das reichhaltige Material, und zwar hauptsächlich Berichte aus mitteldeutschen Fachzeitschriften, bot doch deutliche Einblicke in die Art und Weise der Reaktionen seitens der Betriebe auf die neuen Daten, so daß aus ihnen bereits eine Reihe wertvoller Schlüsse gezogen werden konnte.

Die Arbeit ist unter Herrn Professor Dr. K. P. Hensel, meinem sehr verehrten Lehrer, in der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme der Universität Marburg / L. geschrieben worden. Ihm gilt mein herzlichster Dank für seine kritischen Hinweise und darüber hinaus für seine freundschaftliche Leitung und Hilfe während meines Studiums in Deutschland. Sehr nützlich für die Vollendung der Arbeit war auch mein einjähriger Studienaufenthalt von 1965 bis 1966 an der Freien Universität Berlin, wo mir dankenswerterweise die Bibliothek des Osteuropa-Institutes mit ihren umfangreichen Quellen zur Ost-Wirtschaft zur Verfügung stand. Von Berlin aus war es mir auch möglich, wissenschaftliches Material in der DDR einzusehen und mit Gewerkschafts- und Betriebspraktikern in Ost-Berlin zu diskutieren.

Nicht zuletzt möchte ich bei dieser Gelegenheit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, Bad Godesberg, für die mir während meines Studienaufenthalts in Deutschland von 1961 bis 1966 gewährten Stipendien meine Dankbarkeit aussprechen.

Erster Teil: Das Problem - Die Tendenz zu weichen Plänen

I. Das Zustandekommen der betrieblichen Pläne

Im System zentraler Lenkung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses, wie es in Mitteldeutschland und auch in den anderen sowjetischen Ländern realisiert ist, werden die betrieblichen Pläne auf folgende Weise erarbeitet: Die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) als wirtschaftliches Lenkungsorgan schreiben in Mitteldeutschland den Betrieben eine Reihe von verbindlichen Plankennziffern als Planaufgabe vor. Solche Plankennziffern sind von den zentralen Plänen abgeleitet und erfassen in der Regel die wesentlichen Teilaspekte des betrieblichen Leistungsprozesses. Anzahl und Art solcher Kennziffern ändern sich von Zeit zu Zeit, insbesondere von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig oder auch von Betrieb zu Betrieb. Im allgemeinen handelt es sich um Kennziffern, wie Produktionsauflage: Bruttoproduktion, Warenproduktion, nach Sortiment, Qualität, Menge und Liefertermin; Selbstkostensenkungsaufgabe: betriebliche Lohnsumme, durchschnittliche Jahresplanbestände und nicht zuletzt Gewinn. Anhand derartiger Plankennziffern müssen die Betriebe ihre Pläne ausarbeiten. Dazu gehören z.B. der Produktionsplan, der Investitionsplan, der Kapazitätsplan, der Materialplan, der Arbeitskräfteplan, der Kosten- und Ergebnisplan, der Umlaufmittelplan usw. Alle diese Pläne sind Bestandteile des sogenannten betrieblichen Tech-Prom-Fin-Planes.¹⁾ - Die

1) Eine Abkürzung aus dem Russischen, die die Einheit von technischer, güterwirtschaftlicher und finanzieller Planung ausdrücken soll. - Zum Begriff Tech-Prom-Fin-Plan vgl. W. Förster, Artikel "Betrieb", Teil B, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft (Vergleichende Enzyklopädie), Band I, Freiburg/Br. 1966, Spalte 650. Zur Ausarbeitung und zum Inhalt des Tech-Prom-Fin-Plansystems vgl. J. Thamm/H. Lange/G. Knauthe, Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebs, Berlin (-Ost) 1953. Ferner H.-U. Post, Das System der Wirtschaftsrechnung bei der Planverwirklichung in der volkseigenen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik, Diss. Freiburg 1955.

betrieblichen Pläne werden vorerst als Projektbetriebspläne der Zentrale eingereicht; nach Bestätigung bzw. Korrektur werden sie dann verbindlich.¹⁾ Auf diese Art werden die betrieblichen Pläne in das zentrale Plansystem einbezogen.²⁾ Man kann auch sagen, daß das System der betrieblichen Pläne, die praktisch nur die vorgegebenen Plankennziffern konkretisieren, ein Hilfsverfahren zur Herbeiführung des gesamtwirtschaftlichen Plansystems darstellt.³⁾

II. Die Planziele und die Verhaltenstendenzen der Betriebe

A. Die ökonomischen Planziele

An der Verwirklichung dieses Systems der betrieblichen Pläne wirken zahlreiche Menschen mit. Das sind die Betriebsleiter, die einzelnen betrieblichen Fachdirektoren, Abteilungsleiter, Meister und die einzelnen Mitglieder der Belegschaft. Es ist nun denkbar, daß sich alle diese einzelnen Menschen als Gehalts- oder Lohnempfänger gegenüber der Planverwirklichung "indifferent" verhalten. Denn aufgrund des Staatseigentums werden in diesem System der zentralen Lenkung grundsätzlich die Gewinne dem Staatshaushalt zugeführt und Verluste aus diesem finanziert. Deshalb wird nach dem Leninschen Prinzip der materiellen Interessiertheit ein System von Prämienanreizen und -kontrollen dazu benutzt, um die Betriebsbelegschaft zu höheren Leistungen anzuspornen.

-
- 1) Zum betrieblichen Planungsprozeß vgl. u.a. H. Heuer, Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes. Volks- und betriebswirtschaftliche Schriften der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Heft 10, Berlin 1958.
 - 2) Zum Zusammenhang zwischen zentralen und betrieblichen Plankennziffern vgl. G. Famula, Ökonomische Kennziffern im System der innerbetrieblichen Planung und Kontrolle der sozialistischen Betriebe der Leichtindustrie. Berlin (-Ost) 1959.
 - 3) K. P. Hensel, Planwirtschaft, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8, Tübingen 1964, S. 334.

So werden die Prämien je nach dem Grad der Erfüllung der wichtigsten vorgegebenen Plankennziffern dem Betrieb als Ganzem gewährt und von diesem auf die einzelnen Mitglieder der Belegschaft aufgeteilt. Die Prämiensumme macht in der Regel einen wesentlichen Teil des Gesamteinkommens der Belegschaft, insbesondere der Betriebsleiter und der einzelnen Fachdirektoren, aus. Werden die Plankennziffern von den Betrieben jedoch nicht erreicht, entgehen ihren Belegschaftsmitgliedern die Prämieineinkommen; so gesehen, bedeutet diese Art der Prämienzuteilung einen starken materiellen Anreiz. Die Arbeiter werden einen massiven Druck auf die Betriebsleitung ausüben, die Betriebspläne so sorgfältig wie möglich auszuarbeiten und durchzuführen, damit die Prämienzahlungen gesichert sind.

Nach jahrzehntelangen Experimenten in der Sowjetunion und nach dem 2. Weltkrieg auch in anderen Ostblockstaaten hat sich aber das System der Leistungsanreize und -kontrollen so weit eingebürgert, daß das Streben nach Prämien seitens der Betriebe im System der zentralen Lenkung heutzutage praktisch eine Art "Gewinnersatz" darstellt.¹⁾ So wie die Betriebe im System der dezentralen Lenkung nach Gewinn streben, so konzentrieren sich die Betriebe sowjetischen Typs bei ihren Plandispositionen stets auf die Erzielung von Prämien. Auf die gleiche Weise reagieren die Menschen im Betrieb, weil auch die Aufteilung der gesamtbetrieblichen Prämiensumme auf die einzelnen Belegschaftsmitglieder nach bestimmten Leistungskriterien erfolgt; so z.B. nach dem Grad der Erfüllung der Arbeitszeitnormative, der Materialverbrauchsnormen, der Kapazitätsausnutzungsnormen, nach der Qualität der Produktion und dergl.

1) Vgl. insbesondere J. S. Berliner, *Factory and Manager in the USSR*. Cambridge (USA) 1957, S. 25 ff.; ders., *The Informal Organisation of the Soviet Firm*, in: Leeman, *Capitalism, Market Socialism and Central Planning*, Boston 1963, S. 344. - Ferner J. Kornai, *Overcentralisation in Economic Administration, a critical Analysis based on Experience in Hungarian Light Industry*. Oxford 1959, S. 72 ff.

Hieraus wird deutlich, daß das allgemeine Planziel der Betriebe und der einzelnen Belegschaftsmitglieder im System der zentralen Lenkung stets die Prämienzielung ist. Dieses Verhalten vollzieht sich durchaus im Sinne der einzelwirtschaftlichen Rationalität; denn Prämieineinkommen bedeuten für die Belegschaftsmitglieder ja zusätzliche Einkommen, mit denen sie ihre außerwirtschaftlichen Ziele - seien sie individueller, familiärer oder gruppengemeinschaftlicher Art - besser befriedigen können. Dieses einzelwirtschaftliche Kalkül braucht sich jedoch, was besonders wichtig ist, nicht mit der gesamtwirtschaftlichen Rationalität zu decken, vielmehr ist in diesem ökonomischen Kalkül der Betriebe selbst schon der Anhaltspunkt zur Tendenz der weichen Pläne erkennbar: Solange die Prämienzahlung von dem Grad der Planerfüllung abhängig ist, geht das Streben der Betriebe stets dahin, möglichst leicht erfüllbare, sogenannte weiche Pläne von den wirtschaftlichen Lenkungsorganen zu erhalten.¹⁾

B. Die politischen Planziele

Zuweilen wird das Geltungsinteresse der Betriebsleiter oder auch anderer wichtiger Fachdirektoren ebenfalls als Planziel der Betriebe genannt. Geltungsinteresse bedeutet hier, daß es für das betriebsleitende Personal ein großes Risiko darstellt, die Pläne, an deren Aufstellung sie selber mitgewirkt haben und die von der politischen Führung genehmigt wurden, nicht zu verwirklichen. Positiv ausgedrückt, könnten also vermittels Planerfüllung bzw. -übererfüllung auch das soziale Ansehen sowie die politischen Aufstiegschancen der Führungsschicht der Betriebe verbessert werden.

Natürlich spielt dieser Gesichtspunkt der politischen Geltung auch eine wichtige Rolle für die Aufstellung der betrieblichen

1) Vgl. Berliner, The Informal Organisation ..., a.a.O., S. 344.

Pläne, zumal da die führenden Personen der Betriebe in der Regel zugleich Mitglieder der Staatspartei sein dürften. Aber der Zusammenhang zwischen Planerfüllung und politischer Anerkennung macht deutlich, daß sich ein derartiges Geltungsinteresse als Plangesichtspunkt i.d.R. grundsätzlich in das materielle Interesse, Prämien zu erlangen, eingliedern läßt. Denn Prämien als materielle Anerkennung der betrieblichen Leistungen verankern ja gleichzeitig die politisch-moralische Anerkennung der einzelnen Mitglieder der Betriebsleitung - ein Sachverhalt, den Berliner, einer der führenden amerikanischen Experten des sowjetischen Wirtschaftssystems, an Hand sowjetischer Beispiele bereits ausgiebig dargestellt und erörtert hat.¹⁾ Für unsere Betrachtung dürfen wir also stets nur von dem ökonomischen Planziel, dem Prämienstreben vermittels Planerfüllung, ausgehen.

III. Die Plandaten der Betriebe

A. Der Sinn der wirtschaftspolitischen Datensetzung

Nachdem wir die Planziele der Betriebe und damit die wichtigste ökonomische Determinante des Betriebsverhaltens bestimmt haben, ist als nächstes darzustellen, welchen ökonomischen Plandaten die Betriebe hinsichtlich ihrer Verhaltensweise gegenüberstehen. Hierbei erscheint die Bemerkung besonders wichtig, daß im System zentraler Lenkung die politische Führung stets bemüht ist und auch bemüht sein muß, durch sinnvolle Datensetzung für die betriebliche Planung die betriebliche Verhaltensweise in Richtung auf die gesamtwirtschaftliche Rationalität zu lenken oder gar zu zwingen. Dies ergibt sich schon aus der oben angedeuteten Tendenz zu weichen Plänen.

Aus unseren Darlegungen über das Zustandekommen der betrieblichen Pläne sowie der Bestimmung der Planziele seitens der

1) Berliner, The Factory and Manager ..., a.a.O., S. 44 ff.

Betriebe dürfte bereits erkennbar sein, worin eine derartige wirtschaftspolitische Datensetzung hauptsächlich besteht. Neben den zentral vorgegebenen Plankennziffern besteht sie insbesondere in der Gestaltung des Prinzips der Planerfüllung.

B. Das Prinzip der Planerfüllung

Das Prinzip der Planerfüllung ist für die politische Führung von größter Bedeutung, denn die betrieblichen Pläne sind, wie gezeigt, Bestandteile und Grundlage des zentralen Plansystems. Werden die einzelnen Pläne nicht erfüllt, dann wird das zentrale Plansystem und damit der gesamte Wirtschaftsprozess gestört. Aus diesem Grunde muß die politische Führung stets bemüht sein, die Betriebe an der Erfüllung, aber vor allem - wie noch zu zeigen ist - an einer hohen Übererfüllung der Pläne zu interessieren. Wirksamstes Mittel hierfür ist das Prämiensystem.

Die Betriebe ihrerseits aber stehen bei ihren Planentscheidungen stets dem Sachverhalt gegenüber, daß ihnen mit der Planerfüllung bzw. -übererfüllung eine bestimmte Höhe von Prämien zukommen würde. Von daher könnte man sagen, daß sich aus dem Prinzip der Planerfüllung als betriebliches Plandatum das Prämiensystem ergibt, das in concreto in einer Prämientabelle erkennbar wird. Für unterschiedlich hohe Planerfüllung der jeweiligen Auflageziffern werden verschieden hohe Prämiensätze bestimmt. Es fragt sich, welche Konsequenzen sich aus den Planzielen der Betriebe sowie aus der Datensetzung seitens der politischen Führung für die Verhaltensweise der Betriebe bei der Planung ergeben.

C. Das System der Plankennziffern

Neben dem Prinzip der Planerfüllung ist das System der Plankennziffern wichtigste wirtschaftspolitische Datensetzung der

politischen Führung für die Betriebe. Die politische Führung versucht, das Kennziffernsystem so anzulegen, daß die einzelnen Planziffern "die Entscheidungsbefugnisse der leitenden Personen im Betrieb so begrenzen, daß die Betriebspläne den zentralen Planabsichten nicht zuwiderlaufen, sondern daß die zentralen Pläne in den Betriebsplänen konkretisiert werden."¹⁾ Mit anderen Worten: Mit dem System der verbindlichen Plankennziffern sollen die Betriebe so eingekreist werden, daß sie im Sinne der Planziele der politischen Führung handeln.

So wird beispielsweise mit der Plankennziffer Bruttoproduktion bezweckt, daß die Betriebe ihre Kapazität möglichst hoch auslasten und damit möglichst viel ausbringen. Durch die Selbstkostensenkungsaufgabe dagegen soll verhindert werden, daß eine zu einseitige Orientierung auf Produktionsausweitung zu Lasten einer optimalen Kapazitätsausnutzung betrieben wird. Durch die Sortimentskennziffer soll die Herstellung von bestimmten, besonders wichtigen Erzeugnissen gewährleistet werden. Eine Selbstkostensenkung auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse soll durch die Einführung der Qualitätskennziffer verhindert werden. Ferner sollen mit der Kennziffer für die durchschnittliche Höhe der Jahresplanbestände unnötig große Vorräte vermieden und der betriebliche Umschlagsprozeß soll beschleunigt werden.

Alle diese Plankennziffern sind für die Betriebe Plandaten, die sie hinnehmen und bei der Ausarbeitung den Betriebsplänen zugrunde legen müssen. Da nun die Prämienzuteilung von der Erfüllung der Plankennziffern abhängig ist, ergibt sich die Frage, ob durch dieses Streben nach Prämien und damit nach Erfüllung bzw. Übererfüllung der verschiedenen Kennziffern tatsächlich auch eine Rationalität im gesamtwirtschaftlichen Sinne bewirkt wird!

1) G. Gutman, Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft, Stuttgart 1965, S. 97.

D. Die ökonomischen Einzelhebel

Neben den verbindlichen Plankennziffern, die für die betriebliche Planung und Kontrolle unerlässlich sind, wendet die politische Führung im System der zentralen Lenkung des Wirtschaftsprozesses das "System ökonomischer Hebel"¹⁾ an, um die betrieblichen Verhaltensweisen in Richtung auf die zentralen Planinteressen zu beeinflussen.

Diese ökonomischen Hebel, die die Betriebe ebenfalls als Plandaten schon bei der Aufstellung ihrer Pläne zu berücksichtigen haben, sind z.B. das bereits erwähnte Prämiensystem, die Zins- und Kreditpolitik und gewisse Regelungen der staatlichen Banken, die den Zahlungsverkehr betreffen.

Geht es z.B. darum, Planvorhaben durchzuführen, die im "volkswirtschaftlichen Interesse" vordringlich zu erfüllen sind, können in den betreffenden Betrieben hierfür Bankkredite mit besonders niedrigen Zinssätzen gewährt werden. Zur Finanzierung zusätzlicher, in den Betriebsplänen nicht vorgesehener Investitionen für betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen können die Betriebe außerdem Kredite bei den Banken beantragen. Andererseits werden für Kredite, die infolge selbstverschuldeter Überplanbestände in Anspruch genommen werden, besonders hohe Zinssätze berechnet.²⁾

-
- 1) Der Begriff ökonomische Hebel in dem gleich darzustellenden Sinne tritt insbesondere im Zusammenhang mit dem "in sich geschlossenen System ökonomischer Hebel" im Rahmen des mitteldeutschen Neuen Ökonomischen Systems (NÖS) der Planung und Leitung der Volkswirtschaft hervor. Sie waren als solche aber auch bereits vorher angewandt worden und unter dem Begriff "Hebel" bekannt. Vgl. "Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluß des Präsidiums des Ministerrats der DDR vom 11.7.1963", (Brosch.) Berlin (-Ost) 1963, S. 13 f., 48 ff.
 - 2) Die Analyse der einzelnen Hebel nach ihrer Wirksamkeit vor und nach dem Inkrafttreten des NÖS bildet den Hauptteil der vorliegenden Arbeit. An dieser Stelle wollen wir sie nur kurz erwähnen.

E. Die rechtlichen Plandaten

Wir haben im vorangegangenen bereits die wichtigsten Plandaten der Betriebe dargestellt. Erwähnt sei ferner, daß die Planaufstellung selbst, die sich in dem dreistufigen Planungsprozeß - staatliche Kennziffernvorgabe, betriebliche Planvorschläge und zentrale Planaufgabe - zu vorge-schriebenen Terminen vollzieht, ebenfalls für die Betriebe unabdingbares Datum ist.

Schließlich zählen zu den betrieblichen Plandaten auch die zahlreichen rechtlichen "Vorschriften über das betriebliche Rechnungswesen, wie Buchhaltung, Kontenrahmen, Abschreibungen, Bewertungen, Bilanzierung; ... weiter ... über die Ausstattung der Betriebe mit Geldmitteln, Gewährung und Rückzahlung von Krediten sowie Vorschriften über Zahlungsbedingungen und sonstige Regelungen des Zahlungsverkehrs."¹⁾

Solche rechtliche Daten stellen insgesamt ein System von administrativ-organisatorischen Rahmen-Kontrollen dar. Inwieweit das System als solches wirksam sein kann, ist die allgemeine Frage nach der Wirksamkeit bürokratischer Kontrollen. Wir können sie im Verlauf unserer Untersuchung gegebenenfalls nur am Rande erwähnen.

IV. Das Planverhalten der Betriebe

A. Planziele, Plandaten, Planverhalten

Nunmehr können wir aufgrund der für die Betriebe dargelegten Datenkonstellation vom betrieblichen Planziel her, also der

1) K. P. Hensel, Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung. Stuttgart 1959, S. 195.

Erzielung von Prämien, die betrieblichen Planprobleme und daraus ihre Planverhaltensweise analysieren.

B. Die Tendenz zu weichen Plänen

Als erstes stehen die Betriebe vor der Frage, wie es ihnen gelingen könnte, möglichst niedrige Planaufgaben von den wirtschaftlichen Lenkungsorganen auferlegt zu bekommen. Wie bereits angedeutet, ergibt sich dies schon aus dem Prinzip der Planerfüllung, verbunden mit dem Betriebsziel, Prämien zu erlangen. Denn je niedriger die Auflageziffern sind, um so leichter sind sie von den Betrieben zu erfüllen und überzuerfüllen, was mit entsprechend hohen Prämienzahlungen verbunden ist. Diese Tendenz wird insbesondere dann stärker, wenn - wie es bis vor kurzem in der mitteldeutschen Praxis der Fall war - die Prämiensätze für die Übererfüllung der Planaufgaben verhältnismäßig hoch sind im Vergleich zu den Prämienätzen bei hundertprozentiger Planerfüllung.¹⁾

Gleichwohl geht die Tendenz der Betriebe auch dahin, trotz der Möglichkeit hoher Prämienzuführungen infolge hoher Planerfüllung die leicht erfüllbaren Pläne nicht bis zur Kapazitätsgrenze überzuerfüllen. Dies kommt daher, daß in der Lenkungspraxis einmal erreichte Ist-Ergebnisse von dem übergeordneten Lenkungsorgan als Basisgröße für die Ausarbeitung der neuen Plankennziffern für die darauffolgende Planperiode herangezogen werden; in solchen Fällen nähme die betriebliche Planaufgabe von Jahr zu Jahr praktisch "exponentiell" zu. Somit könnte ein in dieser Planperiode noch mit hohen Prämiensummen anerkannter Betrieb im nächsten Jahr zum Verlustbetrieb werden. Ein "guter" Betrieb versucht also, die Pläne nicht um 25 %, sondern nur um etwa 5 oder 10 % überzuerfüllen.²⁾

1) Vgl. unten S. 25 f.

2) Vgl. A. Nove, The Problem of "Success indicators" in Soviet Industry, in: Leeman, a.a.O., S. 82. Mit diesem Problem wollen wir uns auch anhand mitteldeutscher Beispiele näher beschäftigen.

Wie die Aufstellung von weichen Plänen im einzelnen geschieht, wollen wir im Verlauf der Untersuchung näher kennen lernen. Bemerkt sei hier, daß eine solche einzelwirtschaftlich rationelle Verhaltensweise offensichtlich nicht gleichbedeutend ist mit gesamtwirtschaftlicher Rationalität.

Hergeleitet vom Streben der Betriebe nach Prämien, beruht das betriebliche Verhalten primär auf dem Prinzip des Plan-Ist-Vergleichs; sekundär ist es unmittelbar in dem Kernstück des Systems der zentralen Lenkung überhaupt, nämlich in der gesamtwirtschaftlichen Jahresplanung, begründet. Somit ist schon vom Ansatz her das Problem der weichen Pläne nur begrenzt lösbar, wie noch zu zeigen sein wird.

C. Die Manipulation der Plankennziffern

Die andere Verhaltensweise der Betriebe entspringt der Tendenz, die im Betriebsplan vorgegebenen Kennziffern mit Hilfe mannigfaltiger Praktiken zu manipulieren. Die verschiedenen Formen der Kennziffernmanipulationen selbst kennzeichnen die Art und Weise der Aufstellung von weichen Plänen. Mit diesen Manipulationen haben die Betriebe eigentlich schon begonnen, indem sie - wie gezeigt - etwa die Pläne des Vorjahres nicht zu "hart" überzuerfüllen suchen. Somit wird bereits der Grund für die möglichst leicht erfüllbaren Pläne des Folgejahres gelegt.

Zwecks leichterer Erfüllung der Planaufgabe besteht auch schon bei der Durcharbeitung der Jahrespläne die Tendenz zur Manipulation der einzelnen Plankennziffern. Die Tendenz wird insbesondere dann verstärkt, wenn etwa allzu massiver Auftragszwang in Form von zu hohen Planzuschlagsätzen auf die Istwerte des Vorjahres seitens der wirtschaftlichen Lenkungsorgane ausgeübt wird.

Vom Charakter der einzelnen, bereits dargelegten, wichtigsten Plankennziffern her ist schon der Ansatz zu deren Manipulation

ersichtlich.

Betrachten wir zuerst die Plankennziffer Bruttoproduktion, die bis zu den gegenwärtigen Reformversuchen in den sowjetischen Ländern in der Regel als wichtigstes Leistungskriterium galt.

Beklagt wird beispielsweise:

"Die Bruttoproduktion wurde mitunter dadurch 'beeinflusst', daß das Sortiment zugunsten materialintensiver Erzeugnisse verändert, der Kooperationsanteil ungerechtfertigt erhöht oder daß bei Bestandsveränderungen an unvollendeter Produktion manipuliert wurde."¹⁾ Durch eine derartige Manipulation wird zugleich auch aus dem rechnerischen Zusammenhang des Kennziffernkomplexes heraus die Kontrollfunktion anderer Plankennziffern stark beeinträchtigt. So heißt es weiter, daß die "weit verbreitete Bruttoproduktions- und Tonnenideologie ... mit dazu (führte), daß solche Kennziffern wie Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten, Qualität usw. nicht exakt errechnet werden konnten und dadurch eine völlig untergeordnete Stellung einnahmen."²⁾

Ähnlich steht es auch mit der Plankennziffer Gewinn. So konnten die Betriebe den Gewinn - ohne oder nur mit geringen zusätzlichen Kosten - durch die Verschiebung ihrer Produktion auf Sortimente mit höheren Gewinnspannen nach oben manipulieren. Eine derartige Manipulierbarkeit der Kennziffer Gewinn hängt aber im Grunde mit dem Problem der Fest-

1) H. Brückner/G. Winkler, Die Planung in der sozialistischen Industrie und einige sich daraus ergebende Aufgaben der Gewerkschaften. Schriftenreihe Industrieökonomik für Gewerkschaftsfunktionäre, Heft 2, Berlin (-Ost) 1965, S. 31. Vgl. ferner: W. Ulbricht, "Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands". Referat auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (15. bis 21. Jan. 1963), S. 87 ff.

2) H. Brückner/G. Winkler, ebenda, S. 31.

preisbildung im System der zentralen Lenkung zusammen und ist als solche wahrscheinlich - wie selbst manche mitteldeutsche Wirtschaftswissenschaftler bekennen - auch nicht zu unterbinden.¹⁾ Denn es kann nicht erwartet werden, daß die administrative Preisfestsetzungsbehörde stets die neuesten Kostendaten der verschiedenen Sortimente erhält.

Ferner sei noch die Kennziffer Selbstkostensenkung genannt. Diese wird bekanntlich für das Planjahr aufgrund der Kosten des Basisjahres für die vergleichbare Warenproduktion ermittelt, woraus sich schon die Möglichkeit der betrieblichen Manipulation ergibt. Denn in vielen Fällen läßt sich nur schwer feststellen, wo die Grenze zwischen vergleichbarer und nicht vergleichbarer Warenproduktion liegt.²⁾ Die Schwierigkeit wird auch noch dadurch erhöht, daß in der Regel betriebsexterne Lenkungsorgane die technischen Koeffizienten nicht exakt bestimmen können. Somit werden die Material- und Leistungsnormen, die - wie gezeigt - auch als innerbetriebliche Prämierungskriterien dienen, schon auf der untersten Betriebsebene, nämlich bei den einzelnen Belegschaftsmitgliedern, im Einklang mit den Prämieninteressen der Betriebsleitung oder gar mit denen der Lenkungsorgane, manipuliert.³⁾ Von daher kann festgestellt werden, daß die betrieblichen Pläne stets gewisse Planreserven enthalten. Das heißt: Derartige Planverhalten der Betriebe sind stets der gesamtwirtschaftlichen Rationalität entgegengesetzt.

-
- 1) Vgl. M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung im NÖS? In: Die Wirtschaft Nr. 48 (1965), S. 16 f.; ferner: A. Dost, Einige Probleme der Preisbildung zur Erhöhung der ökonomischen Wirksamkeit von Preis und Gewinn, in: Die Wirtschaft Nr. 44 (1962), S. 11.
 - 2) Vgl. u.a. Die Finanzen der Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von H. Brandt/E. Knauthe/E. Seifert, Berlin (-Ost) 1966, S. 120 f.
 - 3) s.a. K.P. Hensel, Einführung, a.a.O., S. 178 ff.

Mit dieser "Weichheit" der betrieblichen Pläne dürfte die politische Führung von vornherein schon gerechnet haben. Deshalb stellt das System der autoritären Plankennziffern, die neben der planmethodischen Bezeichnung als Kontrollziffer, Orientierungsziffer und neuerdings Vorgabebezieher auch als **E c k z a h l e n** ¹⁾ bezeichnet werden, an sich nur ein Werk passiver Zahlenkontrolle ²⁾, und zwar globaler Art, dar. Die Hauptrichtung der wirtschaftspolitischen Datensetzung liegt vielmehr in der Gestaltung des Prinzips des Plan-Ist-Vergleichs und - in der Folge konkreter - des Prämiensystems. So sollte mit der Festsetzung höherer Prämiensätze für Planübererfüllung erreicht werden, daß die Betriebe über die Erfüllung ihrer weichen Pläne hinaus ihre "harten" Pläne realisieren.

In die gleiche Richtung sollten auch die einzelnen ökonomischen Hebel wirken, worauf wir noch einzugehen haben. Zuvor sei noch erwähnt, daß auch die dann realisierten "harten" Pläne der Betriebe in dem obigen Sinne - abgesehen davon, daß sie, wie bekannt, wegen des Systems der Jahresplanung niemals "optimal" sein können - nicht der gesamtwirtschaftlichen Rationalität zu entsprechen brauchen. So könnte sich denkbarerweise aus einer Prämientabelle mit verhältnismäßig hohen Prämiensätzen für die Übererfüllung der Bruttoproduktion und niedrigeren der Selbstkostensenkung ergeben, daß die Betriebe trotz starker Kostenprogression die Produktion

-
- 1) Vgl. Definitionen wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik. Hrsg.: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik - Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Berlin (-Ost) 1965, S. 37.
 - 2) Die nach dem Planrücklauf genehmigten Plankennziffern und die entsprechenden Betriebspläne werden zur Grundlage einer umfassenden administrativen Plankontrolle. Einer der wichtigsten Träger hierfür ist die in sämtlichen Ostblockstaaten anzutreffende Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, mit der die Betriebe sowie die VVB in Mitteldeutschland monatlich anhand fertiger Planformblätter dieser Zentralverwaltung "abzurechnen" haben. - Vgl. die ausführliche Darstellung von G. Fucht/H. Hoyer/H. Lehmann G. Richter, Die Plankontrollmappe des Industriebetriebs, Berlin (-Ost) 1960.

weiterhin ausweiten. Auch in der Verlustzone könnten sie noch hohe Prämienzuführungen erlangen.¹⁾ Ferner hat sich in der Praxis gezeigt, daß die Erfüllung der Selbstkostensenkungsaufgabe öfters zu Lasten der Qualität der Produkte geht!

Es kommt also jeweils auf die "richtige" Gestaltung und Kombination der Prämiensätze für die verschiedenen Planaufgaben an. Mit Sicherheit ist jedoch anzunehmen, daß die Prämiertabelle als solche in diesem System der zentralen Lenkung stets schematischer Art ist und auch bleiben wird. D.h. es kann nie gewährleistet werden, daß die Erfüllung oder Übererfüllung beispielsweise der Produktions- oder Gewinnaufgabe nicht auf Kosten der Qualität vor sich geht, weil ja die Prämiensätze für letztere nicht oder nicht so sehr bei der ökonomischen Entscheidung der Betriebe ins Gewicht fallen. Im Grunde fehlt hier also ein systeminhärenter "Optimalitätsregulator", wie wir ihn in der Marktwirtschaft etwa in dem Rentabilitätskriterium kennen.

D. Die Abwehr gegen die Einzelhebel

Die ökonomische Funktion einiger Einzelhebel im Rahmen der wirtschaftspolitischen Datensetzung haben wir bereits kurz dargelegt. In diesem Zusammenhang seien hier die Reaktionen der Betriebe nur anhand des Kredit- und Zinshebels illustriert.

Betriebe, denen etwa infolge Störung im Produktionsprozeß oder Absatzstockung Überplanbestände entstehen, wodurch ihnen die rechtzeitige Begleichung der Lieferantenrechnungen nicht

1) Die Betriebe würden u.U. über die Gleichheit Grenzkosten = Preis hinaus noch weiter produzieren; vgl. B.A. Balassa, *The Hungarian Experience in Economic Planning - a theoretical and practical study*, New Haven 1959, S. 136.

möglich ist, sind gezwungen, bei den Banken neue Kredite aufzunehmen bzw. überfällige Kredite stunden zu lassen. Für solche "außerplanmäßige" Kredite werden sie i.d.R. dann mit viel höheren Zinssätzen, als für Plankredite zu zahlen sind, belegt.

Da Zinsen für Plankredite sowieso schon in die betrieblichen Selbstkosten eingehen, würde ein derartiger zusätzlicher Zinsaufwand die Chance der Selbstkostensenkung nur noch schmälern. Überdies sind solche außerplanmäßigen Bankzinsen in voller Höhe in die Selbstkostensenkungslage einzubeziehen.¹⁾

Derartige gesetzliche Regelungen sind unabdingbare Plan-
daten für die Betriebe, die sie schon bei der Planaufstellung in Kauf nehmen werden. Deshalb geht die Verhaltens-
tendenz allgemein dahin, bereits bei der Ausarbeitung der betrieblichen Pläne hohe Plankreditansätze einzubauen. Auf diese Weise sind im Verlauf des Planjahres sogar durch Nichtinanspruchnahme der geplanten Kredite Zinskosten einzusparen und entsprechende Prämien dafür zu erlangen.

Nach demselben Prinzip der weichen Planung verhalten sich die Betriebe auch gegenüber anderen ökonomischen Hebeln, die im Verlauf unserer Untersuchung noch einzeln analysiert werden.

Solche Manipulationen sind einzelwirtschaftlich durchaus rational. Gesamtwirtschaftlich gesehen, würde dadurch u.a. die Verwendung der knappen Geldmittel fehlgeplant; bestimmte Investitionsmaßnahmen mußten infolge fehlender Finanzierungsmittel aus den zentralen oder anderen Plänen herausge-

1) Verordnung über die Planung und Abrechnung der Selbstkosten der Betriebe und Erzeugnisse - Selbstkostenverordnung; vom 28.7.1962. In: GBl. d. DDR, Teil II, Nr. 51 (1962), § 17 (1), S. 445.

nommen werden. Außerdem würden Betriebe, die solche Kreditreserven besitzen, sich nicht oder kaum genötigt sehen, die Vorratshaltung ökonomisch sorgsam zu pflegen, was u.a. bedeutet, daß gesamtwirtschaftlich nützliche Rohstoffe, Hilfsmaterialien, halbfertige Erzeugnisse und sonstige "Materialien, wie Holz, Häute, Wolle usw., ... durch schlechte Lagerung leicht an Wert verlieren (können)." ¹⁾

Vom Prinzip der Planübererfüllung her würde es immerhin schon einen wirtschaftspolitischen Erfolg der politischen Führung bedeuten, wenn sich die Betriebe, um durch Nichtinanspruchnahme der Plankredite ihre Planzinsen einzusparen, im Verlauf des Planjahres größere Mühe geben würden, den betrieblichen Umschlagsprozeß zu beschleunigen. Diese Möglichkeit scheint jedoch bis zu Beginn der mitteldeutschen Wirtschaftsreform von den Betrieben nicht in nennenswertem Umfang genutzt worden zu sein. Das heißt, daß der Kredit- und Zinshebel nicht wirksam funktionierte. So wie Apel und Mittag, die beiden maßgeblichen Schöpfer des mitteldeutschen Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, hierzu bemerkten, ließe sich dies darauf zurückführen, daß in der Vergangenheit "... die Sanktionen der Deutschen Notenbank (gegen Überplanbestände, überfällige Forderungen ...) nicht wirksam genug (waren), weil der Gewinn bisher ungenügend ein materielles Interesse oder eine materielle Haftung auslöste ..." ²⁾

Damit lassen sich aber zugleich die Gedanken des "in sich geschlossenen Systems der ökonomischen Hebel" erblicken, das das Kernstück des mitteldeutschen Neuen Ökonomischen Systems ist und als solches das eigentliche Ziel der Systemreform von

1) K. P. Hensel, Einführung, a.a.O., S. 177. wir sehen, daß sich Probleme, die bei naturaler Wirtschaftsrechnung auftauchen, durch die Einführung der Geldwirtschaft nicht ohne weiteres beseitigen lassen.

2) E. Apel/G. Mittag, Planmäßige Wirtschaftsführung und ökonomische Hebel, Berlin (-Ost) 1964, S. 78.

1963 darstellt - nämlich, die Lösung der verschiedenen Aspekte des betrieblichen Leistungsproblems, das wir als d a s Problem der weichen Pläne kennzeichnen.

Zweiter Teil: Die Lösungsversuche

I. Die Ansätze

A. Das Prinzip: Planüberbietung versus Planübererfüllung

1. Die bisherigen Bemühungen der politischen Führung, die Betriebe mit Hilfe von progressiven Prämiensätzen für die Übererfüllung der Plankennziffern zur Verwirklichung "harter" Pläne anzureizen, führte gerade zum verstärkten Streben nach "weichen" Plänen seitens der Betriebe. Denn je weicher die betrieblichen Pläne sind, um so leichter sind sie überzuerfüllen, was wesentlich höhere Prämienzuführungen zur Folge hat.

Hierzu wird in der "Richtlinie" zur Einführung des mitteldeutschen Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft bemerkt:

"Gegenwärtig orientieren die Planungsmethoden nahezu ausschließlich auf die Erfüllung und Übererfüllung der Jahrespläne. Daraus erwächst das Bestreben zur Aufstellung 'weichen' Pläne und führt zu unnötigen Widersprüchen zwischen den Wirtschaftsorganen bei der Planaufstellung. Eine solche Praxis stärkt keineswegs die ideologische Bereitschaft zur Ausarbeitung konkreter Planziele, sondern untergräbt sie. Damit wird vom Ansatz her die Ausarbeitung wissenschaftlicher

Pläne erschwert.¹⁾

Wie findet nun die politische Führung im System zentraler Lenkung einen Ausweg aus diesem Dilemma? Im Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sieht man diesen Ausweg einerseits im Prinzip der "Planüberbietung" und andererseits in der stärkeren Orientierung der betrieblichen Planung an der Ausarbeitung der Perspektivpläne.

2. Der Grundgedanke einer Planüberbietung im Gegensatz zur Planübererfüllung läßt sich folgendermaßen kurz wiedergeben: Die Betriebe sollen künftig, durch Prämien angereizt, dahin gebracht werden, unmittelbar nach Übernahme der von der Zentrale vorgegebenen Plankennziffern diese noch im Stadium der Planaufstellung von sich aus zu überbieten, anstatt im Laufe des Planjahres niedrig angesetzte Planvorgaben überzuerfüllen. Gesetzliche Grundlage hierfür ist das - ein halbes Jahr nach der "Richtlinie" erlassene - Prämiengesetz von 1964.²⁾ Hiernach werden die Betriebe

- 1) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 47; vgl. auch Anlage 1 (Kritische Einschätzung der bisherigen Praxis der Planung und Leitung der Volkswirtschaft) zu derselben "Richtlinie", S. 86.
- 2) Vgl. Beschluß über die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964. (Auszug) Vom 30. Januar 1964, in: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 10 (1964), 31.1.64; S. 80ff. Beschluß zur Ergänzung der Grundsätze für die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964. Vom 23. Juli 1964, in: ebenda, Nr. 89 (1964), S. 749 f. (Prämiengesetz 1964). Beschluß über die Grundsätze für die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1965. Vom 18. März 1965, in: ebenda, Nr. 42 (1965), S. 297 f. (Prämiengesetz 1965). Beschluß zur Richtlinie für die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und den VVB der Industrie und des Bauwesens im Jahre 1967 sowie zur Übergangsregelung für das Jahr 1966. Vom 7. April 1966, in: ebenda, Nr. 40 (1966), S. 249-256 (Prämiengesetz 1966/67).

grundsätzlich höhere Prämienbeträge für die freiwillige Erhöhung und Erfüllung der Planaufgabe erhalten als für die Ü b e r erfüllung der nicht erhöhten Planaufgabe. Man hofft, auf diese Weise "die Werktätigen, Betriebe und VVB an der Ausarbeitung optimaler Pläne materiell zu interessieren"¹⁾, von denen "das erforderliche wissenschaftliche Niveau der Volkswirtschaftspläne ... in entscheidendem Maße ... (abhängt)."¹⁾ Wie dieses Prinzip der Planüberbietung prämiopolitisch im einzelnen ausgestaltet ist und wie die Betriebe hierauf reagieren, werden wir noch im folgenden Kapitel näher analysieren.

3. Die stärkere Orientierung der Betriebe auf die Ausarbeitung von Perspektivplänen²⁾ ist kein Ersatz der üblichen Unterteilung der fünf- oder siebenjährigen Planungsperioden in Jahresintervalle. Vielmehr stellt sie in bezug auf die Problematik der weichen Pläne einen planmethodischen Versuch dar, die Aufmerksamkeit der Betriebsführung bzw. der VVB-Leitung in stärkerem Maße als bisher über das kurzfristige Streben nach Erfüllung bzw. Übererfüllung der Jahrespläne hinaus auf die Tendenzen der zukünftigen Kapazitätsentwicklung und des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts zu lenken.³⁾

-
- 1) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 47.
 - 2) Ebenda, S. 43 ff. - "Der Perspektivplan (Fünf- bzw. Siebenjahrplan) enthält die nach Jahren detaillierten und im Rahmen seiner festgelegten Nomenklatur bilanzierten Aufgaben der staatlichen Organe, der VVB und der ihnen unterstellten w i c h t i g e n (hervorgehoben vom Verf.) Betriebe und Einrichtungen." Ebenda, S. 45 f.
 - 3) Val. W. Ulbricht, Probleme des Perspektivplanes bis 1970. Referat auf der 11. Tagung des Zentralkomitees, in: Die Wirtschaft Nr. 51/52 (1965), Beilage S. 12 f. - Ferner Material des Büros des Politbüros: Zur Erläuterung der im Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK dargelegten Probleme zur Qualifizierung der Planung der Leitung und der Anwendung ökonomischer Hebel in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, in: Die Wirtschaft Nr. 1 (1966), Beilage S. 8 ff.

Wie die Ausarbeitung der Perspektivpläne im einzelnen erfolgt¹⁾, sei hier nicht näher untersucht. Im Rahmen dieser Arbeit genügt es, festzustellen, daß das System der Jahresplanung nach wie vor konstituierender Bestandteil der zentralen Lenkung ist. So werden den Fachministerien auch weiterhin alljährlich - im Rahmen der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne - gemeinsam mit den planmethodischen Anweisungen der Staatlichen Plankommission²⁾ von dieser auch Plankennziffern vorgegeben. Diese schlüsseln die vorgegebenen Plandaten auf die VVB und diese wiederum auf die ihnen unterstellten Betriebe auf. Die auf diesem Wege weitergeleiteten Plankennziffern durchlaufen sodann die Phase der Planaufstellung bzw. der Planverteidigung in Richtung auf Bestätigung und gesetzliche Beschlußfassung durch den Ministerrat und die Parteiführung. Dieser von oben nach unten und von unten nach oben verlaufende formale Planungsprozeß (Planungszyklus) hat sich auch nicht durch die kodifizierte Planmethodik 1967³⁾ geändert, die die sogenannte 2. Etappe des Neuen Ökonomischen Systems einleiten sollte.⁴⁾

Neu am Neuen Ökonomischen System ist die Ersetzung der Hauptkennziffer "Bruttoproduktion" durch den "Gewinn". Damit wurde der Gewinn das "zentrale" Kriterium für die betriebliche Leistungsbewertung und Bemessungsgrundlage für die betriebliche Prämienzuführung.

-
- 1) Vgl. u.a. J. Tamm, Erfahrungen und Probleme der Perspektivplanung, in: Die Wirtschaft Nr. 16 (1966), S. 16 f.
 - 2) Vgl. z.B. Beschluß über die Grundsätze der Planmethodik 1965, v. 1. Februar 1964 (Auszug), in: GBl.d.DDR, Sonderdruck Nr. 487, Berlin 1964.
 - 3) Vgl. H.-W. Hübner, Die Planmethodik 1967, in: Die Wirtschaft Nr. 14 (1966), S. 11. Vgl. a. Anlage 1.
 - 4) Vgl. K. Erdmann, Der Planmethodik neue Kleider - Veränderungen in der sowjetzonalen Planmethodik, in: SBZ-Archiv Nr. 10 (1966), S. 151 ff.

B. Der Gewinn und die ökonomische Geschlossenheit der Einzelhebel

1. Die Einsetzung des Gewinns als Hauptkennziffer ist zuerst in den "Richtlinien" verkündet worden¹⁾; offiziell sanktioniert wurde sie durch das Prämiengesetz von 1964²⁾.

Die Funktion des Gewinns im Neuen Ökonomischen System geht über den bloßen Ersatz der Kennziffer Bruttoproduktion hinaus. Mit der Deklaration des Gewinns als Hauptkennziffer sollen vielmehr die bisher unwirksamen wirtschaftspolitischen Hebel brauchbar gemacht werden.³⁾ Dieser Zusammenhang dürfte aus einer Darstellung der Funktionen der ökonomischen Einzelhebel leicht ersichtlich sein.

Die Einzelhebel richten sich nämlich auf jeweils einzelne Determinanten des betrieblichen Gewinns. Der Gewinn seinerseits aber fungiert als Determinante der betrieblichen Prämienzuführungen. Vermittels dieser rechnerischen Verkopplung sollte die betriebliche Verhaltensweise im Sinne der einzelnen ökonomischen Hebel beeinflusst werden.

a) Über die Zinskosten als Gewinnndeterminante z.B. soll der Kredit- und Zinshebel bewirken, daß die Betriebe ihren Zirkulations- und Produktionsprozeß rationeller gestalten. Dieser Hebel war bisher nicht wirksam, eben weil die Betriebe in erster Linie nach Erfüllung bzw. Übererfüllung der Planzahlen über die Bruttoproduktion strebten. Der Gewinn als solcher

1) Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 62.

2) Vgl. Beschluß über die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964, Auszug, v. 30.1.1964, in: GB1.d DDR, Teil II, Nr. 10, Jg. 1964, S. 80 und Anlage zu diesem Beschluß, a.a.O., S. 82.

3) Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 49 ff.

war für sie keine wichtige Entscheidungsgröße. Mit Hilfe der neu eingeführten Produktionsfondsabgabe sollen ferner die Betriebe zur intensiveren Ausnutzung der betrieblichen Anlagegüter angeregt werden, weil sie ja entweder durch Fondseinsparung oder durch Mehrausbringung ihren (Netto) Gewinn und damit ihre Prämiensumme steigern können. Mit solchen ökonomischen Hebeln soll die Verhaltensweise der Betriebe von der Kostenseite her im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Rationalität reguliert werden.

b) Hebel, die über den Produktpreis und damit den Betriebserlös andere Aspekte des Leistungsproblems zu lösen versuchen, sind z.B. das System der qualitätsbedingten Preiszuschläge und Preisabschläge. Da sich diese je nach Güteklasse stets gewinnerhöhend bzw. -mindernd auswirken, sollen vermittels dieses "Preishebels" die Betriebe zur ständigen Qualitätsverbesserung angereizt werden.

Zur schnelleren Einführung neuer Erzeugnisse und technischer Fortschritte seitens der Betriebe soll künftig ein System der Parameterpreisbildung¹⁾, die über die Herstellungskosten hinaus die "Gebrauchswerteigenschaften" der betreffenden neuen und damit auch der veralteten Erzeugnisse berücksichtigt, erprobt und eingeführt werden "mit dem Ziel, für veraltete Erzeugnisse einen niedrigeren Gewinn als für neue und bessere Erzeugnisse zu gewähren."²⁾

Demnach gehört auch "der Preis ... zum System der ökonomischen Hebel als Leistungsnorm des Betriebes bei der Herstellung eines Erzeugnisses, indem er den gesellschaftlich notwendigen

1) Vgl. S. Schauer, Ökonomisch begründete Preisrelationen - Grundlagen und Methoden der Parameterpreisbildung. Schriftenreihe Planung und Leistung der Volkswirtschaft, Heft 8, Herausgeber: Beirat für ökonomische Forschung bei der Leitung der Staatlichen Plankommission der DDR, Berlin (-Ost) 1965, S. 21 ff.

2) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 55.

Arbeitsaufwand zum Ausdruck bringt"¹⁾ und indem er "stabil oder beweglich gehalten werden oder ... einheitlich oder differenziert sein kann."²⁾

c) Ferner ist als ökonomischer Hebel auch "das System der Kauf-, Liefer- und Leistungsverträge zu nennen."³⁾ Hierbei handelt es sich um das bekannte Vertragssystem. "Die wirtschaftlichen Verträge werden immer mehr zu einem wichtigen ökonomischen Instrument zur Gestaltung optimaler Kooperations-, Liefer- und Leistungsbeziehungen und damit zur Durchsetzung, Ergänzung und Präzisierung des Planes. Gleichzeitig drücken die wirtschaftlichen Verträge die Ware-Geld-Beziehungen zwischen den Betrieben aus. Sie bilden daher einen wichtigen Anhaltspunkt ökonomischer Hebel."⁴⁾

Wie wir noch sehen werden, handelt es sich hier um einen seit geraumer Zeit, insbesondere in den gegenwärtigen Dezentralisations- und Reformversuchen gerade modisch gewordenen Versuch, in das System der zentralen Lenkung eine gewisse automatische Abnehmer- oder gar Marktkontrolle einzubauen.

In Mitteldeutschland sollen vor allem die Abnehmerbetriebe im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems mit mehreren Rechtsmitteln - wie Verzugszinsen, Preissanktion, Preisabschläge, Abnahmeverweigerung - ausgestattet werden, um die Herstellerbetriebe zu sortiments-, qualitäts- und termingerechten Warenlieferungen zu zwingen, indem die Geschäftspartner von vornherein im Vertrag z.B. Preisabschläge für verspätete Lieferung oder Qualitätsverletzung vereinbaren.

Die ökonomischen Wirkungen aller dieser Hebel sollen vermittels des Gewinns als Hauptkennziffer ausgelöst werden. Indem

1) Ebenda, S. 56.

2) Ebenda, S. 50.

3) Ebenda, S. 51.

4) Ebenda, S. 46.

alle solche Hebel für die Betriebe entweder gewinnerhöhend oder gewinnmindernd wirken und dadurch die Prämienzuführungen der Betriebe mittelbar beeinflussen, spricht man im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems von einem in sich geschlossenen System der ökonomischen Hebel¹⁾, das, wie erwähnt, das Kernstück der mitteldeutschen Reform von 1963 darstellt. Inwieweit diese ökonomische "Geschlossenheit" der Hebelwirkung zur Lösung der verschiedenen Aspekte der Leistungsprobleme nach reichlich dreieinhalb Jahren Experimente in Mitteldeutschland beigetragen hat, wollen wir im einzelnen analysieren.

2. Schließlich sei in diesem Zusammenhang noch folgendes erwähnt: Der Gewinn war bisher in Mitteldeutschland sowie in anderen sowjetischen Ländern wegen des stark verzerrten Preissystems nicht aussagefähig. Deshalb wurden mit dem Neuen Ökonomischen System auch umfassende Maßnahmen zur Reform der Industriepreise eingeleitet, um die Preis- und Gewinnrelationen zwischen den verschiedenen Erzeugnissen und Produktionsstufen einigermaßen "richtig" zu halten.²⁾ Ferner wurden die Grundmittel umbewertet³⁾ und die Abschreibungssätze neu festgesetzt.⁴⁾

II. Das Prinzip der Planüberbietung und die neuen Prämienstaffeln

A. Die "Hundertprozent-Fetischisierung"

Wir haben bereits erwähnt, daß die bisherige prämienspolitische Praxis ganz auf die Erfüllung und Übererfüllung der

-
- 1) Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 48.
 - 2) Vgl. ebenda, S. 54 f.
 - 3) Verordnung über die Umbewertung der Grundmittel v. 30.1.64, in: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 14, Jg. 1964, S. 118 ff.
 - 4) Verordnung über die Abschreibung für Grundmittel und die Bildung des Fonds für Generalreparaturen v. 30.1.64, ebenda, S. 120 f.

betrieblichen Jahrespläne ausgerichtet war. In concreto war dies beispielsweise nach der "Vierten Verordnung über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben vom 11. Februar 1960"¹⁾ so: Bei Erfüllung des Produktionsplanes wurden dem Betriebsprämienfonds bis 2,5 % der geplanten Lohnsumme, bei Erfüllung des Gewinnplanes weitere 2 % der geplanten Lohnsumme zugeführt.²⁾

Bei Übererfüllung des Produktionsplanes konnten die Betriebe für je ein Prozent der Übererfüllung zusätzlich bis zu 0,25 %, ja sogar bis zu 0,5 % - wenn gleichzeitig andere wichtige Kennziffern, wie Staatsplanpositionen, Ersatzteilproduktion, bestimmte Sortimente u.a.m., erfüllt wurden - der geplanten Lohnsumme ihrem Prämienfonds zuführen.³⁾ Für Übererfüllung des Gewinnplanes konnten die Betriebe außerdem bis zu 60 % des Überplangewinns als Prämien erhalten.⁴⁾ Wurde dagegen der Gewinnplan nicht erfüllt, dann entfielen sofort "jegliche Zuführungen zum Betriebsprämienfonds auf der Grundlage dieses Planteiles."⁵⁾

Hiernach war der materielle Anreiz zur Übererfüllung und die materielle Sanktion bei Nichterfüllung natürlich groß. Diese zu einseitige Orientierung der Prämierung führte in der Praxis dazu, daß Betriebe, die ihren Plan nur geringfügig untererfüllten, mit einem unverhältnismäßig starken Sinken der Zuführung an den betrieblichen Prämienfonds rechnen mußten. Nach den oben angeführten Prämiensätzen war es so, daß beispielsweise ein Betrieb, der seinen Gewinnplan nicht zu 100 %, sondern nur zu 99,9 %, aber die Bruttoproduktionskennziffer erfüllt hatte, lediglich 2,5 % der bereinigten Lohnsumme in den betrieblichen Prämienfonds erhielt. Er bekam also volle 2 %

-
- 1) In GB1.d.DDR, Teil I, Nr. 12, Jg. 1960, S. 114 ff.
 - 2) Ebenda, § 4 (1), § 5 (1), S. 115.
 - 3) Ebenda, § 3 (1) b)-d), S. 114 und § 4 (5), S. 115.
 - 4) Ebenda, § 5 (2), S. 115.
 - 5) Ebenda, § 5 (3), S. 115.

der bereinigten Lohnsumme weniger in den betrieblichen Prämienfonds, als wenn er statt zu 99,9 % den Gewinnplan zu 100 % erfüllt hätte. Denn wenn dem Betrieb das gelungen wäre, so hätte er statt 2,5 % vielmehr 4,5 % der bereinigten Lohnsumme als Prämien unter die Belegschaft verteilen können. "Das bedeutet, daß dem Betrieb für 0,1 % Planuntererfüllung 44,4 % der bei 100 prozentiger Planerfüllung möglichen Zuführung verloren gingen ..." ¹⁾

Die früher übliche zu starke Anlehnung der Prämierung an die Übererfüllung der Kennziffern war geradezu eine "Fetischisierung der 100 %", die auch in Rußland, in Ungarn und anderen sozialistischen Staaten festgestellt werden konnte. Die negativen Folgen dieser 100 % Fetischisierung waren, daß besonders gegen Ende des Jahres, im vierten Quartal also, regelmäßig in allen Betrieben eine umfangreiche Stoßarbeit (scturmovshchina) einsetzte; es wurden Überstunden und Überstunden angesetzt, alle Kräfte auf die Erfüllung der Produktionskennziffer angesetzt, und zwar so, daß sogar das Personal aus den Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsabteilungen sowie den übrigen Abteilungen des Betriebes, die nicht direkt an der Produktion beteiligt waren, herausgezogen wurden und in Produktionsabteilungen eingesetzt worden sind, damit auf jeden Fall und um jeden Preis die Plankennziffer der Warenproduktion erfüllt werden konnte. ²⁾

Um diese nervenaufreibenden Stoßarbeiten wenigstens einigermaßen eindämmen zu können, wurden die Betriebe geradezu gezwungen, ihre Betriebsstatistiken zu fälschen (Zahlenfriseur), wie Berliner anhand russischer Beispiele ausgiebig dargestellt

-
- 1) R. Rinke, Probleme der Planung und Verwendung des Prämienfonds in der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik. Diss. am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. 8. Juni 1965. Berlin (-Ost), S. 112 f.
- 2) Ebenda, S. 167.

hat.¹⁾ So ist es kein Wunder, daß selbst in der "Richtlinie" zur Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft hierzu folgendes bemerkt wird:

"In der Plandurchführung führt die Überbetonung des Jahresplanes und seiner Übererfüllung dazu, daß die ohnehin zu den Abrechnungs- und Bewertungsstichtagen (Monats- und Quartalsende) zu beachtende Diskontinuität im Wirtschaftsablauf zum jeweiligen Jahreswechsel beträchtlich verstärkt wird. Dadurch entstehen Verluste durch Mehrkosten zum Jahresabschluß sowie auch durch Nichtauslastung von Kapazität und Arbeitszeit am Jahresanfang."²⁾

B. Die neue Gewinn-Prämien-Tabelle und das Prinzip der Planüberbietung

1. Nach Einführung des Neuen Ökonomischen Systems erhoffte man durch das neue Prämiengesetz von 1964 einen Neuanfang. Die in diesem Gesetz entwickelten Grundsätze wurden ohne wesentliche Änderungen auch 1965 und 1966 und neuerdings wieder bei der Ausarbeitung der Betriebspläne für 1967 in den Planangeboten angewendet.³⁾

Die Neuregelungen des Prämiengesetzes von 1964 bestehen vor allem in der neuen Staffelung der Gewinn-Prämien-Tabelle und zum anderen in der Einführung der Planüberbietungsklausel. Wir wollen zunächst die Staffelung der "Gewinn-Prämien-Tabelle" behandeln:

Während bis 1964 schon bei geringfügigen Unterschreitungen der Plankennziffern ein unverhältnismäßig großer Anteil des

1) Vgl. Perlner, J.S., Factory and Manager in the USSR, a.a.O., S. 160 ff.

2) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Anlage Nr. 1, a.a.O., S. 87.

3) Siehe Anmerkung 2 auf S. 19.

planmäßigen Prämienanteils wegfiel, wurde von 1964 an die Prämienregelung insofern elastischer gestaltet, als bei einer geringfügigen Planuntererfüllung nicht sofort ein hoher Anteil des planmäßigen Prämienanteils wegfiel, sondern es wurde nun die Prämientabelle so geordnet, daß der Anteil der planmäßigen Prämien, der der Belegschaft verlustig geht, wenn der Plan untererfüllt wird, nur allmählich ansteigt. Die Prämienzuführung bei Planuntererfüllung wurde progressiv gestaltet; "diese Progression vermindert für jedes Prozent der Nichterfüllung des Gewinns die Zuführungen zum Prämienfonds in zunehmendem Maße so weit, daß bei 90prozentiger Gewinnplanerfüllung nur die Mindestzuführung in Höhe von 1/3 des planmäßigen Prämienanteils verbleibt."¹⁾

Mit dieser neuen Prämientabelle wurde tatsächlich der "Hundertprozentfetischierung" Einhalt geboten. Das Kernproblem, nämlich die Tendenz zu weichen Plänen, wird damit jedoch nicht beseitigt. Diese Tendenz könnte sogar wieder verstärkt werden durch eine etwaige ungünstige Staffe- lung der Progression bei Planuntererfüllung, denn in der neuen Regelung für 1967 heißt es, daß "bei Unterschreitung der staatlichen Vorgabe- bzw. Orientierungsziffer ... entsprechend den vorgegebenen Staffeln der planmäßige Prämien- anteil gemindert" werden soll.²⁾

2. Abgesehen von der Milderung der gefürchteten Hundertpro- zentgrenze ist als wichtigste Neuregelung im Prämien-gesetz von 1964 die Einführung der Überbietungsklausel, also des

-
- 1) Prämien im System der Ökonomischen Hebel-Industrie und Bauwesen; Textsammlung mit Erläuterung und Sachregister; hrsg. von der Staatlichen Plankommission - Kommission für Arbeit und Löhne. Berlin (-Ost) 1964, S. 26; Prämien-gesetz 1964, a.a.O., II, 5, S. 82.
 - 2) Prämien-gesetz 1966/67, a.a.O., S. 249; Kurt Tripelmann und Gerhard Jahn, Erläuterungen zur Bildung des Prämien- fonds für 1966 und 1967, in: Die Wirtschaft Nr. 21 (1966) vom 26. Mai 1966, S. 12.

Prinzips der Planüberbietung, anzusehen. Die Idee der Planüberbietungsklausel, die die Betriebe an der "Ausarbeitung optimaler Pläne" interessieren soll, ist im Grunde nicht neu, sondern wurde auch schon in Polen, der CSR und Rumänien erprobt.¹⁾

Die Planüberbietungsklauseln²⁾ bedeuten folgendes: Wenn ein Betrieb vor Beginn eines Planjahres die ihm staatlich vorgegebenen Orientierungsziffern überbietet, soll er dafür einen höheren planmäßigen Prämiensatz erhalten als er ihn bekommen würde, wenn er, ohne die vorgegebenen Orientierungsziffern zu überbieten, im Laufe des Planjahres diese Planziffern in gleichem Maße übererfüllen würde. Auf diese Weise wird also versucht, die Betriebe dazu anzureizen, bereits vor Beginn des Planjahres einen Teil ihrer weichen Pläne aufzudecken, indem sie eben die staatlichen Vorgabeziffern überbieten. Für den Betrieb würde dies einen Vorteil in Form eines höheren Prämienfonds bedeuten, für die Staatliche Plankommission dagegen insofern ebenfalls einen Vorteil, als sie nun von vornherein sich noch vor Beginn des Planjahres ein etwas realeres Bild von den Möglichkeiten des Betriebes verschaffen kann - also eine größere Transparenz der technischen Koeffizienten gewinnt.

Bis zu dem Ministerratsbeschluß zur Ergänzung der Grundsätze für die Bildung und Verwendung der einheitlichen Prämienfonds vom 31.6.64 war es so, daß die VVB als Ganzes bei Überbietung der Orientierungsziffer Gewinn "im Planvorschlag der VVB als weitere Zuführung zum Prämienfonds

-
- 1) V. Grusinow (W. Grusinow), Prämierung der ingenieurtechnischen Mitarbeiter und Angestellten in einigen europäischen sozialistischen Ländern, in: Presse der Sowjetunion; hrsg. vom Presseamt beim Vors. des Ministerrats der DDR, Nr. 9 (1964) vom 22. Januar 1964, S. 184.
2) Prämiengesetz v. 1964, a.a.O., II 6 a), 7, S. 82 f., 83.

der VVB bis zu 75 % des überbotenen Betrags¹⁾ planen konnten. Die zusätzliche Bedingung hierfür war, daß andere Orientierungsziffern wie Staatsplanpositionen (Haupterzeugnisse), die Selbstkostensenkung bzw. die Steigerung der Arbeitsproduktivität mindestens eingehalten werden.²⁾ Die "korrektive" Funktion solcher zusätzlichen, von den Lenkungsorganen vorgegebenen Kennziffern haben wir bereits dargestellt; sie werden in Abschnitt III näher behandelt. In diesem Zusammenhang wird die gleichzeitige Erfüllung solcher Zusatzkennziffern stets als bekannt vorausgesetzt.

Wenn die VVB als Ganzes die vorgegebene Gewinnkennziffer nicht überboten haben, sie im Laufe des Planjahres aber übererfüllten, dann durften sie - wiederum als Ganzes - nur bis zu 60 % des Überplangewinns (also des die nicht überbotene Orientierungsziffer Gewinn übersteigenden Betrags - oder kürzer des übererfüllten Betrags) als zusätzliche Prämienzuführungen³⁾ behalten.

Dagegen erhielten die VVB im Jahre 1964 - falls der von ihnen selbst überbotene Gewinnbetrag nicht erreicht wurde - nur bis zu 40 % des die Orientierungsziffer Gewinn übersteigenden Betrags der Erfüllung.⁴⁾

Die Prämiensätze für die Planerfüllungsvarianten zugunsten der VVB lauten:

- (1) Für Überbietung und Erreichung 75 % des überbotenen Gewinnbetrags.
- (2) Bei Nichtüberbietung, aber Übererfüllung 60 % des übererfüllten Gewinnbetrags.

1) Ebenda, II 7 a), S. 83.

2) Ebenda.

3) Ebenda, II 7 b), S. 84.

4) Ebenda, II 6 a), S. 83.

- (3) Für Überbietung, aber Nichterreichung 40 % des die Orientierungsziffer Gewinn übersteigenden Betrags der Erfüllung.

In diesem Zusammenhang sei vorerst nur bemerkt, daß für die VVB als Ganzeshinsichtlich der Überbietung ein gewisses Risiko besteht: Im Falle einer Nichterfüllung der geplanten Überbietung durfte die VVB im Jahre 1964 nur bis zu 40 % des die ursprüngliche Orientierungsziffer Gewinn übersteigenden Betrages an den Prämienfonds abführen. Hätte die VVB bei gleichen betrieblichen Leistungen die Gewinnvorgabeziffer nicht überboten, so hätte sie immerhin bei Übererfüllung der alten Orientierungsziffer bis zu 60 % des Differenzbetrages in den Prämienfonds bekommen.

Wie die zusätzliche Prämienzuführung aus Überbietung bzw. Übererfüllung an die VVB auf die einzelnen ihnen unterstellten Betriebe aufgeteilt werden soll, ist im Prämiengesetz von 1964 nicht im einzelnen geregelt. Es wird lediglich festgelegt, daß die Betriebe "bei Übererfüllung der Hauptkennziffer Gewinn ... im Jahre 1964 bis zu 60 % (des) Überplangewinns als weitere Zuführung zum Prämienfonds"¹⁾ erhalten dürfen. Die Gestaltung der Prämiensätze für die zwei anderen Varianten wird also dem Ermessen der Generaldirektoren der VVB überlassen. Sie sollen jedoch nach dem gleichen Grundsatz verfahren. So heißt es im Gesetz selbst:

"Die VVB als ökonomisches Führungsorgan teilt den sich aus der Überbietung der Orientierungsziffer und der Erfüllung ergebenden zusätzlichen Prämienbetrag auf die unterstellten Betriebe nach deren unterschiedlichen Leistungen und auf die VVB (Zentrale) auf. Sie schafft sich dazu **e i g e n e** (herausgehoben v. Verf.) Kennziffern und Beurteilungskriterien. Die VVB muß dabei gewährleisten, daß die Betriebe bei der Ausarbeitung ihrer Planvorschläge und

1) Prämiengesetz von 1964, a.a.O., II 7 a), S. 83.

bei der Plandurchführung von vornherein die Bedingungen kennen, von denen die Höhe der Zuführungen zum Prämienfonds abhängig ist."¹⁾

Hierbei ist natürlich denkbar, daß die VVB ziemlich frei über die ihnen unterstellten Betriebe schalten können.

Diese Regelung der Überbietung der Plankennziffern im Rahmen der VVB dürfte aber, wie wir noch sehen werden, in der Folge die Planüberbietung der Betriebe nur verzögert haben.²⁾ Die Betriebe mußten nämlich befürchten, daß sich eine Überbietung ihrer Plankennziffern vor Beginn des Planjahres gar nicht lohnen würde, wenn beispielsweise in derselben VVB andere Betriebe existierten, bei denen zu erwarten war, daß sie ihre Pläne nicht erfüllen würden. Diese ungünstige Wirkung auf das Leistungsinteresse der Betriebe aufgrund der Prämienumverteilung innerhalb der VVB wurde schnell erkannt, so daß bereits ein halbes Jahr nach Erlaß der Planüberbietungsklausel durch Ministerratsbeschluß die Prämienumverteilung aufgrund von Planüberbietungen innerhalb der VVB aufgehoben wurde. Stattdessen wurden die Generaldirektoren der VVB angewiesen, jenen Betrieben, die die staatlichen Orientierungsziffern überboten und erfüllten, zu garantieren, daß sie "durch Umverteilung des planmäßigen Prämienfonds eine zusätzliche Zuführung zum Prämienfonds bis zu 70 % des die Orientierungsziffer Gewinn übersteigenden Betrages erhalten" würden.³⁾

3. Die Grundsätze der Prämierung haben im Laufe der Jahre

1) Ebenda, II 6 a), S. 83.

2) Vgl. "Fahrt frei für optimale Pläne und hohe Prämien", in: DFW 14/64, S. 6 f.

3) Beschluß zur Ergänzung der Grundsätze für die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964, in: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 89 (1964), S. 750.

eine "systematische Verfeinerung" der Prämiensätze für die Überbietung und Übererfüllung, und schließlich auch für die Nichteinhaltung der Vorgabebezeichnungen und der überbotenen Vorgabebezeichnungen geführt.¹⁾

Die Grundsätze für die Verfeinerung sind folgende:

"Die (Prämien-)Staffeln sind so aufzubauen, daß der planmäßige Prämienanteil dann erreicht wird, wenn der vorgegebene Steigerungssatz der Effektivitätskennziffer im Planvorschlag eingehalten und in der Plandurchführung erfüllt wird."

"Die Prämienstaffeln müssen bei Überbietung bzw. Übererfüllung des vorgegebenen Steigerungssatzes progressiv gestaffelte Erhöhung, bei Nichteinhaltung degressiv gestaffelte Senkungen der Zuführungen zum Prämienfonds vorsehen ..."

"Für die Überbietung des vorgegebenen Steigerungssatzes ist bei gleichem Ergebnis eine etwa doppelt so hohe zusätzliche Zuführung zum Prämienfonds vorzusehen als bei Übererfüllung eines niedrigeren Planes."²⁾

Diese Neuregelungen sprechen eigentlich für sich selbst. Immerhin meinte der Leiter des staatlichen Amtes für Arbeit und Löhne (ehemalige Kommission der Staatlichen Plankommission) hierzu: "Auf diese Weise (progressives Anwachsen der Zuführungsbeträge mit steigender Überbietung; d. Verf.) wird ... eine ökonomisch begründete Differenzierung der zusätzlichen Zuführungen gesichert, was bei der bisherigen Regelung nicht ausreichend der Fall war. Diese sah bei Überbietung der Orientierungsziffern nur ein lineares Anwachsen der zusätzlichen Zuführungen zum Prämienfonds vor. So konnten

1) Vgl. R. Rinke, Probleme der Planung ..., a.a.O., S. 124-128, S. 145 ff.

2) Richtlinie für die Bildung und Verwendung des Prämienfonds, in: GB1.d.DDR, Teil II, Nr. 40 (1966), S. 251, vgl. Anlage 2.

Betriebe mit hohem Gewinnvolumen trotz niedriger Gewinn-
überbietung der Orientierungsziffer Gewinn hohe absolute
Zuführungen zum Prämienfonds erhalten und ohne entspre-
chende Anstrengungen die Maximalgrenze des Prämienfonds
erreichen." ¹⁾

Eine wesentliche Neuerung ist, wie schon ausgeführt wurde,
auch das Korrelat zur Prämienstaffelung bei Überbietung
der staatlichen Vorgabekennziffern, nämlich die degressive
Staffelung bei Nichteinhaltung der Vorgabeziffern, die
eine entsprechende Verringerung des planmäßig zu bildenden
Prämienanteils bewirkt. Die möglichen Folgen dieser Be-
stimmung wurden bereits behandelt.

C. Die Planreaktionen der Betriebe

1. Das von der politischen Führung durch die neuen Prämien-
regelungen angestrebte Ziel ist offensichtlich: Die Betriebe
sollen an der Ausarbeitung "harter" Pläne interessiert wer-
den. Die Wirkungen der neuesten Lenkungsvariationen von 1966
sind noch nicht abzusehen. Für die Jahre 1964 und 1965 dagegen
liegen bereits genügend Ergebnisse vor. Diese zeigen, daß die
Erwartungen der politischen Führung nicht erfüllt worden sind.

Eine statistische Erhebung, die Rinke bei 20 VVB über die
Verteilung der Prämienzuführung im Jahre 1964 vornahm, zeigt
folgendes Bild:

77,4 % der gesamten Prämienzuführungen entfielen auf die Er-
füllung der vorgegebenen Orientierungsziffern, 21,4 % der
Prämienzuführungen beruhten auf Übererfüllung von Orientie-
rungsziffern, und nur 1,2 % an Prämienzuführungen entfielen
auf die Überbietung von Orientierungsziffern vor Beginn des

1) Hellmuth Geyer, Die Bildung und Verwendung des Prämien-
fonds für die Jahre 1966/67, in: Die Wirtschaft Nr. 17
(1966), S. 16.

Planjahres. Im Jahre 1965 hat sich dieses Verhältnis der Prämienzuführungen etwas zugunsten der Überbietung von Orientierungsziffern verschoben, und zwar wurden etwa 75 % der Prämienzuführungen für die Erfüllung von Orientierungsziffern, etwa 15 % für ihre Übererfüllung und 6-8 % für die Überbietung von Orientierungsziffern gezahlt.¹⁾

Es zeigt sich also, daß 1964 und 1965 die Betriebe von der Möglichkeit, die staatlichen Orientierungsziffern vor Beginn des Planjahres zu überbieten und sich dadurch relativ mehr Prämien zu verdienen, nur wenig Gebrauch gemacht haben. Wie ist dies zu erklären?

Abgesehen von den Vorbehalten, die in den Betrieben gegenüber allen neuen Regelungen überhaupt bestehen, dürften folgende zwei Gründe für das Mißverhältnis zwischen Planübererfüllung auf der einen und Überbietung der Orientierungsziffern auf der anderen 1964 ausschlaggebend gewesen sein:

Erstens: Im Jahre 1964 dürften die Betriebe bis zur Schließung der bereits erwähnten Gesetzeslücke auf eine Überbietung der Orientierungsziffern verzichtet haben, weil sie befürchten mußten, daß der dadurch zu erzielende Prämien Gewinn nicht ihren eigenen Belegschaften, sondern innerhalb der VVB auch den Belegschaften schlechter arbeitender Betriebe zugute kommen würde.

Zweitens: Auch die Tatsache, daß ein Betrieb, der die Orientierungsziffern überbieten wollte, damit rechnen mußte, im Falle einer Nichterreichung der überbotenen Orientierungsziffer weniger Prämien zu erhalten als wenn er ohne Überbietung der Orientierungsziffer diese nur normal überfüllt hätte, dürfte erklären, warum im Jahre 1964 so wenig Betriebe von der Möglichkeit, ihre Orientierungsziffer zu überbieten, Gebrauch machten.

1) R. Rinke, Probleme der Planung..., a.a.O., Tabelle 26. - Die Zahlen für 1965 sind schätzungsweise ermittelt.

Im Jahre 1965 wurde dieses ungünstige Verhältnis der verschiedenen Prämiensätze verändert. So betrugen im Jahre 1964 die Prämiensätze für Überbietung, aber Nichterreichung 40 % des die Orientierungsziffer Gewinn übersteigenden Betrags der Erfüllung und für Nicht-Überbietung, aber Übererfüllung 60 % des Überplangewinns, während sie im Jahre 1965 jeweils 20 % und 30 % lauten.¹⁾

Das Risiko - nämlich die verhältnismäßig gewichtigen alternativen "Kosten" für die Überbietung und Nichterreichung - wird durch diese Änderung des Verhältnisses der Prämiensätze zueinander vermindert. Denn während im Jahre 1964 das Verhältnis der Prämiensätze noch 40 : 60 % war, ergab sich ab 1965 ein Prämienverhältnis von 20 : 30 %. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß von 1964 auf 1965 das Verhältnis der Prämiensätze für Überbietung und Erfüllung einerseits und Nichtüberbietung, aber Übererfüllung andererseits verändert wurde, und zwar von vormals 70 : 60 % auf nunmehr 70 : 30 % (des überbotenen bzw. übererfüllten Gewinnbetrages).

Diese beiden Veränderungen der Prämiensätze vom Jahre 1964 auf 1965 bedeuten für die Betriebe, daß es sich lohnt, bereits von vornherein die Überbietung zu wagen. Wahrscheinlich dürfte dies der entscheidende Grund dafür sein, daß im Jahre 1965 in den untersuchten Betrieben 15 % der Prämienzuführungen auf die Übererfüllung und 6-8 % auf die Überbietung entfielen. Im Vorjahr dagegen gingen nur 1,2 % auf die Überbietung und noch 27,4 % auf die Übererfüllung zurück.

Rinke, von dem die obigen statistischen Angaben stammen, hat leider den Zusammenhang zwischen der Veränderung der Prämiengrundsätze und dem von ihm beobachteten Verhalten der Betriebe

1) Vgl. Prämiengesetz von 1964, a.a.O., II § 6 a), § 8 a), S. 83 f. Diese Prämiensätze gelten zwar für die VVB als Ganzes, aber die VVB (Zentrale) dürften gegenüber ihren Betrieben etwa nach dem gleichen Verhältnis der Prämiensätze verfahren haben.

nicht erkannt. Er bemerkt hierzu lediglich: "Insgesamt spielt also der materielle Anreiz an der Überbietung der staatlichen Orientierungskennziffern noch keine große Rolle. Aber dieser Anteil wird weiter anwachsen."¹⁾

Wieder einmal haben wir gesehen, wie bei den Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen die Betriebe bzw. VVB sich immer prämiens-, d.h. erwerbs-orientiert verhalten. Immerhin ist zu ersehen, daß auch 1965 die Prämienzuführungen für Überbietung (6-8 %) noch relativ gering waren gegenüber denen für Übererfüllung (15 %). Wie ist dies zu erklären?

2. Zunächst sei bemerkt, daß aufgrund dieser Erfahrungen auch für 1966 und 1967 kaum erwartet werden kann, daß erheblich mehr Betriebe von der Möglichkeit, die Kennziffern zu überbieten, Gebrauch machen werden - trotz des neuen, wohl-erwogenen Prämiensystems.

Der Grund dafür ist folgender: Die neuen Prämiensätze sehen vor, daß jene Betriebe, die zwar die Orientierungsziffer überbieten, im Planjahr dann jedoch die versprochene Überbietung nicht einhalten können, in gleicher Weise prämiert werden wie andere Betriebe, die gar nicht erst versucht haben, die Orientierungsziffern zu überbieten, sondern sie im Laufe des Planjahres übererfüllen.²⁾ Im Jahre 1965 waren die Prämiensätze hierfür jeweils 20 % und 30 %. Also eine unwesentliche Änderung! Das gleiche gilt auch für das Verhältnis der Prämiensätze im Falle der Überbietung und Erreichung einerseits und Nichtüberbietung, aber Übererfüllung andererseits. Dieses hat sich für 1967 gegenüber 1965 von 75 : 30 % auf 75 : 35 % verschoben.³⁾

1) Rinke, Probleme der Planung ..., a.a.O., S. 138.

2) Prämiengesetz von 1966/67, a.a.O., § II 2 c), S. 250.

3) Richtlinie zur Bildung und Verwendung des Prämiensfonds für 1966/67, a.a.O., § II, S. 248 f.

Vom Interessenstandpunkt her ist es logisch, daß die Betriebe sich bei der bestehenden Prämientabelle stets für eine Überbietung statt für eine normale Übererfüllung entscheiden. Das oben beschriebene "Mißverhältnis", das sich aus den Statistiken für 1965 ergibt, könnte sicher auch auf den Zusammenhang der Prämien mit dem System der leistungsabhängigen Gehälter¹⁾ zurückzuführen sein. Wie Böttcher bemerkt, "gibt es natürlich auch Wirtschaftsfunktionäre, denen im Hinblick auf ihr leistungsabhängiges Gehalt der Spatz in der Hand lieber ist als die Taube auf dem Dach. Denn sie werden einem relativ niedrigen Plan mit der Aussicht auf Planübererfüllung (stets) den Vorzug geben gegenüber einem 'optimalen', d.h. überbotenen Plan, bei dem die Gefahr der Untererfüllung in Kauf genommen werden müßte."²⁾ Ob die Pläne eher überboten würden, wenn man die leistungsabhängigen Gehälter abschaffte, ist allerdings eine andere Frage, die nicht ohne weiteres zu beantworten ist.

Es gibt jedoch auch noch einen weiteren, diesmal außer-ökonomischen Faktor, auf den das "Mißverhältnis" zurückzuführen sein könnte: Erfüllung und Übererfüllung der Pläne sind im System zentraler Lenkung nicht allein ein ökonomisches Problem, sondern vor allem auch eine politisch-ideologische Frage. Werden Jahresplan oder einzelne Kennziffern nicht erfüllt, dann pflügen von seiten der politischen Führung und Partei moralische Vorwürfe erho-

-
- 1) Das System der leistungsabhängigen Gehälter ist mit dem "Beschluß des Ministerrats vom 4. Februar 1965 zu den Grundsätzen über die leistungsabhängigen Gehälter der Führungskader und der leitenden und mittleren Kader in den zentralgeleiteten volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens sowie in den VVB im Jahre 1965" (nicht veröffentlicht) eingeführt, aber durch das Prämiengesetz von 1966/67 aufgehoben worden. Vgl. Prämiengesetz von 1966/67, a.a.O., S. 253.
- 2) M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung im NÖS ? a.a.O., S. 17; vgl. ferner: ders., Pläne den Realitäten anpassen, in: Die Wirtschaft Nr. 15 (1965), S. 2.

ben zu werden, die sich in erster Linie gegen die Wirtschaftsfunktionäre in den Betrieben und VVB richten. Für diese Funktionäre kann es daher interessanter sein, ihre politische Zuverlässigkeit dadurch zu beweisen, daß sie bei - nach außen hin nicht bekannten - niedrigeren Plänen eine Planübererfüllung erreichen; diese ist allerdings nicht mit so hohen Prämien verbunden, als wenn die Betriebe von vornherein versucht hätten, die Planziffern zu überbieten. Beim Überbieten von Planziffern besteht dagegen die erhöhte Gefahr, daß die selbst gewählten neuen Kennziffern nachher nicht erreicht werden. Das Risiko, dann politische Schwierigkeiten zu bekommen, wird verständlicherweise von diesen Funktionären höher eingeschätzt als die Möglichkeiten, zusätzliche Prämien zu erlangen.¹⁾ Insofern überwiegt hier das politische Planziel gegenüber dem ökonomischen. - Ferner dürfte auch für das oben angeführte "Mißverhältnis" die Tatsache mitgespielt haben, daß es in der Planwirklichkeit "gewisse" Pläne gibt, die man nicht so gut überbieten kann. Wir werden ihnen noch im Verlauf unserer Analyse begegnen.

3. Hinsichtlich der Reaktionen der Betriebe auf das neue Prinzip der Planüberbietung ist noch folgendes zu bemerken. "Es gibt eine Reihe von VVB, denen für die Planausarbeitung 1960 hohe Orientierungsziffern vorgegeben wurden, die sie nur mit Mühe gerade einhalten können."²⁾ Wenn aber diese Orientierungsziffern zu hoch festgesetzt werden, ist klar, daß den Betrieben von vornherein der Mut genommen wird, die Orientierungsziffern zu überbieten. In diesem Falle wird das Prinzip der materiellen Interessiertheit unwirksam. Mit solchen Überforderungen der Betriebe wird lediglich erreicht, daß sie ihre ganze Energie dazu verwenden, einen möglichst niedrigen Plan gegenüber den vorgesetzten Planungsbehörden

-
- 1) Vgl. M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung im NÖS ? a.a.O., S. 17.
2) Ebenda.

durchzusetzen, um sich so von Anfang an eine günstigere Startposition für die Zuführungen zum betrieblichen Prämienfonds zu schaffen. In diesem Sinne dürfte sich auch die durch das neue Prämiengesetz von 1966 eingeführte Anwendung der degressiv gestaffelten Prämientabelle auf den planmäßigen Prämienanteil für Nichteinhaltung der Orientierungsziffer nur negativ auswirken.

Natürlich dürfte es auch Betriebe und VVB geben, bei denen die vorgegebenen Orientierungsziffern im Verhältnis zu den tatsächlichen ökonomischen Leistungsmöglichkeiten relativ zu niedrig liegen. Solche Betriebe können es sich leisten, die staatlichen Orientierungsziffern zu überbieten, weil sie verhältnismäßig sicher sein können, daß sie auch die selbst überbotenen Ziffern im Planjahr werden erfüllen können. Hier werden hohe Prämien nach den progressiven Prämienstaffeln des Prämiengesetzes von 1966 leicht verdient werden können. Aber selbst Betriebe der eben beschriebenen Art werden dabei doch sehr wahrscheinlich recht vorsichtig verfahren; denn sie müssen damit rechnen, daß - sofern das bisherige Verfahren der Ausarbeitung von Orientierungsziffern der Staatlichen Plankommission bestehen bleibt - sich das Überbieten der Orientierungsziffern in diesem Jahr gegen ihr eigenes materielles Interesse in dem darauf folgenden Planjahr wenden wird. "Sie stehen vor der Wahl, einen hohen Prämienfonds im ersten Jahr mit einem möglichen niedrigen im folgenden Zeitraum bezahlen zu müssen."¹⁾

Von diesem Aspekt her läßt sich also hier nochmals betonen, daß auch überbotene Pläne niemals "optimal" sein können (wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt von optimal oder nicht optimal sprechen kann). Ja, man könnte sogar folgern, daß der "Optimalitätsgrad" der Betriebspläne sich umgekehrt zu der beabsichtigten Dauer der Betriebszugehörigkeit der Betriebsleiter entwickeln wird. Eine solche Schlußfolgerung

1) Ebenda.

wäre jedoch oberflächlich; denn optimal können Betriebspläne nur dann sein, wenn sie auch die Kontinuität der betrieblichen Produktion und Investition über einen längeren Zeitraum zu sichern helfen. Das ist auch der Grund, warum die politische Führung wenig daran interessiert ist, die Leiter der Betriebe häufiger zu wechseln. Sicher sind weiche Pläne nicht optimal, aber zu harte Pläne sind es auch nicht. Welchen Wert man heute in Mitteldeutschland der kontinuierlichen Produktion beimißt, läßt sich vielleicht auch an dem neuen Prämiengesetz über die Gewährung von Jahresendprämien erkennen, in dem eines von mehreren Kriterien für die Prämienvergabe die Dauer der Betriebszugehörigkeit der Belegschaftsmitglieder ist.

Schließlich ist noch auf folgendes Problem hinzuweisen. Wenn ein derartig hoher Prämienanreiz für die Überbietung von Vorgabezeiffern gegeben ist, während früher doch nur 60 % oder 55 % des Überplangewinns für eine Übererfüllung der Kennziffern gewährt wurden¹⁾, dann ist zu erwarten, daß jene Betriebe und Wirtschaftszweige, die sich noch im Aufbau ihrer Produktion befinden, in den ersten Anlaufjahren versuchen werden, möglichst große Kosten- und Kapazitätsreserven anzulegen, um dann in späteren Jahren von Jahr zu Jahr ihre Planaufgabe kontinuierlich überbieten zu können, ohne dadurch in besondere Schwierigkeiten zu geraten.

4. Aus alledem ergibt sich, daß auch mit der neuen Gewinn-Prämien-Tabelle das alte Problem der Tendenz zu weichen Plänen nicht gelöst wird. Das Phänomen der weichen Pläne, das einerseits im System der staatlichen Zwangsvorgaben, andererseits in der Art der Prämierung wurzelt, kann - eben weil es systembedingt ist - auch nicht mit neuen Prä-

¹⁾ Vgl. H. Wallmeyer, Die Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit bei dem Betriebsleiter und dem Hauptbuchhalter. (Diplomarbeit an der Hochschule für Ökonomie, Berlin (-Ost) 1964).

mienregelungen aus der Welt geschafft werden. Hier gilt und wird immer gelten der Satz von Böttcher: Solange "die Anwendung einer ökonomischen Kennziffer mit wichtigen Sanktionen bzw. mit materiellen Vorteilen verbunden (sein wird), so ruft das immer das Bestreben der Betriebe hervor, einen niedrigen Plan zu bekommen."¹⁾

D. Die planmethodischen Auswege

Gibt es nun einen Weg aus dem oben dargestellten Dilemma? Im Rahmen der zentralen Lenkung könnte der Ausweg wohl nur in der planmethodischen Verfeinerung der Ausarbeitung der Orientierungsziffern zu suchen sein. Von hier aus würde man sich aber dann wohl den Ansichten der "Zentralisten"²⁾ nähern, etwa jenem radikalen Lösungsvorschlag von Fedorovitsch, der im Gegensatz zu dem Dezentralisationsmodell von Liberman, Kantorovitsch und Nemtschinov versucht, durch den umfassenden Einbau eines kybernetischen Planungs- und Kontrollsystems die naturale Lenkung zu vervollkommen. Die Betriebe brauchten dann nach Fedorovitsch nur noch die Informationen zu liefern und die Anweisungen der Zentrale zu befolgen.³⁾ Ihnen sollten also alle Möglichkeiten genommen werden, weiche Pläne aufzustellen. Es erübrigt sich, auf die - zumindest noch vorläufig - illusionären Vorstellungen und Vorschläge einzugehen.⁴⁾ Sie sind hier nur insofern interessant, als sie Ausdruck des systemimmanenten morphologischen Zwangs in Richtung auf eine Zentralisation hin sind.

Die angestrebte Verfeinerung der staatlich vorzugebenden

-
- 1) M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung .., a.a.O., S.17.
 - 2) Vgl. E. Boettcher, Die Planwirtschaft im Wandel, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock - Beginn einer Liberalisierung? Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 14 f.
 - 3) Vgl. Fedorovitsch, in: Ekonomitscheskaja gazeta vom 3.11. 1962, S. 39.
 - 4) Vgl. Y.G. Liberman, Confidence is an Incentive, gekürzte Übersetzung in: The Current Digest of the Soviet Press, Vol. XVIII, No. 16, Page 29.

Kennziffern ist heute noch ein ungelöstes Problem, denn es fehlt an Maßstäben dafür, wie wissenschaftlich begründete Kennziffern von Fachministerien und VVB ausgearbeitet werden könnten. Böttcher meint, sie würden "entweder sehr kompliziert zu handhaben sein oder nur Durchschnittswerte enthalten."¹⁾ Tatsächlich ist das Verfahren zur Ausarbeitung der Kennziffern in Mitteldeutschland heutzutage unverändert. Nach wie vor wirkt es sich besonders nachteilig für jene Betriebe und VVB aus, die bisher schon mit besonders hohem Leistungsgrad gearbeitet haben.

E. Die langfristigen Prämiennormative

Ein denkbares wirtschaftspolitisches Instrument gegen die - oder zumindest zur Minderung der Tendenz zu weichen Plänen könnten die langfristigen Prämiennormative sein. Der Sinn dieser Prämiennormative ist der, daß man die Prämierung der Betriebe nicht mehr von dem bloßen Plan-Ist-Vergleich des Gewinnes abhängig machen will, sondern die Prämierung anhand einer Gewinn-Prämien-Tabelle errechnen will, die über mehrere Planperioden hinweg festgelegt wird.²⁾ Die Prämienhöhe würde dann von der jeweiligen Zuwachsrate der Gewinne abhängen. Würde übrigens statt des Gewinns, wie das etwa im neuen Prämiengesetz von 1966 vorgesehen ist, die "fondsbezogene Rentabilität"³⁾ als Basisgröße dieser langfristigen Prämientabelle zugrunde gelegt, so würde dieser neue Vorschlag der langfristigen Gewinn-Prämien-Tabelle dem Libermanschen Vorschlag aus dem Jahre 1962⁴⁾ entsprechen.

Zu dem Vorschlag der längerfristigen Prämiennormative ist zweierlei zu bemerken:

-
- 1) M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung..., a.a.O., S. 17.
 - 2) Ebenda.
 - 3) Prämiengesetz von 1966/67, a.a.O., II § 5, S. 251.
 - 4) Y.G. Liberman, Plan, Gewinn, Prämie, in: Die Presse der Sowjetunion, Nr. 108 (1962), S. 2331 ff.

Erstens: Wenn den Betrieben nun alljährlich eine Gewinnaufgabe, und zwar in Form von prozentualen Gewinnsteigerungsraten - wie es das neue Prämiengesetz von 1966 vorsieht - auferlegt würde, oder wenn - wie im Libermanschen Vorschlag - Produktionskennziffern über Umfang, Sortiment und Lieferfristen von der Zentrale vorgegeben würden, so wäre in beiden Fällen keine Verbesserung des bisherigen Systems zu erkennen. Es ist nicht einzusehen, in welcher Weise langfristige Prämiennormative besser der Tendenz zu weichen Plänen entgegenwirken könnten als die bisherigen Prämienregelungen. Liberman hat 1962 in seinem mittlerweile berühmt gewordenen Aufsatz behauptet, daß die Betriebe, wenn seine Vorschläge verwirklicht würden, aufgrund ihrer langfristigen Rentabilitätsnormen nicht mehr nach weichen Plänen streben würden. Liberman wollte jedoch zusätzlich, daß im Falle einer Übererfüllung der Betriebspläne die Prämien zwar auch nach der gleichen Tabelle vergeben werden sollten, "aber ausgehend von dem mittleren Satz zwischen der im Plan vorgesehenen und der faktisch erzielten Rentabilität"; hiernach gilt praktisch das oben über die mitteldeutsche "Überbietungsregelung" Ausgeführte sinngemäß auch für den Libermanschen Vorschlag und die neueste Anwendung von langfristigen Prämiennormativen.

Zweitens: Langfristige Prämiennormative dürften wohl auf weiter gespannten Überlegungen beruhen. Mit diesen neuen langfristigen Prämiennormativen hofft man in Mitteldeutschland zu erreichen, daß sich die VVB und die Betriebe wegen ihrer materiellen Interessen an diesen langfristigen Prämientabellen orientieren und deshalb ihre Produktions- und Investitionsprogramme längerfristig "optimal" gestalten, statt sich wie bisher nur kurzfristig an dem alljährlichen Plan-Ist-Gewinn-Vergleich hinsichtlich der Prämierung der Betriebsleistungen zu orientieren. Diese zu kurzfristigen Prämieninteressen verhielten - und dies ist ein sehr schwerwiegendes Problem - im System zentraler Lenkung vor allem die Einführung technischer Fortschritte. Voraussetzung

für die "Entwicklung und Anwendung langfristiger Normative der materiellen Interessiertheit" ist aber "das Vorhandensein wissenschaftlich begründeter Perspektivpläne für die einzelnen Zweige und Großbetriebe".¹⁾

Von hier aus dürfte auch besser zu verstehen sein, daß man neuerdings wieder verstärkt versucht, die Perspektivpläne in ihrer Bedeutung aufzuwerten.²⁾ Im gleichen Sinne ist der Erlaß des neuen Gesetzes vom 11.5.1966 über die vorläufigen Richtlinien für die Durchsetzung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Investitionsmittel in den Betrieben zu betrachten.

Folgendes ist jedoch hierzu festzustellen. Die Ausarbeitung der jährlichen Orientierungskennziffern seitens der VVB für die Betriebe ist, wie bereits erwähnt wurde, eine mehr oder weniger willkürliche Angelegenheit, weil es keine eindeutigen Maßstäbe dafür gibt, welche Kennziffern richtig oder unrichtig sind.³⁾ Wenn das aber stimmt, muß die Frage gestellt werden, wieso eigentlich Perspektivpläne, die jedenfalls in der bisherigen Form nur globale Orientierungsgrößen für die langfristige gesamtwirtschaftliche Entwicklung enthalten, so einwandfrei ausgearbeitet werden können, daß aus ihnen in sinnvoller Weise langfristige Prämiennormative für die VVB und ihre Betriebe abgeleitet werden können? In der Praxis Mitteldeutschlands sieht es heute so aus, daß auch die langfristigen Investitionspläne der VVB bzw. der Betriebe im Wege von Planvoranschlägen der Betriebe ausgearbeitet werden. Damit aber - das dürfte auf der Hand liegen - sind den Betrieben auch bei der Planung der langfristigen Entwicklung von vornherein alle Manipulations-

1) Prämiern im System ökonomischer Hebel, a.a.O., S. 30.

2) W. Librich, Probleme des Perspektivplanes bis 1970, a.a.O., S. 5.

3) Vgl. P. Lauterbach, Zu einigen Fragen der perspektivischen Preisbildung, in: Die Wirtschaft Nr. 5 (1965) vom 4.2.1965, S. 18.

möglichkeiten für eine Ausarbeitung der Perspektivpläne in ihrem einzelwirtschaftlichen Interesse in die Hand gegeben. Außerdem ist nach den Kriterien für die Festlegung der langfristigen Preisgestaltung zu fragen. Können Preisfestsetzungen oder Preisgestaltungen, die im Hinblick auf längerfristige Erwartungen im System staatlicher Planung des Wirtschaftsprozesses vorgenommen werden, den tatsächlichen ökonomischen Möglichkeiten der Volkswirtschaft besser entsprechen als dies die kurzfristigen, administrativ festgesetzten Preise vermögen?

III. Die Hauptkennziffer Gewinn und die Korrektive

A. Gewinn versus Bruttoproduktion

1. Vor Einführung des Neuen Ökonomischen Systems war Hauptkennziffer und damit wichtigste Bemessungsgrundlage für die betrieblichen Prämienzuführungen die Bruttoproduktion. Da sich in dieser Kennziffer weder die Entwicklung der Erlöse noch die der Selbstkosten widerspiegelte, wurde 1963 an die Stelle dieser Kennziffer der Gewinn als entscheidende Hauptkennziffer gesetzt. Die früher übliche Vernachlässigung der Selbstkostensenkung glaubte man dadurch beseitigen zu können, daß die Betriebe sich nun hauptsächlich an dem Gewinn orientieren sollten, dessen Höhe bei fixierten Preisen von Selbstkostensenkungen und von der Ausdehnung der Produktion abhängt. Man hoffte also, durch die Hauptkennziffer Gewinn gleichsam zu einer Schließung der betrieblichen Wirtschaftsrechnung zu kommen; auf diese Weise sollten auch die früher unwirksamen ökonomischen Einzelhebel aktiviert werden.

Die Erhebung des Gewinns zur Hauptkennziffer im Neuen Ökonomischen System geht im wesentlichen auf den bekannten Vorschlag Libermans vom September 1962 zurück. Etwa zur gleichen Zeit wie in Mitteldeutschland wurde auch in Polen, Ungarn, Bulga-

rien¹⁾ und nach der letzten Septemberreform 1965 teilweise in der UdSSR²⁾ der Gewinn zur Hauptkennziffer gemacht.

2. Im ersten Teil der Arbeit wurde dargelegt, daß die Bruttoproduktions- wie auch die Gewinnkennziffer im Rahmen der weichen betrieblichen Planung auf vielfältige Weise manipuliert werden kann. Im folgenden soll auf die Technik dieser Manipulationen näher eingegangen und gezeigt werden, wie sich die Betriebe verhalten, wenn die Hauptkennziffer Bruttoproduktion durch den Gewinn ersetzt ist.

B. Der "Kult der Bruttoproduktion"

1. Wie erwähnt, war früher die Bruttoproduktion die Hauptkennziffer der Prämierung, während daneben Zusatzkennziffern, wie beispielsweise der Gewinn, die Selbstkostensenkung und die Arbeitsproduktivität, noch eine Rolle spielten. Diese Kombination von Kennziffern sollte, wie schon im ersten Teil der Arbeit ausgeführt wurde, zweierlei bewirken: Erstens, daß die Betriebe ihre Produktmengen vergrößerten, indem sie ihre Produktionskapazitäten möglichst intensiv ausnutzten. Zweitens sollte verhindert werden, daß die Betriebe aufgrund einer zu einseitigen Orientierung auf die Erfüllung der Produktionspläne die Kostensenkung vernachlässigten. Sie sollten also durch Kostensenkung einerseits und durch Vergrößerung der Ausbringungsmenge andererseits die Gewinne vergrößern. Die Kennziffern hierfür wurden von den VVB als Lenkungsorganen anhand der im Vorjahr erreichten Ergebnisse ausgearbeitet und dann unter Berücksichtigung bestimmter Zuschlagsätze auf die verschiedenen ihnen unterstellten Betriebe aufgeschlüsselt. Auf diese Weise versuchte man, den wachstumsprozess anzuregen und intensiver zu gestalten.

1) Vgl. H. Jewtignejew, Über den materiellen Anreiz in der Industrie der sozialistischen Länder Europas, in: Presse der SU 1963, Nr. 78, S. 1725 ff.

2) M. Kaser, Der Weg zur Septemberreform, in: Osteuropa Wirtschaft 1965, Heft 4, S. 241 ff.

Die Frage ist nun, wie die Betriebe auf diese Kennziffern reagierten. Denn sie mußten mit unterschiedlichen Prämiensätzen für die Erfüllung der Kennziffer Bruttoproduktion einerseits und die Erfüllung der Kennziffer Gewinn andererseits rechnen, und zwar wurde für die Erfüllung der Bruttoproduktion ein höherer Prämiensatz gewährt. Daher waren die Betriebe stärker an der Erfüllung dieser Kennziffer interessiert als an der Erfüllung der Gewinnkennziffer.

Würden die Betriebe nach einer Maximierung ihrer Prämien streben, so müßte diese theoretisch - dem Marginalprinzip folgend - bedeuten, daß sie bei gegebener Preis- und Kostenstruktur ihre Ausbringungsmenge in dem Spielraum zwischen den beiden Ausbringungsmengen festsetzen müßten, die sich bei Gleichheit von Grenzkosten und Absatzpreis einerseits und Stückkosten und Preis andererseits ergeben. Und zwar würden die Betriebe ihre Produktion bis zu dem Punkt ausdehnen, an dem der Zuwachs der Prämiensumme aus der Vergrößerung der Produktionsmenge gleich wird dem Prämienentgang, der sich aus dem Rückgang des Gesamtgewinns infolge der mit der Produktionsausdehnung verbundenen Kostenprogression ergibt.¹⁾

Die politische Führung hatte gehofft, auf diese Weise ein marktwirtschaftsähnliches Verhalten der Betriebe zu erreichen.

1) Dieses betriebliche Marginalkalkül des Abwägens zwischen den Prämien für die Erfüllung der Bruttoproduktion und den Prämien auf die Gewinnerfüllung ist im Ansatz zuerst von Balassa (vgl. a.a.O., S. 139) beschrieben worden. Berliner hat etwa zu der gleichen Zeit in einem unveröffentlichten Manuskript anhand allgemeiner Produktionsfunktionen in einem Gleichungssystem die Bedingungen für das Prämienmaximum bestimmt. (vgl. B. Ward, The Planner's Choice Variables, in Value and Plan, edit. G. Grossman, Berkeley and Los Angeles 1960, S. 143 f.) Neuerdings hat Ames anhand des preistheoretischen Modells der vollkommenen Konkurrenz versucht, mit Hilfe dieser Ansätze eine mikroökonomische Theorie der sowjetischen Betriebe zu entwickeln. (vgl. Ed. Ames, Soviet Economic Processes, Homewood 1965, S. 50 ff.)

Wie aber verhielten sich die Betriebe in der Praxis? Sie versuchten, wie schon gezeigt, die Kosten möglichst hoch anzusetzen und vor allem die Bruttoproduktions- und Gewinnziffern vermittels einer manipulierten Verschiebung der Kostenkurve nach oben zu erfüllen bzw. überzuerfüllen, und zwar sind dabei die zwei Fälle der Kalkulationspreise und der Festpreise zu unterscheiden.¹⁾

2. Zunächst sei der erste Fall behandelt:

Wenn für ihre Produkte Kalkulationspreise oder betriebsindividuelle Festpreise galten, versuchten die Betriebe durch den Einsatz alternativ verwendbarer, aber teurerer und hochwertigerer Materialien über die damit verbundene Erhöhung ihrer Produktpreise den monetären Bruttoproduktionswert, der das rechnerische Produkt aus Preishöhe und fertiggestellter Leistung oder Menge der Erzeugnisse des Betriebes ist, in die Höhe zu schrauben. Die Folge war, wie Nove anhand sowjetrussischer Beispiele veranschaulicht: "For many years this 'success indicator' has discouraged the production of cheap clothing, since the cheaper is the material used, the harder - other things being equal - it must be to fulfil the plan. For the same reason there has been a marked reluctance to use any but the dearest kinds of steel in toolmaking. Again, examples can easily be multiplied, and there seems no doubt that substantial distortions have been introduced into the economy by what one critic has called 'the cult of gross output' (kult vala). Then, because gross output includes any increase in the carryover of uncompleted production, there is also a tendency for the management to aim at having an unnecessarily large amount of work in hand at the end of the plan period, exclusively to be able to score a 'statistical' success. A more serious, though less obvious, consequence of

1) Zu den Begriffen Kalkulationspreis und Festpreis vergleiche W. Petrovsky, Die Formen des Preises in der Industrie, in: Preispolitik und Preisbildung in der DDR, Berlin (-Ost) 1960, S. 48 ff.

the use of gross output as an indicator of success is a shortage of spare parts, which for long has been a notorious source of weakness in the USSR. At first sight this may appear strange, since it seems that a sparking plug worth 10 roubles would "count" equally whether it is sold separately or placed in a completed tractor. However, in a tractor this sparking plug is combined with goods and services purchased from outside the given enterprise. Suppose, to take a simplified example, half of the completed tractor consists of components bought from other factories. Then its total value will be equal to twice the value of the parts which are made in the given enterprise. But then it follows that the sparking plug will be worth twice as much, in terms of plan fulfilment, if it is in a completed tractor than if it were sold separately."¹⁾

Derartige Manipulationen der Bruttoproduktion berühren nämlich die Erfüllung des Gewinnplanes nicht, weil bei einem gleichbleibenden Prozentsatz für den Gewinnaufschlag der Einsatz teurerer Materialien gleichzeitig zur Erhöhung der Gewinnspanne pro Stück und damit bei gleichbleibender Produktmenge zur Erhöhung des Gesamtgewinnes führt. Wenn gar die Gesamtselbstkosten je Stück als Basis für die Preisermittlung dienen, wie dies vor Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Fall war, so hat dies noch bemerkenswertere Konsequenzen: "Indem z.B. der Gewinnanteil der Preise nicht mit dem Eigenleistungsanteil in den Betrieben und Zweigen parallel läuft, werden über den Gewinn die Betriebe und Zweige materiell daran interessiert, statt eine hohe Eigenleistung zu bringen, das Sortiment in Richtung Vorleistung

1) A. Nove, The Problems of "Success-Indicators", a.a.O., S. 82 f.

Ähnliche Beispiele derartiger Manipulationen vgl. The Soviet Economy, London 1965.

intensiver Erzeugnisse zu verschieben."¹⁾ Die Folgen sind, daß ein bedarfsgerechtes Sortiment nicht mehr gesichert ist, vor allem aber, daß hier unwirtschaftlich mit knappen Mitteln umgegangen wird und der Preis des Produkts in unökonomischer Weise erhöht wird.

Eine solche Verwendung teurerer Materialien bedeutet, daß die betriebsindividuellen Kostenkurven sich nach oben verschieben. Damit steigen zwar die Gesamtkosten der Produktion, aber die Erfüllung der Selbstkostensenkungsaufgabe wird deshalb nicht behindert. Hierauf wird noch eingegangen werden.

3. Wenn keine Kalkulationspreise, sondern Festpreise für die Produkte des Betriebes gelten, dann werden die Betriebe versuchen, ihren Gewinnplan leichter zu erfüllen, indem sie statt der in ihren Betriebsplanentwürfen angegebenen Materialien billigere verwenden. Auf diese Weise können sie die Materialselbstkosten senken; die Bruttoproduktionskennziffer, die ja das rechnerische Produkt aus der Höhe des festgesetzten Preises und der zu produzierenden Menge ist, wird dadurch nicht verringert. Schließlich können, unabhängig davon, ob Kalkulations- oder Festpreise für die Produkte des Betriebes gelten, weiche Pläne dadurch zustandekommen, daß man versucht, in den Planentwürfen größere Kosten- und Kapazitätsspolster zu verbergen und dann im Verlauf des Planjahres durch bessere Ausnutzung der Kapazitäten und der Kostenverhältnisse die Erfüllung aller drei Kennziffern (Bruttoproduktion, Gewinn und Kostensenkungsaufgabe) gleichzeitig zu erreichen. Nur wo es nicht möglich ist, durch die Reduktion des zu verwendenden Material, also durch einen

¹⁾ V. Brandt, E. Kupfernagel und H. Pohl, Finanzen der Betriebe und Wirtschaftszweige (Lehrbrief für das Fernstudium an der Hochschule für Ökonomie, Berlin-Karlshorst, Nr. 2, 1965), S. 29 f.
Vgl. auch Richtlinie für das neue ökonomische System, S. 61, 2, 82 ff.

teureren Einkauf oder einen billigeren Einkauf, den Umsatz bzw. die Bruttoproduktion und ihre Kosten zu manipulieren, nur da wird für den Betrieb die Entscheidung aktuell, ob er versuchen soll, entweder die Bruttoproduktionskennziffer weit überzuerfüllen oder aber stattdessen die Kosten-senkungsziffer überzuerfüllen.

Wie die "weichen" Pläne auch im einzelnen zustandekommen mögen, sicher ist, daß alle Betriebe immer versuchen werden, Plankennziffern zu erhalten, die es ihnen gestatten, einem massiven Druck von seiten der Planungsadministration besser begegnen zu können. Immerhin läßt sich aus den verschiedenen Varianten der Manipulationen erkennen, welcher Erfolg bei der Bekämpfung der betrieblichen Preis- und Kostenmanipulationen zu erwarten wäre, wenn die Bruttoproduktion und der Gewinn als Hauptkennziffern miteinander vertauscht würden.

C. Der Gewinn als Erfolgsindikator

Es wurde schon dargelegt, was durch die Erhebung des Gewinns zur Hauptkennziffer erreicht werden sollte; und zwar hoffte man, die gesamte Wirtschaft von dem früher mehr extensiven zu einem künftig intensiveren Wachstum bringen zu können, indem man die Betriebe dazu aufforderte und anreizte, stärker auf die Entwicklung des Gewinnes und auf mögliche Kostensenkungen anstatt nur auf die Erfüllung des Produktionsplanes zu achten. Dies wurde besonders von Šik betont. Gleichzeitig versuchte man jedoch auch, einer allzu einseitigen Orientierung auf den Gewinn dadurch vorzubeugen, daß den Betrieben zusätzlich eine Kennziffer für Warenproduktion vorgegeben wurde. Diese Nebenkennziffer, die definiert ist als Summe der Bruttoproduktion minus Summe der unvollendeten Erzeugnisse, umfaßt das gesamte Produktionsprogramm des Betriebes, gegliedert nach Umfang, Sortiment und Produktpreisen. Als weitere Korrektive dienen noch andere Nebenkennziffern:

und zwar ist statistisch nachgewiesen, daß als häufigste Kombination verwendet wurde: Hauptkennziffer: Gewinn,

1. Nebenkennziffer: Plan Neue Technik, 2. Nebenkennziffer: Exportplan, 3. Nebenkennziffer: Staatsplanpositionen.¹⁾

2. Aus den bisherigen Darlegungen über die Kennzifferbruttoproduktion ergibt sich, daß bei Kalkulations- wie bei Festpreisen der Gewinn vielfältig manipuliert werden kann. Zunächst sei der Fall der Kalkulationspreise behandelt. Wenn der Gewinn zur Hauptkennziffer erhoben worden ist, lohnt es sich noch immer, teurere Materialien einzusetzen als im Plan angenommen, um das Bruttoproduktionssoll leichter erfüllen zu können. Durch eine solche Manipulation wird die Erfüllung der Gewinnkennziffer beschleunigt. Immerhin wird der Ersatz der Kennziffer Bruttoproduktion durch den Gewinn als Hauptkennziffer einen gewissen Erfolg haben. Die Betriebe werden nicht mehr am Ende des Planjahres unvollendete Erzeugnisse aufhäufen oder gar Materialien von den Materiallagern auf Warenlager umschreiben, was früher eine sehr beliebte Methode war, um einen statistischen "Erfolg" ausweisen zu können. Da der Gewinn entscheidend von der Größe der abgesetzten Menge abhängt, wird insofern die Aufwertung der Gewinnkennziffer zu einem "absatzorientierteren" Verhalten der Betriebe führen.

Nachdem früher die Gesamtselbstkosten des Betriebes als Basis für die Preiskalkulation der Produkte dienten und sich eine immer umfassendere Aufblähung des Anteils der bezogenen Materialien und der Fremdleistungen an den Selbstkosten ergab, ist man mit Einführung des Neuen Ökonomischen Systems dazu übergegangen, nunmehr die Verarbeitungskosten als Grund-

1. Vgl. H. Kinke, Aspekte der ökonomischen Beziehungen zwischen Lohn und Prämie und der weiteren Verbesserung des Prämiensystems, in: Wirtschaftswissenschaft Nr. 8 (1965), S. 1283 ff.

lage für die Preisermittlung zu verwenden.¹⁾ Diese neue Maßnahme war schon früher einmal, und zwar aus dem gleichen Grunde wie in Mitteldeutschland, in der Sowjetunion in der Bekleidungsindustrie experimentell angewandt worden; jedoch führte dies dort zu keinem besonderen Erfolg.²⁾ In Mitteldeutschland dagegen wird diese neue Maßnahme mit der Erhebung des Gewinns zur Hauptkennziffer verbunden; man will nämlich vermeiden, daß "die ohnehin bestehende genannte negative Tendenz ... noch durch den Gewinnanreiz" verstärkt würde.³⁾

Abgesehen davon, daß nun, wenn die Preise auf der Basis der Verarbeitungskosten ermittelt werden sollen, die Kalkulationsbasis kleiner wird, kann - wie die sowjetische Praxis zeigte - die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben relativ zurückgehen. Das liegt u.a. daran - auf den ersten Fall bezogen -, daß die Verarbeitungskosten nur ein Teil der gesamten Selbstkosten sind und sich folglich ein höherer Gewinnsatz ergibt, der zu ganz anderen negativen Wirkungen führen kann (z.B. ansteigende Verarbeitungskosten, deren Normen z.T. mangelhaft sind).²⁾

3. Nun zum zweiten Fall, den Festpreisen. Mutatis mutandis läßt sich in diesem Fall über die Hauptkennziffer Gewinn das-selbe sagen wie bereits über die Kennziffer Bruttoproduktion. Die Betriebe werden bestrebt sein, im Interesse der Erfüllung ihres Gewinnplanes möglichst billige Materialien zur Produktion zu verwenden. Das bedeutet nichts anderes, als daß sie tatsächlich versuchen werden, möglichst rentabel ihre Produktionsauflagen zu erfüllen. "Durch das System der Festpreise bei vergleichbaren Erzeugnissen ist die Rentabilität der ein-

1) H. Brandt, E. Kupfernagel, H. Pohl, Finanzen der Betriebe und Wirtschaftszweige, a.a.O., S. 29.

2) A. Nove, The Problem of "Success Indicators", a.a.O., S. 83.

3) H. Brandt, E. Kupfernagel, H. Pohl, ebenda, S. 23 ff.

zernen Produkte und unter den einzelnen Unternehmen außerordentlich differenziert. Das muß zur Sortimentsveränderung führen, deren volkswirtschaftlicher Nutzen nicht in jedem Fall gegeben sein wird."¹⁾ Andererseits würde ein zu heftiges Rentabilitätsstreben auch solche Sortimentsveränderungen, die notwendig sein könnten, weil daraus für die Volkswirtschaft ein Vorteil entstehen könnte, wenn neue Produkte mit neuen Qualitäten eingeführt würden, verhindert werden. Böttcher meinte, daß bei neuen Produkten zunächst immer erst ein neuer Preis kalkulatorisch gebildet werden muß. Wie die Praxis zeigt, enthalten diese neuen Preise in der Regel kleinere Gewinnspannen als die Preise der alten Produkte. Im Grunde ist dies jedoch kein anderes Verhalten als der Versuch, das Produktionsprogramm auf solche Produkte umzustellen, bei denen sich höhere Gewinnspannen ergeben; ein Problem, mit dem die politische Führung auch schon vor Beginn des Neuen Ökonomischen Systems zu kämpfen hatte. So heißt es in der Richtlinie zur Einführung des Neuen Ökonomischen Systems: "Indem das Prinzip der einheitlichen staatlichen Festpreise in unserer ökonomischen Praxis weitestgehend als Prinzip starrer, nicht zu verändernder Preise gehandhabt wurde, ergab sich, daß im allgemeinen alte, zum Teil technisch überholte Erzeugnisse durch die Selbstkostensenkung der vorangegangenen Jahre rentabler, weil gewinnintensiver wurden, als dies bei der Einführung neuer, besserer Erzeugnisse und der damit verbundenen neuen Preisbildung möglich ist."²⁾

Zweieinhalb Jahre später mußte Böttcher, stellvertretender Chefredakteur der "Wirtschaft", immer noch feststellen: "Selbst unter einer vollendeten Industriepreisreform ist diesem Umstand nicht abgeholfen, lediglich eine Basis geschaffen, um den Widerspruch lösen zu können. Das Problem spitzt

1) M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung im Neuen Ökonomischen System? a.a.O., S. 16 f.

2) Richtlinie für das Neue Ökonomische System, a.a.O., S. 89.

sich vielmehr darauf zu: Wie kann man für die verschiedenartigen Erzeugnisse einen Preis sicherstellen, der eine annähernd gleiche Rentabilität gewährleistet und dabei sich ständig an die Veränderungen des Wertes anpaßt?"¹⁾

Derartige Sortimentsveränderungen werden von den mitteldeutschen Betrieben nicht erst bei der Plandurchführung vorgenommen, denn dies würde sich auch für sie ungünstig auswirken, da sie dann der Kennziffer Sortimentseinhaltung nicht genügen würden; deshalb werden Sortimentsveränderungen bereits in den Betriebsplanentwürfen vorgesehen. Daher hat Böttcher natürlich auch recht, wenn er sagt: "Es wäre ... ein Irrtum, annehmen zu wollen, daß die Kennziffer 'Gewinn' lediglich ein Stimulus für die Durchführung des Planes sei. Tatsächlich werden die Betriebe bereits bei ihren Planvorschlägen berücksichtigen, wie sich bei ihnen der Gewinn im Planungszeitraum am günstigsten gestalten läßt."²⁾

Durch Sortimentsveränderungen kann aber nicht nur die Erfüllung der Kennziffer Gewinn erleichtert werden, sondern Gleiches gilt entsprechend auch für die Kennziffer Warenproduktion. Nach Böttcher gibt es genügend Beweise dafür, daß mancherlei Produkte in Mitteldeutschland von den Betrieben nur aus dem Grunde in einer ganz bestimmten Qualität produziert werden, weil sich auf diese Weise die Kennziffer Warenproduktion leichter übererfüllen läßt. Es gäbe viele Fälle, in denen billigere Güter für den gleichen Zweck hergestellt werden könnten und dies nur deshalb nicht geschieht, weil die Betriebe daran nicht interessiert sind.³⁾

1) M. Böttcher, Wo stehen wir mit der Planung ..., a.a.O., S. 16 f.

2) Ebenda, S. 17.

3) Ebenda.

Schließlich seien noch die beiden am häufigsten angewendeten Nebenkennziffern, die Kennziffer Exportaufgabe und die Nebenkennziffer Staatsplanposition, erwähnt. Im System der Kennziffernkontrolle sollten diese beiden Kennziffern zusammen die Einhaltung vorrangiger Sortimente garantieren. Da diese beiden Kennziffern Wertgrößen sind, lassen sie sich jedoch in gleicher Weise von den Betrieben manipulieren wie die Kennziffern Gewinn und Warenproduktion.

4. Das Prämiengesetz von 1964 machte den Gewinn zur Hauptkennziffer des Systems ökonomischer Hebel. In der mitteldeutschen Praxis wurde er, wie die empirische Untersuchung von Rinke zeigt, tatsächlich in den Jahren 1964 und 1965 für die Prämiiierung in den meisten VVB und VEB angewendet. Allerdings wurde schon in der Verfügung des Volkswirtschaftsrates über die Anwendung der materiellen Interessiertheit bei der Herausgabe der Orientierungsziffern für die Planausarbeitung 1966 der Gewinn als Hauptkennziffer aller betrieblichen Leistungen nicht mehr generell vorgeesehen.¹⁾ Offenbar hatte man damals bereits in der Staatlichen Plankommission erkannt, wie verhältnismäßig leicht diese Hauptkennziffer von den Betrieben manipuliert werden kann. Allerdings erfolgte in der genannten Verordnung auch kein Verdikt des Gewinns als Hauptkennziffer. Schon im Prämiengesetz vom April 1966 wurde dann der Gewinn wieder eindeutig als die Hauptkennziffer für die betriebliche Prämiiierung des Jahres 1967 hervorgehoben. Im gleichen Gesetz wurde allerdings u.a. die weitere Hauptkennziffer "Kapitalrentabilität" neu eingeführt.²⁾ Die offiziell als "Fondsrentabilität" bezeichnete Kennziffer definiert das Verhältnis von Gewinn zu "Grund- und Umlaufmittelfonds". Für ihre Funktionsweise gelten die über die Hauptkennziffer "Gewinn" gemachten Ausführungen entsprechend.

1) Ebenda.

2) Vgl. Prämiengesetz von 1966/67. In: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 40 (1966), S. 249-256.

5. Aus alledem läßt sich schließen: Die Betriebe verfügen von der Erlösseite her über einen weiten Spielraum zur Manipulation des Gewinns, besonders im Falle der Kalkulationspreise. Denn bei Kalkulationspreisen können sie die Preise über die Aufblähung ihrer Kosten nach oben manipulieren. Im Falle von Festpreisen wird der gleiche Effekt durch eine entsprechende Veränderung und Einengung des Sortiments erreicht. Diese Manipulation bedeutet nichts anderes, als daß die Preiskurve nach oben verschoben wird.

Am Anfang dieses Kapitels wurde schon beschrieben, daß man durch die Erhebung des Gewinns zur Hauptkennziffer die Betriebe dazu zu bringen suchte, aufgrund ihres Interesses an einer Erfüllung der Gewinnkennziffer, ihre Kosten zu senken. Eine solche Geschlossenheit der betrieblichen Wirtschaftsrechnung ergibt sich jedoch nur bei Festpreisen. Im Falle von Kalkulationspreisen jedoch würde sich das Bemühen der Betriebe um Kostensenkung konträr zu ihrer Zielsetzung verhalten, die Gewinnkennziffer zu erfüllen. Hierzu stellte der mitteldeutsche Wirtschaftswissenschaftler Lauterbach fest:

"Für die Produzenten mit Kalkulationspreisbildung wirkt sich eine Selbstkostensenkung in der Regel negativ, niemals jedoch positiv auf den betrieblichen Gewinn aus, der aber als Kennziffer zur Basis der meisten und wichtigsten ökonomischen Hebel im neuen ökonomischen System geworden ist. Gleichzeitig erfordert die Hauptkennziffer Gewinn als primärer Maßstab der Leistung eines Betriebes, daß sich sinkende Selbstkosten im Gewinn des Betriebes niederschlagen, der besser wirtschaftet."¹⁾

6. Um den beschriebenen Manipulationsmöglichkeiten der

1) Peter Lauterbach, Zu einigen Fragen der perspektivischen Preisbildung. In: Die Wirtschaft Nr. 5 (1965), S. 18.

Betriebe im Falle von Kalkulationspreisen begegnen zu können, wäre ein permanenter administrativer Zwang zu Selbstkostensenkungen unabdingbar. Es zeigt sich also ganz deutlich, wie sich die politische Führung in einem System zentraler Lenkung - trotz aller ökonomischen Hebel - ständig selbst darum bemühen muß, auf administrativem Wege Resultate zu erreichen, die in einer Marktwirtschaft gleichsam automatisch durch den Markt-Preis-Mechanismus hervorgebracht werden.

Aber auch bei Festpreisen ist ein ständiger administrativer Zwang von Seiten der politischen Führung wohl unentbehrlich, weil die hier vorliegende Geschlossenheit der betrieblichen Wirtschaftsrechnung lediglich formaler, aber nicht morphologischer Art ist. Denn die Betriebe müssen auch in diesem Fall in ihrer weichen Planung Rücksicht darauf nehmen, daß normalerweise in den Folgejahren die einmal erreichten Ist-Werte zu höheren Planauflagen führen können.

7. Im folgenden wollen wir die Art und Weise der Ermittlung der Selbstkostensenkungsauflagen kurz skizzieren, um anschließend die resultierenden Verhaltensweisen der Betriebe betrachten zu können.

Die Höhe der Selbstkostensenkung wird in der Regel folgendermaßen bestimmt: Man geht einfach davon aus, daß trotz einer Erhöhung der Absatzmenge eine relative Selbstkostensenkung möglich sein muß. So wird gesetzlich verordnet, die "konstanten Kosten sind grundsätzlich höchstens in Höhe der tatsächlichen Kosten im Vorjahr anzusetzen."¹⁾ Die variablen indirekten Kosten dürfen "nur in

1) Verordnung über die Planung und Abrechnung der Selbstkosten der Betriebe und Erzeugnisse. - Selbstkostenverordnung - In: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 51 (1962), S. 445 ff., § 8 (3).

einem geringeren Umfang steigen ..., als sich die Produktion gegenüber dem Vorjahr entwickelt."¹⁾

Wenn nun die Gemeinkosten auf die erhöhte größere Produktionsmenge aufgeteilt werden, errechnet sich daraus ein sogenannter relativer Selbstkostensenkungsbetrag. Entscheidend sind dabei die absoluten Kostensenkungen, die durch Verbesserung der Materialverbrauchsnormen und der Arbeitsnormen zu erreichen sind, beispielsweise durch volle Ausnutzung der Arbeitszeit, Vermeidung von Stillstands- und von Wartezeiten.²⁾ Außerdem sind die nach der Selbstkostenverordnung von 1962 getrennt auszuweisenden Kostenkomplexe, die nichtplanbaren und nichtkalkulierbaren Kosten, Kosten also, die durch schlechte Leistungen und überhaupt durch Verluste des Betriebes aufgrund von Schäden, Abbruch (außerplanmäßige Bankzinsen, Verspätungszinsen und Materialabwertungen) entstanden sind, in ihrer vollen Höhe in die Selbstkostensenkung einzubeziehen.³⁾

Nach der Selbstkostenverordnung sollen die VVB in besonderen Regelungen, die die Eigenart der jeweiligen Branche berücksichtigen sollen, für die Betriebe festlegen, "wie und in welcher Höhe die einzelnen Kostenkomplexe gegenüber dem Vorjahr zu senken sind."⁴⁾

Nun ist es offensichtlich, daß die VVB überfordert wären, wenn sie versuchen würden, die Kostenlage der verschiedenen ihnen unterstellten Betriebe bis zu jedem einzelnen Kostenelement hinab zu analysieren und danach dann die Selbstkostensenkungsaufgaben bis ins einzelne auszuarbeiten,⁵⁾

1) Ebenda, § 8 (2).

2) Vgl. Betriebsökonomik, Teil 2, a.a.O., S. 141.

3) Vgl. Selbstkostenverordnung, a.a.O., § 9 (2); vgl. auch § 3 (1 a).

4) Ebenda, § 9 (3).

5) Zu den Einzelheiten der Ausarbeitung der Selbstkostensenkungsaufgaben durch die VVB vgl. Brandt-Knauthe-Seifert,

die, wie immer wieder geklagt wird, von den VVB einfach nach dem erreichten Iststand in die Zukunft verlängert werden, so daß diese administrativen Kostennormative in den Betrieben nicht selten zu einem ökonomisch wenig begründeten Zwang zur Selbstkostensenkung führen.

Die beste Möglichkeit, einen solchen administrativen Selbstkostensenkungszwang zu unterlaufen, ist für die Betriebe die Manipulation der Material- und Leistungsnormen. Dies erfolgt, wie im ersten Teil der Arbeit gezeigt wurde, sowohl im Interesse der Mitglieder der Belegschaften wie im Interesse der Betriebsleitung.¹⁾ Wie diese Manipulationen im einzelnen anhand der verschiedenen Kostenarten und Kostenstellen erfolgen, wäre nun anhand komplizierter betriebswirtschaftlicher Analysen darzulegen, deren Erörterung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.²⁾

Als Beispiel wird berichtet: "So werden in vielen Betrieben unserer volkseigenen Industrie immer noch Leistungs-

Die Finanzen der Industrie, a.a.O., S. 109 ff.; in der Praxis ist es so, daß nach Vorgabe der Selbstkostensenkungsaufgabe für die Betriebe "die Aufstellung der Kostenpläne bzw. Plankostenrechnung nur eine einfache, an Hand von Formularen durchzuführende Arbeit" ist; vgl. G. Balkan, Ermittlung der Selbstkosten und Preiskalkulation in den VEB, Diss. Würzburg 1963, S. 90. Diese Dissertation enthält Angaben über die Planung und Abrechnung der Selbstkosten und die Preiskalkulation in Mitteldeutschland.

1) Vgl. Schindeler, Das Leistungsanreizsystem in den mittel-deutschen Industriebetrieben. Diss. Erlangen-Nürnberg 1963, S. 50. - Praktische Beispiele für solche Manipulationen vgl. ferner in: Wer gut manipuliert, fährt am besten, in: Die Wirtschaft Nr. 31 (1965), S. 5 f.

2) Es sei auf die interessante Darstellung dieser Manipulationen bei W. Strohmeier hingewiesen, Die Planung und Abrechnung der Selbstkosten und der Selbstkostensenkung unter Berücksichtigung der Auswirkung der Selbstkostenverordnung vom 12. Juli 1962 - VEB Radsatzfabrik Ilseburg (Ilseburg, Harz), Diplomarbeit der Hochschule für Ökonomie, Berlin (-Ost) 1964, S. 15.

lohnausgleich, Zuschläge für Materialerschwernisse geplant, obwohl es sich vom Standpunkt der Selbstkostenverordnung um nichtplanbare, nichtkalkulierbare Kosten handelt."¹⁾ Ferner heißt es: "Die Überschreitung der geplanten Ausschußkosten wird ebenfalls nicht im Kostenkomplex Nichtplanbare, Nichtkalkulierbare Kosten ausgewiesen, sondern bei den Kosten Material oder Grundlohn."²⁾ Entscheidend scheint für die Manipulation aber auch die Aufblähung der Gemeinkosten zu sein. So prangerte Ulbricht einmal an, daß in dem für die mitteldeutsche Wirtschaft nicht unwichtigen Betrieb VEB Chema, Rodesleben, der Gemeinkostenzuschlag in der Bohrererei ganze 407 % betragen habe, während, wenn die Anlagen und Maschinen voll ausgenutzt worden wären, dieser Gemeinkostenzuschlag auf 285 % hätte gesenkt werden können. Das hätte dann bedeutet, daß die Selbstkosten je produktive Stunde von 13,20 DM auf 10 DM hätten gesenkt werden können. Als weiteres Beispiel führte Ulbricht den VEB Elektromat (Dresden) an, dem im Jahr 1962 insgesamt fast 75.000 Stunden an produktiver Arbeit verloren gegangen seien, weil der Betrieb Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit hatte stattfinden lassen. Dieser enorme Verlust an produktiven Arbeitsstunden hätte der produktiven Jahresarbeitszeit von 31 Arbeitern entsprochen.³⁾

Schließlich sei erwähnt, daß die Selbstkostensenkungsaufgabe in der Regel nur für die vergleichbare Warenproduktion der Betriebe ermittelt wird. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß hier ein erheblicher Spielraum für betriebliche Manipulationen vorliegt. So versuchen die Betriebe beispielsweise, "die anfallenden Kosten so weit als möglich von der alten 'vergleichbaren' Produktion, die der Selbstkostensenkungsaufgabe unterliegt, auf die neue Produktion zu verlagern, wo sie als Entwicklungskosten zunächst gesammelt werden und

1,2) Ebenda, S. 5.

3) Vgl. W. Ulbricht, Das neue Ökonomische System der Planung und Leitung in der Praxis, Berlin (-Ost) 1963, S. 67.

später in den Preis der neuen Erzeugnisse eingehen. Es ist offensichtlich, daß ein solches Verfahren bei einem großen Teil der nicht direkt zurechenbaren Kosten möglich ist.¹⁾

IV. Der Kredit- und Zinshebel

A. Zweck und Arbeitsweise der Kredit- und Zinskontrolle

1. Es wurde schon im ersten Teil der Arbeit darauf hingewiesen, daß vor Einführung des NÖS der Kredit und der Zins als ökonomische Hebel ihren beabsichtigten wirtschaftspolitischen Funktionen nicht genügten. Weil die Selbstkostensenkungsaufgaben bzw. der Gewinn von geringer Bedeutung für die Prämierung im Vergleich zu der Bedeutung der Kennziffer Bruttoproduktion waren, konnte sich auch die Hebelfunktion des Kredits und des Zinses nicht durchsetzen.

Mit der Erhebung der Kennziffer Gewinn zur Hauptkennziffer und der damit erwarteten Geschlossenheit der einzelnen Hebel glaubte man, nun auch eine Reaktivierung des Kredits und des Zinses als wirtschaftspolitische Instrumente erreichen zu können.

In gewisser Weise sind diese Hebel systemfremde Regulatoren, weil in einem System zentraler Lenkung mit staatlicher Vorgabe von Kennziffern über Mengen, Sortiment, Liefertermine einerseits und einzelnen Kostennormativen (Material-, Arbeitsverbrauchsnormen u.a.) andererseits der volkswirtschaftliche Gesamtprozeß schon sachlich und zeitlich vorbestimmt ist. Vom Standpunkt der zentralen Wirtschaftsrech-

1) G. Leptin, Die Anlagen ..., a.a.O., S. 81. - Für ähnliche betriebswirtschaftliche Ausweichmöglichkeiten vgl. Die Planung und Abrechnung der Selbstkosten..., a.a.O., S. 14 f.

nung - insbesondere vom Henselschen Modell - aus haben Kredit und Zins keinen Platz im gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang. Modelltheoretisch betrachtet, würden sie vielmehr den gesamtwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang verzerren. Insofern müßten den Betrieben eigentlich entsprechend ihren Planaufgaben finanzielle Mittel direkt zugeteilt werden, sie würden also nur mit "Eigenmitteln" produzieren.

Wie aber könnte nun der Zins trotzdem in das System der zentralen Wirtschaftsrechnung eingeordnet werden? Als Entgelt für die Hergabe von Krediten durch Banken hat der Zins ex definitione im System zentraler Lenkung keinen Sinn. Könnte er aber vielleicht als Reibungskosten angesehen werden, die aus systemimmanent mangelnder Plan-koordination entstehen. Hierauf kann nicht weiter eingegangen werden.

2. Die Existenz des Kredits und des Zinses ist in den sowjetischen Ländern vielmehr morphologisch begründet. Ihre morphologischen Funktionen sind doppelter Art.

Erstens: Zur Finanzierung der notwendigen materiellen Bestände der Betriebe dürfen diese im Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems 50 - 70 % ihrer Umlaufmittel als eigene Umlaufmittel im Betrieb behalten. Die restlichen Umlaufmittel, also 30 - 50 %, müssen die Betriebe von den Staatsbanken als Kredite aufnehmen. Dies erfolgt im Wege der Kreditverträge, die alljährlich mit den Banken abzuschließen sind. In diesen Verträgen werden die Höhe des Kredits, sein Zweck, das Objekt, die Laufzeit des Kredits sowie die Höhe der Kreditzinsen und auch Art und Umfang möglicher Sanktionen der Bank bei Verletzung der Kreditverträge durch die Betriebe festgelegt.¹⁾ Anhand

1) Vgl. Brandt-Knauthe-Seifert, Die Finanzen der Industrie, a.a.O., S. 281 f.

solcher Kreditverträge sowie aufgrund der Plan- und Berichtsdocuments der Betriebe wird dann das System der Kontrolle der Betriebe durch den Rubel bzw. durch die Mark organisiert. Damit wird ermöglicht, daß die Produktions- und Absatzprozesse der Betriebe ständig von seiten der Staatsbank kontrolliert werden. Solche vereinbarten Plankredite sind die sogenannten Richtsatzplankredite, die Saisonkredite sowie die Forderungskredite.

Zweitens: Von entscheidender Bedeutung scheint weniger die Kreditkontrolle zu sein, die ja praktisch lediglich ein System "passiver" Kontrollen darstellt, sondern die Zinsnahme für die Kredite.

Zur Erfüllung bzw. Übererfüllung der Gewinnkennziffern könnten die Betriebe an und für sich daran interessiert sein, ihre Zinskosten zu senken. Sie müßten dazu versuchen, ihre Plankredite in geringerem Umfang in Anspruch zu nehmen. Dies würde voraussetzen, die Materialkosten zu senken, die Vorratshaltung zu verringern, "ökonomische Losgrößen" zu ermitteln und den gesamten Produktions- und Absatzprozeß zu beschleunigen. An einem solchen rationalen Produktionsprozeß müßten die Betriebe jedoch auch noch aus einem anderen Grunde interessiert sein: weil die Finanzierung von Überplanbeständen mit höheren Zinssätzen belegt wird. Der Zinssatz für Plankredite beträgt nämlich 3,8 %, für planwidrige Kredite dagegen 12 %.

3. An den Grundsätzen der Gestaltung des Kredit- und Zinshebels hat sich auch durch die neuen Kreditgesetze¹⁾ im

1) Vgl. Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite für den Umlaufmittelbereich der volkseigenen Industrie vom 8.4.1964, in: GBl.d.DDR, II, Nr. 35, S. 263; Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite für den Umlaufmittelbereich der volkseigenen Industrie vom 25.6.1964, in: GBl.d.DDR, III, Nr. 35, S. 357. - Zu den allgemeinen kreditpolitischen Grundsätzen vgl. ferner Vor-

Rahmen des Neuen Ökonomischen Systems nichts geändert. Allerdings wurden die Kreditarten nun stärker differenziert, und zwar nach den ökonomischen Ursachen des Kreditbedarfs, nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Kreditobjekts sowie nach industriezweigbedingten Besonderheiten und der ökonomischen Bedeutung der kreditnehmenden VEB. An Kreditarten sind zu nennen, z.B. Plankredite (Richtsatzplan-, Saison- und Forderungskredite), Zusatzkredite im volkswirtschaftlichen Interesse (Vorzugs- und Zwischenkredite) und Zusatzkredite für Planwidrigkeiten (Sonder-, Zahlungs-, Überbrückungs- und Liquiditätskredite).¹⁾ - Dagegen wird "die bisherige Spanne von 1,8 - 12 Prozent" beibehalten.²⁾

Wichtig für die Höhe der Planzinsen ist die Ermittlung des Kreditbedarfs anhand des zu erwartenden Umlaufmittelbedarfs.

Die Betriebe sind gesetzlich dazu verpflichtet, im Rahmen des Betriebsplanes einen Kreditjahresplan auszuarbeiten und diesen nach Quartalen zu differenzieren.³⁾ Für jedes Quartal werden besondere Quartalskreditpläne ausgearbeitet; diese Quartalskreditpläne erlauben so eine laufende Korrektur des laufenden Jahreskreditplanes. Sämtliche Kreditpläne sind von der VVB zu bestätigen.

Der Inhalt aller Kreditpläne ist an dem betrieblichen Richt-

läufige Richtlinien über die Verantwortung und die Hauptaufgaben des Ministeriums der Finanzen im Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 9.1.1964 (Auszug), in: GBl.d.DDR, II, Nr. 9, S. 62 f.; vgl. auch Richtlinie über die Verantwortung und die Hauptaufgaben der Deutschen Notenbank im Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (Auszug) vom 3.9.1964, ebenda, II, Nr. 99, S. 822 f.

1) Vgl. E. Schoder, Neue Kreditbestimmungen für die zentralgeleitete volkseigene Industrie, in: Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 10/1964, S. 14 f.

2) Ebenda, S. 18.

3) Vgl. Kreditverordnung (Industrie), a.a.O., S. 263.

satzplan auszurichten.¹⁾ Zu dessen Ausarbeitung erhalten die Betriebe als Vorgabe u.a. die Kennziffer "durchschnittliche Jahresplanbestände". Dazu müssen sie anhand der vorgeschriebenen "Rahmenrichtlinien"²⁾ einzelne Vorratsnormen für die verschiedenen Materialbestände (Grund- und Hilfsmaterial, Halbfabrikate, Fertigerzeugnisse u.a.), Störreserven sowie Ersatzhaltung usw. ausarbeiten, um den Umlaufmittel- und damit den Kreditbedarf ermitteln zu können. Die Umlaufmittelnormen sind im Richtsatzplan auszuweisen. Anhand des Richtsatzplanes wird dann der gesamte Umlaufmittelbedarf der Betriebe ermittelt. Schließlich sind von dem ermittelten Bedarf an Umlaufmitteln die eigenen Umlaufmittel des Betriebes und der Überschuß der Ständigen Passiva über die Ständigen Aktiva sowie die Verbindlichkeiten abzusetzen. Man erhält so die notwendige Höhe des Richtsatzplankredites.³⁾

4. Wie reagieren nun die Betriebe auf die Datenkonstellation der Kreditvergabe? Wie schon im ersten Teil dieser Arbeit dargelegt wurde, versuchen die Betriebe tendenziell möglichst weiche Umlaufmittelnormen auszuarbeiten, um so höhere Planansätze für die Plankredite ausweisen zu können. Dieses Verhalten erlaubt dann nämlich den Betrieben, im Laufe des Planjahres durch eine Minderinanspruchnahme von Plankrediten ihre Zinskosten zu senken. Entstehen Überplanbestände und damit überfällige Kredite, so versuchen die Betriebe, sich Fremdfinanzierungsmittel zu verschaffen, um einer höheren Zinsbelastung, die bei Aufnahme planwidriger Kredite entstehen würde, zu entgehen. In welcher Weise die

1) Vgl. H. Krüger, Kreditplanung ohne administrative Züge, in: Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 16 (1965), S. G 6.

2) Vgl. Rahmenrichtlinie für die Normierung der Produktions- und Zirkulationsvorräte in den Industrie- und Produktionsmittelgroßhandelsbetrieben, in: Die Wirtschaft Nr. 14 (1964), S. 16 f.

3) Zu den Einzelheiten der Ermittlung des Finanzbedarfs der Umlaufmittel vgl. Brandt-Knauthe-Seifert, Die Finanzen der Industrie, a.a.O., S. 236.

Betriebe diese Manipulation im einzelnen vornehmen, soll noch eingehend dargestellt werden.

B. Die weiche Manipulation der Umlaufmittelnormen

1. Das allgemeine Streben der Betriebe nach weichen Plänen, das im System angelegt ist, wird insbesondere dadurch noch verstärkt, daß die Betriebe immer mit Materialengpässen rechnen müssen, die im System zentraler Lenkung durch die mangelhafte Koordination des administrativen Systems der materialtechnischen Versorgung hervorgerufen werden.¹⁾ Dieses Phänomen der Materialengpässe und des Hanges der Betriebe zur Materialhortung ist in allen sowjetischen Ländern zu beobachten und oft beschrieben worden.²⁾

Diese Tendenz zu einer weichen Planung der Umlaufmittelnormen dürfte aber auch durch diese neuen Bestimmungen noch weiter verstärkt worden sein. Darin heißt es, daß jenen Betrieben, die "eine gute Kreditdisziplin bei der Inanspruchnahme dieser Kredite (Richtsatzplankredite) halten und keine oder nur unwesentliche planwidrige Bestände aufweisen", der

-
- 1) Die Spitze des mitteldeutschen Systems der materialtechnischen Versorgung bildet das Ministerium für Materialwirtschaft. Vgl. hierzu: Betriebsökonomik, Industrie, Teil 2, a.a.O., S. 22 ff. - Vgl. auch die hervorragende Darstellung der Organisation und der Probleme der materialtechnischen Versorgung in der Sowjetunion bei G. Leptin, Probleme der materialtechnischen Versorgung, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, hrsg. v. E. Boettcher, K.C. Thalheim, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropainstituts an der Freien Universität Berlin, Band 22, Berlin 1964, S. 105 ff. - Vgl. ferner H.S. Levine, The Centralized Planning of Supply in Soviet Industry, in: The Soviet Economy, ed. by M. Bornstein and D.R. Fusfeld, Homewood 1960, S. 49 ff.
- 2) D. Granick, Management in the Industrial Firm in the USSR, New York 1954.

Kredit nicht limitiert wird, was sonst obligatorisch ist.¹⁾

2. Die Manipulation der Umlaufmittelnormen erfolgt im Einklang mit der Manipulation der Materialverbrauchsnorm. Indem diese zu hoch angesetzt werden, wird gleichzeitig ein zu hoher Kreditbedarf ausgewiesen. Die Manipulation der Materialverbrauchsnormen richtet sich insbesondere nach dem Spielraum, der in der Größe der Sicherheitsreserve, der Ersatzteilhaltung und der Normierung der einzelnen Vorräte selbst geschaffen werden kann.²⁾

In der Praxis werden diese Manipulationen planungstechnisch noch dadurch erleichtert, daß es "keine exakte Trennung zwischen Störreserve und Ersatzteilen gibt, der Begriff Störreserve unterschiedlich ausgelegt wird und den Hauptmechaniken weitgehend überlassen ist, den Charakter der Störreserve selbst zu bestimmen."³⁾

Die allgemeine Tendenz geht dahin, möglichst hohe Richtsatztage zu erlangen⁴⁾ und hohe Vorratsnormen durchzusetzen. Folgende interessante Beispiele aus der Praxis der Arbeiter- und Bauern-Inspektion mögen dies illustrieren: "Die 'Vorratsnorm' (im Spinnstoffwerk Glauchau) z.B. für Berol entspricht dem Bedarf für anderthalb Jahre (obgleich quartalsweise Belieferung gesichert ist!). Bei Baumwoll-Köper, ermittelten die gesellschaftlichen Kontrolleure, reicht der Bestand für sieben Jahre.

Extreme Ausnahmen? Es gibt nicht wenige davon. Hier nur noch drei Beispiele aus der Liste:

-
- 1) Vgl. G. Krüger, Über Kredit und Zins zur rationellen Ausnutzung der Umlaufmittel, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 10 (1965), S. 8.
 - 2) Kreditverordnung (Industrie), a.a.O., § 4 (2 a), S. 357.
 - 3) G. Imfländer, Störreserve - Sicherheitsfaktor der Ersatzteilwirtschaft, in: Die Wirtschaft, Heft 5 (1965), S. 15.
 - 4) Wider die Materialhorter, Redaktionskommentar, in: Die Wirtschaft, Heft 20 (1965), S. 2.

- Spinnstoffwerk Glauchau: Pe-Ce Filterstoffverbrauch 1962 450 m; Zugang in diesem Jahr 2 200 m; geplant 1965 600 m. Verbrauch; Wert des Bestandes 27 319 MDN.
- Filmfabrik Wolfen: Cobalt-Sulfat-Verbrauch 1964 18 kg; am Lager 3,0 t; Wert 21 740 MDN;
- gleichfalls Wolfen: 3,0 t Ammonium-Nitrat und 850 kg Amino-hydrochlorid am Lager, das ist ein Vorrat für mehr als sechs Jahre; Wert 11 402 MDN."¹⁾

Reichlich ein Jahr nach dem Erlaß der neuen Kreditverordnungen legte die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion einen Zwischenbericht über mehrere Massenkontrollen der Materialwirtschaft vor. Danach wurden "insgesamt Materialreserven im Wert von 53 Millionen MDN aufgedeckt", ²⁾ die sofort verwendet wurden. Darunter befand sich kontingentiertes Material im Werte von 26 Millionen MDN.

Allerdings ist festzuhalten, daß "an diesen Massenkontrollen auf dem Gebiet der Materialwirtschaft ... 38 Tausend Mitglieder von Betriebskommissionen der ABI, FDJ-Kontrollposten und Arbeiterkontrolleure der Gewerkschaften sowie Spezialisten teilgenommen (haben)."²⁾

Wegen dieses Phänomens allgemein hoher Schwarzbestände nimmt es nicht wunder, daß das Vorrats-Ausstoß-Verhältnis der sozialistischen Betriebe in der Regel ungleich höher ist als das der Betriebe in westlichen Ländern. Hierauf hat schon vor Jahren Campbell anhand eines statistischen Vergleiches der sowjetischen mit den amerikanischen inventory-output-ratios hingewiesen.³⁾

-
- 1) Materialwirtschaft unter der Lupe, ABI-Bericht, in: Die Wirtschaft Nr. 20 (1965), Ausgabe B, S. 10.
 - 2) D. Heinzmann, Betriebsblindheit ist keine unheilbare Krankheit, ABI-Kontrolle deckte im Bereich der VVB Baumwolle vielfältige Materialreserven auf, in: Die Wirtschaft Nr. 25 (1965), S. 13.
 - 3) Vgl. R.W. Campbell, A Comparison of Soviet and American Inventory-Output-Ratios, in: American Economic Review, Vol. XLVIII, Sept. 1958, No. 4, S. 549 ff.

Die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen dieser Manipulationen sind offensichtlich: "The difference between the American ratios and the Soviet ratios represents a tying up of resources in the Soviet economy that could be used elsewhere. A burden on economic growth ... a deduction from resources available for investment in fixed capital."¹⁾

3. Der oben beschriebene relativ große Spielraum semilegaler Manipulationen der Umlaufmittelnormen ist durch die größere "Verselbständigung" der Betriebe im Rahmen des NÖS gleichsam sanktioniert worden.

So berichtet ein Bankmitarbeiter der IBM-Maschinenbau, Halle: "Im Jahre 1963 führten die Betriebe eine Umlaufmittelnormierung durch. Die wirtschaftsleitenden Organe bestätigten diese. Die hierbei ermittelten Richttage wurden dem Richtsatzplan 1964 zu Grunde gelegt. Seit diesem Zeitpunkt stand nicht mehr der Abbau der Überplanbestände allein im Vordergrund der operativen Kontrolle, sondern hinzu kam, nach den Ursachen für die ständigen Unterplanbestände zu suchen."²⁾

Außerdem sollen infolge der Unterplanbestände durchweg die geplanten Richtsatzplankredite von 1963 durchschnittlich nur zu 90 %, die Richtsatzplankredite von 1964 sogar durchschnittlich nur zu 80 % beansprucht worden sein.²⁾ Auf diese Weise konnten die Betriebe also tatsächlich ihre Selbstkostensenkungsaufgabe übererfüllen, denn der in ihren Finanzplänen vorgesehene Zinsaufwand entstand ja nicht in der geplanten Höhe.

Auf die offizielle Kritik an diesen weichen Normen antworteten Praktiker mit folgenden Interessentenargumenten: "Die ... als Selbstkostensenkung wirkenden, nicht beanspruch-

1) Ebenda, S. 565.

2) G. Krüger, Über Kredit und Zins ..., a.a.O., G. 8.

ten Zinsen ... eben der materielle Anreiz" für das Bemühen der Betriebe seien, "mit Hilfe einer verbesserten Arbeitsorganisation und anderer Maßnahmen Umlaufmittel freizumachen und die Fonds zweckmäßiger als bisher zu nutzen."¹⁾ Außerdem wurde als weiteres Argument für weiche Vorratsnormen angeführt, daß durch allzu exakte Umlaufmittelnormen der normale Produktionsablauf gestört werden müsse; denn dies führe dann zu ungleichmäßiger Auslastung der Produktionskapazitäten, folglich entstünden Ausfallzeiten, und dann sei eine sortimentsgerechte Warenproduktion nicht mehr zu gewährleisten... Hinzu komme, daß schließlich der Betrieb aus diesen Gründen Gefahr laufe, Vertragsstrafen zahlen zu müssen.¹⁾

4. Gegen diese Manipulationen sind die Kontrollorgane, die Banken wie die VVB insofern machtlos, als es "das Beurteilungs- und Arbeitsvermögen der Bankmitarbeiter (übersteigt), die von Technologen und Betriebsökonomen ermittelten Normen umfassend zu prüfen und etwa mit gleicher Sachkenntnis auf Veränderungen zu dringen. Beispiele, wo durch die Bank Reserven in der Normierung aufgedeckt wurden, bestätigen diese Feststellung, weil es eben nur Beispiele blieben."²⁾

Immerhin ist nicht zu übersehen, daß die Praktiken der betrieblichen Normenmanipulationen eine verschärfte administrative Kontrolle verlangen. Insofern ist nicht zu verstehen, wieso durch das Anwenden der ökonomischen Hebel die behauptete Verselbständigung der Betriebe eingeleitet werden kann.

Beispielsweise wollte man in der Sowjetunion im Zuge der Dezentralisationsversuche in der letzten Septemberreform

-
- 1) G. Wichan, Kredit und Zins nicht isoliert betrachten, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 13 (1965), S. G 7.
 - 2) R. Krüger, Kreditplanung ohne administrative Züge, a.a.O., G 6.

nur allgemeine Richtsätze für die eigenen Umlaufmittel der Betriebe vorgeben. Dennoch wurden in der Praxis Normen für jedes einzelne Element dieser Mittel vorgeschrieben, wie den Klagen eines Hauptökonomen in der Prawda zu entnehmen ist, und die kleinste Abweichung von diesen Normen wurde von den Finanzorganen als Verstoß angesehen.¹⁾ Daß die Kennziffern in der Praxis viel spezialisierter ausgearbeitet wurden als dies ursprünglich vorgesehen war, ist wiederum nur ein Beispiel dafür, daß es einen systemimmanenten Zwang zur Kontrolle gibt.

C. Praktiken der "Fremdfinanzierung"

1. Aus den bisherigen Darlegungen über die Möglichkeiten der Betriebe, durch weiche Umlaufmittelnormen zu einer Überfinanzierung zu gelangen, darf jedoch nicht geschlossen werden, daß es keine Betriebe gäbe, die unterfinanziert sind. Unterfinanzierungen ergeben sich, wenn in den Betrieben im Vergleich zu den genehmigten Planbeständen allzu große Vorräte an Materialien, unvollendeten und fertiggestellten Produkten gehalten werden. Überplanbestände sind im Sinne der politischen Führung Planverstöße und als Anzeichen dafür zu werten, daß der Produktions- bzw. Absatzprozeß in diesen Betrieben gestört ist.

Die Überplanbestände können mancherlei verschiedene Ursachen haben. Erstens können sie durch eine zu hohe Anspannung der Richtsatzplankennziffern verursacht werden. Zweitens ist der Produktions- wie auch der Absatzprozeß für die Betriebe selber nicht kontrollierbar. Überdies müssen die Betriebe in ihren Jahresplanung auch die Kreditpläne planen, und zwar auf anderthalb Jahre voraus;²⁾ sie müssen

1) Vgl. A. Birman, Presse der SU, Heft 38 (1966), S. 10.

2) Vgl. E. Polaschewski, D. Hunstock, Jahreskreditplanung läßt sich vereinfachen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14 (1963), S. 69; vgl. auch H. Günzel, Eine Lanze für vereinfachte Kreditplanung, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 17 (1963), S. 69.

also die Kredite zu einem Zeitpunkt planen, in dem die Basisgröße, nach der sich die Höhe der Kredite zu richten hat, selbst noch gar nicht bestimmt ist. Daraus folgen dann Abweichungen bei der Plandurchführung, die die Betriebe selbst nicht verantworten können. Deshalb erklären auch viele Bankmitarbeiter immer wieder, daß der wegen solcher Planabweichungen notwendige zusätzliche Kreditbedarf der Betriebe im Grunde nicht als ein planwidriger Kreditbedarf angesehen werden könnte.¹⁾ - Drittens waren aber auch dort, wo es gewisse wirksame Marktkontrollen gab, Überplanbestände zu beobachten, und zwar als Folge von Absatzstockungen, die in minderwertiger Qualität der Waren begründet waren.²⁾

2. Überplanbestände, die nicht abzusetzen sind, bringen die Betriebe in Liquiditätsschwierigkeiten, denn die planmäßigen Kredite werden dann überfällig. Deshalb müssen die Betriebe dann "planwidrige" Zusatzkredite von den staatlichen Banken in Anspruch nehmen. Wegen der höheren Zinsen, die mit solchen Zusatzkrediten verbunden sind, wird der Gewinn gemindert. Die Betriebe versuchen verständlicherweise mit allen Mitteln, dieser zusätzlichen Zinsbelastung auszuweichen. Inwieweit ihnen dies gelingt, hängt von der Wirksamkeit der staatlichen Kontrolle und damit von der Art des Zahlungsverkehrs ab. Im Laufe der Zeit hat sich die staatliche Kontrolle des Zahlungsverkehrs immer mehr verschärft. "Vor der Einführung des RE-Verfahrens war der Lieferantenkredit eine bequeme zusätzliche Finanzierungsquelle für die Betriebe. Trotz der vorgeschriebenen Zahlungsziele wurden die Rechnungen nicht fristgemäß beglichen. Auf diese Weise konnten die Betriebe durch diese Finanzierungen einen Teil ihrer Schwierigkeiten 'beseitigen'."³⁾

-
- 1) Vgl. E. Polaschewski, D. Hunstock, Jahreskreditplanung... a.a.O., S. G 9.
 - 2) Vgl. S. Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungsökonomie der Sowjetischen Typs, Berlin 1957, S. 195.
 - 3) Ebenda, S. 174.

Die RE-Kredite für die Käufer werden über ein Sonderkonto "Überfällige Kredite" den Lieferbetrieben gutgeschrieben; außerdem werden Sanktionen vermittels des "Strafakkreditivs" gegen die zahlungssäumigen Betriebe in Gang gesetzt. Erst durch die Gewährung von Sonderkrediten und durch das RE-Verfahren wurde ein organisatorischer Rahmen für das System der Kredit- und Zinskontrollen geschaffen.¹⁾

Eine weitere, häufig angewandte Methode, Liquiditätsschwierigkeiten zu verdecken, stellte früher die Verwendung von Verrechnungsschecks dar. Durch Verrechnungsschecks, die dem Konto des einreichenden Betriebs sofort gutgeschrieben wurden, war es den einkaufenden Betrieben möglich, ihr Zahlungsziel um einige Tage zu verlängern, weil der Rücklauf des Schecks zur Bank des Ausstellers bis zu dessen Kontobelastung früher im Clearingverfahren einige Tage dauerte.²⁾ Um den Betrieben diese zusätzliche Möglichkeit, ihre Zahlungsziele künstlich zu verlängern, zu nehmen, wurde später das Überweisungsverfahren aufgehoben. Heute ist es so, daß durch einen Überweisungsauftrag sofort das Konto des Ausstellers belastet wird. Im Neuen Ökonomischen System wird der Zahlungsverkehr noch stärker reguliert. Nach der "Verordnung über die Verrechnung von Geldforderungen und Geldverbindlichkeiten aus zwischenbetrieblichen Ware-Geld-Beziehungen" vom 3.9.1964 unterschei-

-
- 1) Die Notwendigkeit einer straffen Kontrolle des gesamten Geldverkehrs im System zentraler Lenkung ergibt sich aus der potentiellen Sprengwirkung vagabundierender Gelder. Die beste theoretische Beweisführung liefert K. Paul Wenzel in seiner "Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft", a.a.O., S. 186 ff.; - in der wirtschaftspolitischen Praxis Mitteldeutschlands ist diese Gefahr durch das bestehende System der Zahlungsverkehrskontrollen weitgehend eingedämmt. In diesem Sinne wirken auch das Prinzip der knappen Dotierung, der amtliche Kontenrahmen und das Prinzip getrennter Fonds im amtlichen Bilanzschema. Vgl. Anlage 3.
- 2) Ebenda, S. 176.

det man die Zahlungsverfahren beispielsweise in Überweisungs-, Scheck-, Lastschrift- und Akkreditivverfahren.¹⁾

Eine weitere Möglichkeit der Finanzierung war den Betrieben über die Ständigen Passiva, vor allem über die Löhne, Gehälter, Sozialversicherungsbeiträge, Amortisationen und Gewinnabführungen gegeben, die aber heute durch Einbeziehung dieser Ständigen Passiva in die Richtsatzplanung den Betrieben genommen ist.²⁾

Im Zuge dieser verschärften Kontrollen des Zahlungsverkehrs versuchten die Betriebe nunmehr verstärkt bereits in der Ausarbeitung der Kreditpläne weiche Normen für die Durchschnittsplanbestände der Verbindlichkeiten und der Forderungen sowie der Ständigen Passiva aufzustellen. Inwieweit dies möglich ist, ist wiederum eine Frage der Wirksamkeit der administrativen Kontrollen.

Für die Jahre 1965 und 1966 wurde aufgrund besonderer Bankanalysen der außerplanmäßigen Finanzierungsprozesse beklagt, daß in mehreren Betrieben die Finanzierungsquellen, aber auch die Aktiva in den Planentwürfen nicht ausreichend erfaßt wurden. "So wurden z.B. Finanzierungsquellen, die im Zusammenhang mit der Bildung und Verwendung des Fonds Technik bei den Betrieben entstehen, bei der Umlaufmittelausstattung nicht berücksichtigt. Die Zahlungstermine für Löhne und Lohnnebenkosten wurden bei der Planung der Ständigen Passiva nicht den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend in Ansatz gebracht. Das Entstehen von zeitweilig freien Mitteln und zeitweisigem Finanzbedarf aus der Gewinnverwendung wurde infolge methodischer Fehler nicht exakt geplant. Der-

-
- 1) Vgl. Verrechnungsverordnung vom 3.9.1964, in: GBl.d.DDR, Teil II, 1964, Nr. 93, S. 765 ff. und die am gleichen Tage erlassenen Überweisungs-, Scheck-, Lastschrift- und Akkreditiv-Anordnungen, ebenda.
 - 2) Vgl. S. Friebe, Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft ..., a.a.O., S. 176 f.

artige Beispiele könnten in beliebiger Anzahl aufgeführt werden. Unplanmäßige Finanzierungsquellen tragen dazu bei, daß die Liquidität der Betriebe durch Planverstöße nicht beeinflußt und gegen finanzielle Sanktionen abgeschirmt wird.¹⁾

Warum aber können diese Mängel nicht abgestellt werden? Dies ist ganz einfach systembedingt, denn es sind keine planmethodischen Regelungen denkbar, mit denen man das Verhalten der Betriebe eindeutig in den Griff bekommen könnte, um ihren Manipulationsspielraum zu beseitigen. Über diesen Sachverhalt ist man sich in Mitteldeutschland auch im klaren.¹⁾

D. "Zinsindifferentes" Verhalten

1. Es dürfte hinreichend deutlich geworden sein, daß die Betriebe nur dann die Nachteile bei nicht fristgemäßer Rückzahlung von Plankrediten in Kauf nehmen und Sonderkredite beanspruchen, wenn keine Möglichkeit zur "Fremdfinanzierung" mehr offensteht. Nur dann können Kredit und Zins als ökonomische Hebel wirksam werden. Aber selbst dann verhalten sich die Betriebe nicht im Sinne dieser Hebel, weil die Zinskosten als Einflußgröße des Gewinns in aller Regel nicht ins Gewicht fallen. Dies wurde vor wie nach der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems immer wieder beobachtet.²⁾

1) F.W. Tuttlies, E. Schoder, Probleme der Ständigen Passiva, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 12 (1966), S. F 14.

2) Vgl. M. Banse, Materieller Anreiz und die Kategorien Kredit und Zins, in: Ebenda, Heft 14 (1963), S. G 5. - Vgl. auch M. Kulicke, Kategorie Zins noch schwach auf der Brust, in: Ebenda, S. G 12. - Vgl. weiter: H. Finger, Die theoretischen und praktischen Anforderungen an Kredit und Zins als ökonomische Hebel, in: Ebenda, Heft 1 (1966), S. F 1. E. Szereiks, Ständig analysieren: Was mindert die Hebelkraft von Kredit und Zins? In: Ebenda, Heft 6 (1966), S. G 6.

So wird beispielsweise über den Industriezweig Lacke und Farben berichtet, daß hier im Jahre 1965 keine stimulierende Wirkung des Zinses festgestellt werden konnte. "Die Ursachen hierfür lagen darin, daß der Zins weder als Bestandteil der Selbstkosten als ökonomischer Hebel gewirkt noch die Zuführungen zum Prämienfonds der Betriebe wesentlich beeinflußt hat... Der geringe Anteil der Zinsen an den Selbstkosten sowie nach Durchführung der dritten Etappe der Industriepreisreform auch am Gewinn (etwa 3 Prozent) beeinträchtigte von vornherein die ökonomische Hebelwirkung des Zinses."¹⁾ Außerdem wurde für diesen Industriezweig ermittelt: "Bei 85 Prozent der Betriebe des Industriezweiges wurden die außerplanmäßigen Bankzinsen (Kosten aus schlechter Leitungstätigkeit sowie Zinsen für Verzugskredite) durch Einsparungen bei den planbaren Zinsen ausgeglichen. Das trifft auch für die VVB insgesamt zu. Aber auch ohne Saldierung der Zinsen insgesamt ergibt sich bei 60 Prozent der Betriebe der VVB keine Wirkung der außerplanmäßigen Bankzinsen auf die Zuführung zum Prämienfonds und damit auf die materielle Interessiertheit, d.h., daß selbst bei Einsparung der nichtplanbaren Zinsen und der damit verbundenen Ergebnisverbesserung keine höheren Zuführungen zum Prämienfonds möglich gewesen wären."²⁾

Wie sich bei der Beschreibung der vielfältigen Manipulationsmöglichkeiten der Kennziffer Gewinn von der Erlös- wie von der Kostenseite her gezeigt hatte, ist der Kreditzins im betrieblichen Kalkül von unwesentlicher Bedeutung. Dieser Sachverhalt vor allem entscheidet aber über die Wirksamkeit der Hebelfunktion des Kreditzinses. Was für den Kreditzins gilt, gilt tendenziell auch für alle übrigen ökonomischen Hebel.

Wegen der mangelnden Hebelkraft des Zinses haben Wirtschafts-

1) E. Szereiks, Ständig analysieren..., a.a.O., S. 118.

2) Ebenda.

wissenschaftler, insbesondere Polaschewski und Finger, aber auch Bankpraktiker vorgeschlagen, die Grundzinsätze nach der unterschiedlichen "Zinsintensität" zu differenzieren. Dabei ist unter Zinsintensität der Anteil des Zinses am Gewinn zu verstehen.¹⁾ Ob diese vorgeschlagene Maßnahme praktikabler ist, sei dahingestellt. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß damit größere Preisverzerrungen verbunden wären.

V. Die Produktionsfondsabgabe als "Zinssersatz"

A. Problemstellung und Zielsetzungen der Produktionsfondsabgabe

1. Die Einführung der Produktionsfondsabgabe als ökonomischer Hebel ist bereits in der "Richtlinie" von 1963 angekündigt.²⁾ Parallel zur Einführung des mitteldeutschen NÖS wurde sie aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 18.6.1964 über die "Anweisung zur Durchführung ökonomischer Experimente für die Einführung einer Produktionsfondsabgabe"³⁾ seit dem 1. Juli 1964 in etwa 200 volkseigenen Industriebetrieben erprobt.⁴⁾

-
- 1) Vgl. E. Polaschewski, Probleme der Analysentätigkeit der der Industriebankfilialen und der Ausnutzung des Zinses im System der ökonomischen Hebel. Hochschule für Ökonomie, Berlin (-Ost) 1964, S. 149 ff.; vgl. auch H. Finger, Die theoretischen und praktischen Anforderungen an Kredit und Zins ..., a.a.O., S. G 5; vgl. schließlich E. Szereiks, Ständig analysieren..., a.a.O., S. G 6.
 - 2) Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 65.
 - 3) P. Stapelfeld, Anweisungen deutlich formulieren, in: Die Wirtschaft Nr. 27 (1965), S. 21.
 - 4) Vgl. B. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe. Schriftenreihe Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 3. Hrsg.: Beirat für ökonomische Forschung bei der Staatlichen Plankommission der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (-Ost) 1966, S. 5.

Durch den "Ministerratsbeschuß über Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe in ausgewählten VVB der zentral geleiteten volkseigenen Industrie vom 3.3.1966" ist die Produktionsfondsabgabe dann offiziell eingeführt worden.¹⁾ Innerhalb der gegenwärtigen Reformwelle in den Ostblockstaaten ist die Produktionsfondsabgabe in verschiedenen Ausprägungen auch in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien entweder schon vorgesehen oder bereits eingeführt.²⁾

2. Die Einführung der Produktionsfondsabgabe geht, wie es in der "Richtlinie" heißt, auf folgende Überlegungen zurück:

"Gegenwärtig besteht kein genügender ökonomischer Anreiz, um die Betriebe und VVB zur besten Ausnutzung der produktiven Fonds zu veranlassen. Ihnen entstehen keine ökonomischen Nachteile, wenn sie für ihre Produktion unnötig hohe Produktionsfonds in Anspruch nehmen. Sie werden auch nicht materiell daran interessiert, von sich aus neue, bessere Formen und Methoden einer ökonomischen Ausnutzung dieser Fonds zu schaffen und einzuführen. Dadurch bleiben große Produktionsreserven unerschlossen."³⁾

Hierzu wurde beispielsweise berichtet: "Der Drehautomat 'Magkomat' wird ... im gesamten Maschinenbau nur zu knapp 30 Prozent ausgelastet, und in einem Berliner Maschinenbaubetrieb wurden in den vergangenen Jahren alle hochproduktiven Anlagen im Durchschnitt nur zu 20 Prozent ausgelastet."⁴⁾

Solche Beispiele, die hier zwar extrem erscheinen, lassen sich beliebig vermehren. Im Verlauf der zunehmenden Moderni-

1) Vgl. GB1. d. DDR, Teil II, Nr. 42 (1966), S. 261.

2) Vgl. R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 5 f.

3) Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 64.

4) Vgl. E. Langner, H. Nick, Warum Produktionsfondsabgabe Berlin 1965, S. 5 f.

sierung und Automatisierung wird das schwerwiegende Problem der Anlagenausnutzung für die politische Führung offensichtlich immer akuter.

Exkurs:

Vor den gegenwärtigen Reformversuchen wurde in den sowjetischen Ländern die Anlagennutzung mit Hilfe verschiedener Nutzungskennziffern kontrolliert. "Die allgemeinste und am stärksten verbreitete (Wert-)Kennziffer ist das Verhältnis von Ausbringung (bewertet zu Abgabepreisen) und Anlagefonds (zu Bilanzwerten), ... Durch Gegenüberstellung von Planzahlen und Istzahlen oder Zahlen des laufenden Jahres mit denen des Vorjahres können schon einige Einsichten in die Anlagennutzung gewonnen werden."¹⁾

Meines Erachtens besteht das Problem hier nicht etwa in der "Uneinheitlichkeit der Bewertung, sowohl bei der Ausbringung als auch bei den Anlagefonds" oder darin, daß solche Kennziffern "nicht von sich aus automatisch eine Verbesserung der Anlagennutzung herbeiführen, d.h. nicht als 'ökonomische Hebel' wirken."²⁾ Vielmehr ist das Problem u.a. darin zu suchen, daß der Bruttoproduktionswert (Ausbringung zu Abgabepreisen), wie gezeigt, mannigfaltigen Manipulationen ausgesetzt ist und eine solche Nutzungskennziffer für die Betriebe keine Planaufgabe, von deren Erfüllung also die Prämienzuführung abhängt, darstellt. Zuweilen wurde - z.B. von Liberman - im Zusammenhang mit dem Problem der Anlagennutzung vorgeschlagen, die Rentabilität (Verhältnis von Jahresgewinn zu Gesamtkapital) als Bemessungsgrundlage für die Zuführungen zum betrieblichen Prämienfonds einzuführen. "Aber auch diese 'Hebelwirkung' wurde von dem sowjetischen Ökonomen Birman als

1) G. Leptin, Die Anlagen im Rechnungswesen der sowjetischen Industrieunternehmung. Wirtschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, hrsg. v. Karl C. Thalheim, Bd. 18, Berlin 1962, S. 42.

2) Ebenda, S. 42 f.

zu schwach angesehen."¹⁾ So entstand der Gedanke, das Anlagenkapital zu verzinsen.

3. Nach der "Richtlinie" soll "die Produktionsfondsabgabe als ein fester Prozentsatz vom effektiven Durchschnittsbestand an produktiven Fonds je Quartal ermittelt werden und seitens der VVB gegenüber den Betrieben eine Vorabverfügung des Gewinns darstellen."²⁾ - Dieser Grundsatz ist dann auch in den erwähnten Ministerratsbeschuß vom 3.3.1966 aufgenommen worden.³⁾ Hinsichtlich des Zieles der Produktionsfondsabgabe ist hierzu nun folgendes zu bemerken:

a) Die Produktionsfondsabgabe stellt nach der Art ihrer Ermittlung eine Kapitalverzinsung dar. Nach der neuen gesetzlichen Regelung⁴⁾ wird sie sowohl auf das Anlagevermögen als auch auf das Umlaufvermögen der Betriebe erhoben. Beide waren bisher als "kostenlose" Haushaltszuweisungen den Betrieben zur Verfügung gestellt worden.⁵⁾ - Diese rechnerische "Lücke" soll also nun durch die Einführung der Produktionsfondsabgabe geschlossen werden.

b) Da künftig der Nettogewinn (Gesamtgewinn abzüglich Produktionsabgabe) als Bemessungsgrundlage für die Zuführungen zum betrieblichen Prämienfonds gilt⁶⁾, soll die Produktions-

1) Ebenda, S. 44.

2) Richtlinie für das NÖS, a.a.O., S. 65.

3) Beschluß über Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe..., in: GBl.d.DDR, a.a.O., Teil II, S. 261; Teil VI, 1, 2, 3, S. 262.

4) Anordnung Nr. 1 zu den Grundsätzen für die Einführung der Produktionsfondsabgabe, in: GBl.d.DDR, Teil II, 42/1966, § 3, S. 263.

5) Entsprechend der mitteldeutschen Fachsprache werden wir im folgenden auch von Grundmitteln bzw. Grundmittelfonds von Umlaufmitteln bzw. Umlaufmittelfonds sowie von Anlagegütern sprechen.

6) Beschluß über Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe, in: GBl.d.DDR, a.a.O., V/1, S. 262.

fondsabgabe mit Hilfe der "Geschlossenheit der Hebelwirkung" im bereits dargelegten Sinne die Betriebe zum "optimalen Fondseinsatz", also zur Auswahl optimaler Investitionsvarianten - und zu rationeller Ausnutzung der vorhandenen produktiven Fonds stimulieren.¹⁾

Ferner heißt es in der Richtlinie: "Indem alle gewinnorientierten ökonomischen Hebel innerhalb der VVB-Bereiche und innerhalb der Betriebe an den Gewinn minus Produktionsfondsabgabe gebunden werden, entsteht ein starkes materielles Interesse, mit den gegebenen Produktionsfonds ein hohes Maß an Gewinn zu erzielen, damit die Ausnutzung der Produktionsfonds zu verbessern und nicht benötigte Produktionsfonds der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen."²⁾

Den Zusammenhang zwischen der Produktionsfondsabgabe und dem betrieblichen Investitionsverhalten wollen wir später noch darstellen. Hinsichtlich der Ausnutzung der produktiven Fonds sollen also durch die Produktionsfondsabgabe die Betriebe dazu angeregt werden, im Bereich der Umlaufmittel die Lagerhaltung, den Produktions- und Absatzprozeß rationeller zu gestalten. Diese Funktion soll eigentlich schon, wie bekannt, durch den Kredit- und Zinshebel bewirkt werden. Da nun die Produktionsfondsabgabe auf die gesamten Umlaufmittel der Betriebe erhoben wird, ergibt sich hieraus das Problem der Abstimmung der Produktionsfondsabgabesätze mit den Kreditzinssätzen, die für das Betriebsverhalten auch nicht irrelevant ist. Hierauf wollen wir jedoch nicht eingehen.³⁾

-
- 1) Vgl. Beschluß über Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe, in: GBl.d.DDR, a.a.O., Teil II, 1, S. 261.
 - 2) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, a.a.O., S. 65 f.
 - 3) Friedhelm Tüttles, Werner Schilke, Produktionsfondsabgabe und Zins in der Umlaufmittelsphäre koordinieren, in: Die Wirtschaft Nr. 9 (1965), S. 24 f.; vgl. ferner: Hans Werner Stenzel, Die Wirkung von Produktionsfondsabgabe und Zins auf die Umlaufmittelfinanzierung, ebenda, Nr. 18 (1965), S. 14.

Im Bereich der Grundmittel sollen die Betriebe vor allem bemüht sein, die vorhandenen Anlagegüter intensiver auszunutzen, um durch Mehrausbringung über den Gesamtgewinn ihren Nettogewinn steigern und damit zusätzliche Prämienzuführungen erlangen zu können. Diese Ansatzpunkte sowie die Detailregelungen, die in dem ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe seit dem 2. Halbjahr 1964 erprobt wurden, sind auch in die neuesten Gesetze zur Einführung der Produktionsfondsabgabe aufgenommen worden.¹⁾

Ein wesentlicher Unterschied zwischen der Produktionsfondsabgabe und dem Kapitalzins der westlichen Wirtschaftsordnung liegt darin, daß sie nicht in die betrieblichen Selbstkosten eingeht, sondern in Form einer staatlichen Zwangsabgabe direkt vom betrieblichen Gesamtgewinn abgezogen wird. Als solche stellt sie aber praktisch eine nachträgliche, summarische Kostenkorrektur dar, die allerdings nicht "preiswirksam" sein soll. Als eine derartige Kostenkorrektur wird sie zur Determinante des (Netto-)Gewinns und der betrieblichen Prämienzuführungen, somit könnte sie auch "Zinswirkung" besitzen. So gesehen, können wir die Produktionsfondsabgabe als eine Art "Zinersatz" oder Kapitalzins sui generis bezeichnen.

4. Bei der Produktionsfondsabgabe handelt es sich um ein völlig neues ökonomisches Experiment, mit dem sich einige

1) Vgl. außer dem o.g. Ministerratsbeschluß auch die Anordnung Nr. 1 zu den Grundsätzen für die Einführung der Produktionsfondsabgabe, in: GBl.d.DDR, a.a.O., S. 263 f. - Erste theoretische und praktische Überlegungen zum Experiment Produktionsfondsabgabe gibt H. Nick, Die Produktionsfondsabgabe - der wichtigste ökonomische Hebel zur rationellen Nutzung der produktiven Fonds, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 9, 10 (1964), S. 3 ff., 23 f.; ferner: H. Nick, W. Oelschlägel, E. Goldschmidt, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 21 (1964), S. 19 ff. - Zur offiziellen Einführung der Produktionsfondsabgabe am 3.3.1966 vgl. E. Langner, E. Seidel, Produktionsfondsabgabe in ausgewählten VVB, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 11 (1966), S. 37 ff.

damit beauftragte Betriebe seit reichlich zweieinhalb Jahren befassen. Mehrere Einzelberichte über die Experimentierergebnisse liegen bereits vor. Sie betreffen meistens die verschiedenen Einzelaspekte des Problems Produktionsfondsabgabe, und zwar summarisch über das Experiment als solches. Am instruktivsten erscheinen - soweit aus der mitteldeutschen Fachliteratur ersichtlich ist - die umfassenden Berichte von H.J. Schulz über das Experiment in der VVB Elektrogeräte mit ihren 24 volkseigenen Betrieben. Unsere folgende Analyse beruht vorwiegend auf der Auswertung der Berichte von Schulz.¹⁾ - Andere zum Vergleich herangezogene Experimentierberichte bestätigen nur die von Schulz aufgezeichneten Probleme der Produktionsfondsabgabe.

B. Die Tendenz zu weichen Plänen

Obwohl der Experimentier-Zeitraum für die Produktionsfondsabgabe noch verhältnismäßig kurz ist, wurde ebenso wie bei

-
- 1) H.J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe, einige Ergebnisse in der VVB Elektrogeräte, in: Die Wirtschaft Nr. 9 (1965), S. 24 f.; ders., Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe im System der ökonomischen Hebel, in: Wirtschaftswissenschaft Nr. 11 (1965), S. 1790 ff.; Das Material über das Experiment in der VVB Elektrogeräte dient auch als Grundlage für die Habilitationsschrift von Schulz "Über den Charakter, die Bestimmung und die Funktion der Produktionsfondsabgabe im System der ökonomischen Hebel" an der Hochschule für Ökonomie in Berlin (-Ost) 1965. Diese Habilitationsschrift war leider dem Verf. nicht zugänglich. Es darf aber angenommen werden, daß die wesentlichen Probleme der Produktionsfondsabgabe - wie Schulz sie sieht - bereits in den beiden o.g. Artikeln enthalten sind.
- Die Schulzschen "Ausführungen stützen sich auf die Analyse der Ergebnisse im zweiten Halbjahr 1964. Da das Experimentierprogramm im Prinzip nicht verändert wurde, ist eine Auswertung jüngeren Materials nicht notwendig. Die Ergebnisse im ersten Halbjahr (1965) bestätigen das eindeutig." H.J. Schulz, Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 1791.

der Manipulation der Plankennziffern und zur Abwehr der Zinshebel auch auf dem Gebiet der Produktionsfondsabgabe das systemimmanente betriebliche Verhalten der weichen Planung sichtbar. - Infolge des Sachverhalts, daß der Nettogewinn und damit die Zuführungen zum Prämienfonds um so größer sind, je weniger die Betriebe die Produktionsfonds effektiv in Anspruch nehmen, versuchen die Betriebe von vornherein, höhere Planansätze einzubauen, um "Einsparungen an Fonds leichter erzielen und damit den Restgewinn [Nettogewinn - Y.Y. Kueh] erhöhen zu können."¹⁾ Nach einem halbjährigen Experiment wurde dieses Streben bereits in den 24 volkseigenen Betrieben der VVB Elektrogeräte festgestellt. So wurde berichtet:

"Die Bindung der materiellen Interessiertheit an den Nettogewinn führt zu dem Bestreben, den Nettogewinn möglichst niedrig und damit die Produktionsfondsabgabe möglichst hoch anzusetzen, mit anderen Worten: möglichst viele Fonds als einsatzfähig in die Planung einzubeziehen. Daraus ergibt sich, daß zur Zeit durch die Produktionsfondsabgabe die Betriebe noch nicht zu einer optimalen Planung der Fonds angehalten werden."²⁾

Zwar kann die Planung der Fondseinsätze von diesem Ansatz her nie optimal sein, aber es wäre aufgrund des Prinzips der Planübererfüllung schon - wie gezeigt - durchaus ein wirtschaftspolitischer Erfolg, wenn die Betriebe die derartig gezielten weichen Pläne im Verlauf des Planjahres auch dann ausnutzten, indem sie die weich geplante Produktionsfondsabgabe zu senken suchten, um den Nettogewinn und damit die betrieblichen Prämienzuführungen steigern zu können. - Im allgemeinen besteht jedoch nach Schulz u.a. der Eindruck, daß derartige "weiche" Manipulationen zwar tendenziell bestehen, aber doch nicht allzu aktiv von den Betrieben gehand-

-
- 1) M. Pelzer, Hochschulgespräch über Produktionsfondsabgabe. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 2 (1965), S. 17.
 - 2) H.J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment, a.a.O., S. 24.

habt zu werden scheinen.¹⁾

Ebenso wie die Kreditzinsen als Selbstkostenbestandteil kaum ins Gewicht fallen, bedeutet die Produktionsfondsabgabe in der Experimentierpraxis infolge der Möglichkeit mannigfaltiger Manipulationen anderer gewinnwirksamer Faktoren für die Betriebe keine wichtige Entscheidungsgröße. Das heißt, die Betriebe könnten unter Umständen bei Einhaltung oder sogar Überschreitung der geplanten Produktionsfondsabgabe ihren Nettogewinn noch durch die Manipulation anderer Gewinndeterminanten steigern. Genannt werden von Schulz selbst folgende:

- "- die Veränderungen im Produktionsvolumen und im Umsatz;
- die Veränderungen im Sortiment und in der Qualität der Produktion, sofern sie über die unterschiedliche Rentabilität einzelner Erzeugnisse bzw. Preisabstufungen wirksam werden;
- die Veränderungen in den Selbstkosten, insbesondere durch die Einsparung bzw. durch zusätzlichen Aufwand an bezahlter vergegenständlichter und lebendiger Arbeit;
- die auf den Gewinn einwirkenden Gewinnzu- bzw. -abschläge sowie andere, nicht unmittelbar mit der Produktion verknüpfte bzw. nicht notwendig mit dem Reproduktionsprozeß verbundene Erträge und Aufwendungen (z.B. Vertragsstrafen)."²⁾

Derartige Gewinndeterminanten haben wir z.T. schon dargelegt, zum Teil werden wir sie später noch näher kennenlernen. Auf dieses Problem selbst werden wir auch noch eingehen. Im folgenden seien vorerst die Wirkungen der Produktionsfondsabgabe im Bereich der Umlaufmittel und die Spielarten der "weichen" Manipulation der Produktionsfondsabgabe, insbesondere im Bereich der Grundmittel, analysiert.

1) Ebenda, S. 25.

2) H.C. Schulz, Einige Probleme der Vervollkommnung der PFA, a.a.O., S. 1791.

C. Die Produktionsfondsabgabe und die Lagerhaltung der Betriebe

1. Im Bereich der Umlaufmittel besteht das Streben nach weichen Planansätzen im Einklang mit den bereits dargestellten permanenten Bemühungen der Betriebe um höhere Planansätze für die Umlaufmittelkredite. Von hier aus ist auch verständlich, warum man bei dem erwähnten Experiment "im allgemeinen nur die Richtsatzplanbestände in die Planung der Fondsabgabe" einbezogen hat.¹⁾ Nicht nur weil "dadurch die Ergebnisse der Umlaufmittelnormierung für die Einführung der Produktionsfondsabgabe genutzt", sondern auch verhindert werden sollte, "daß Istbestände zu Grunde gelegt und u.U. Ergebnisse einer schlechten Leistungstätigkeit anerkannt werden."¹⁾ Es ist dann natürlich auch denkbar, daß die Planaufgaben "bei den Umlaufmitteln ... in den meisten Fällen keinerlei 'Reserven' [enthielten], sondern ... teilweise beträchtlich unter den Istbeständen"¹⁾ lagen.

Wahrscheinlich hat u.a. dieser "kategorische Gesetzeszwang" dazu beigetragen, daß in 18 von 19 dieser ausgewählten Betriebe der VVB Elektrogeräte, in denen die Produktionsfondsabgabe überschritten wurde, die Umlaufmittel den entscheidenden Anteil daran hatten.¹⁾ Trotz dieser Tatsache wurde von den Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission Mitteldeutschlands festgestellt, daß die Wirkung der Produktionsfondsabgabe auf den Umlaufmittelbereich geringer ist als auf den Bereich der Grundmittel.²⁾

1) H.J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 24. Diese Regelung ist auch aufgenommen in die Anordnung Nr. 1 zu den Grundsätzen für die Einführung der Produktionsfondsabgabe, in: JBl.d.DDR, a.a.O., § 3 (3), S. 2637.

2) W. Oelschlägel, G. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experimentes Produktionsfondsabgabe. In: Die Wirtschaft Nr. 27 (1965), S. 21. - H. Nick, Produktionsfondsabgabe und Kreditzins. In: Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 14 (1965), S. 7.

2. Wie sich die Produktionsfondsabgabe im Grundmittelbereich ausgewirkt hat, werden wir noch behandeln. In bezug auf den Umlaufmittelbereich wird in Mitteldeutschland postuliert, daß durch die Produktionsfondsabgabe "die Optimierung der Umlaufmittelbestände unter Berücksichtigung der Selbstkostenentwicklung" stimuliert würde.¹⁾ Diese Optimierung bedeutet, "beim Material die wirtschaftlichste Organisation des Bestellwesens, des Lagerwesens, des Prüfwesens usw. festzustellen. Bei der unvollendeten Produktion wird die Organisation des Produktionsdurchlaufs und des Produktionsrhythmus, das heißt der Übergang zu wirtschaftlichen Serien- und Losgrößen, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Bei den Fertigerzeugnisbeständen werden eine optimale Abstimmung zwischen Produktionsrhythmus und Absatzrhythmus und die Erzielung eines wirtschaftlichen Absatzrhythmus angeregt."¹⁾

Welche faktischen Wirkungen sich in Mitteldeutschland ergeben haben, ist im einzelnen nicht zu übersehen. Es wird über zum Beispiel berichtet, "daß in einigen Betrieben - Funkwerk Erfurt, VEB Plaste Erkner, VEB Baumwollweberei und Veredlung, Plauen - zu einer technisch-ökonomisch begründeten Normierung der Umlaufmittel entsprechend dem Beschaffungs-, Produktions- und Absatzrhythmus übergegangen wurde. Diese Normierung erfolgte nicht primär unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung, wie es bisher häufig der Fall war, sondern unter dem Gesichtspunkt der Ausnutzung aller Möglichkeiten für eine rationelle Bestandshaltung."¹⁾ Andererseits aber wurde beobachtet, daß im Bereich der VVB Elektrogeräte die Betriebe zwar versuchten, "vor allem durch Bestandsanalysen und Normierung der Bestände Bestandsbereinigungen, Überwachung und zeitliche Konkretisierung der Versorgungsbetriebe bei gleichzeitiger Verhinderung nicht bestimmter Vorablieferungen sowie durch Überprüfung

¹⁾ E. Langner, H. Nick, Warum Produktionsfondsabgabe?
o.v.D., S. 23.

bestimmter Betriebsabschnitte (z.B. Lagerwirtschaft oder Transport) eine Umschlagsbeschleunigung zu erreichen."¹⁾

Aber "trotz dieser Maßnahmen, die teilweise mit der Vergabe von Zielprämien verbunden waren, gelang nur in wenigen Fällen eine entscheidende Veränderung."²⁾ Hierzu wird folgendes angeführt: "Zu einem nicht unerheblichen Teil liegen die Ursachen dafür in Faktoren, die von den Betrieben kaum zu beeinflussen sind, insbesondere in Bestands-erhöhungen, die auf Diskrepanzen zwischen der Materialversorgung und dem Produktionsplan zurückzuführen sind, die durch Sortimentsveränderungen oder durch notwendige zeitliche Umstellungen im Produktionsprogramm (Materialmangel) entstehen."²⁾

Zum gleichen Ergebnis, das herrschende Meinung zu sein scheint, kommt auch Jesse, wenn er näher feststellte: "Die Mängel in der operativen Produktionsplanung, in der Planmethodik, im Vertragsgesetz und in der Kooperationsanordnung beeinflussen gegenwärtig die Anstrengungen der Betriebe, das Optimum zu bestimmen, noch ungünstig. Die Kooperationsanordnung z.B. berücksichtigt nicht genügend die Elastizität in der Bedarfsdeckung. Sie zwingt den Betrieb, Material zu bestellen, obwohl Aufträge noch nicht vorliegen. Das Ergebnis sind Mängel in der Kapazitätsausnutzung und Überplanbestände. Auch die gegenwärtige Planungsmethodik und Abrechnung der Materialvorräte, der unvollendeten Produktion und der Fertigerzeugnisse sowie die Saldierung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die einzelnen Bestandteile der Umlaufmittel ist zu starr und behindert das selbständige ökonomische Rechnen und Denken des Betriebskollektivs."³⁾

1) H.J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 24 f.

2) Ebenda, S. 25.

3) W. Jesse, Die Produktionsfondsabgabe wirkt nicht im Umlaufmittelbereich. Erste Erkenntnisse aus ökonomischen Experimenten, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 21 (1964), S. 19. - Ein praktisches Beispiel für solche

3. Zusammenfassend läßt sich nun über den Wirkungsgrad der Produktionsfondsabgabe im Bereich der Umlaufmittel folgendes sagen:

a) Allgemein gesehen, war in der Mehrzahl der Experimentierbetriebe der VVB Elektrogeräte eine Überschreitung der geplanten Produktionsfondsabgabe zu beobachten. Die Ursache dafür liegt in der autoritären Planungsregelung - nach der nur die Richtsatzplanbestände in die Planung der Produktionsfondsabgabe für Umlaufmittel einbezogen werden durften - und der daraus folgenden Einschränkung des Spielraumes der betrieblichen weichen Manipulation im Bereich der Umlaufmittel.

Überdies fällt es im Vergleich zum Bereich der Grundmittel, in dem nicht die Netto-, sondern die Bruttowerte der Anlagegüter als Bezugsbasis zur Ermittlung der Produktionsfondsabgabe dienen, i.d.R. auch schwerer, Umlaufmittel in gleicher Höhe wie Grundmittel einzusparen.¹⁾

Daraufhin wird von den Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission gefolgert, "daß es zweckmäßiger sein dürfte, sowohl von eigenen als auch von kreditierten Umlaufmitteln die Produktionsfondsabgabe zu erheben und die bestehende differenzierte Verzinsung der kreditierten Umlaufmittel der Deutschen Notenbank beizubehalten"²⁾; obwohl die Produktionsfondsabgabe und der Kreditzins "ihrem wesentlichen ökonomischen Inhalt nach identisch sind."³⁾ Man hofft, daß es dadurch möglich sein wird, "sowohl von seiten der Pro-

Mängel im Planungssystem liefern H. Lehmann, K. Riebe, Die Planmethodik und die Interessen der Gießereibetriebe, in: Die Wirtschaft Nr. 48 (1965), S. 17 f.

1) Vgl. u.a. H. Nick, Produktionsfondsabgabe und Kreditzins, in: Deutsche Finanzwirtschaft Nr. 14 (1965), S. 7 f.

2) W. Oelschlägel, G. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experiments Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 21.

3) H. Nick, Produktionsfondsabgabe und Kreditzins, a.a.O., S. 5 f; vgl. auch S. 7.

duktionsfondsabgabe als auch durch die differenzierte Kredit- und Zinspolitik der Deutschen Notenbank auf eine optimale Bestandsentwicklung in den VVB und Betrieben Einfluß zu nehmen."¹⁾

b) Wichtiger erscheint jedoch, daß selbst die Überschreitung der geplanten Produktionsfondsabgabe - die sich potentiell stets negativ auf den Nettogewinn und damit auf die Prämienchancen der Betriebe auswirkt - die Betriebe nicht dazu veranlaßt hat, die Umlaufmittelbestände entsprechend dem morphologisch begründeten Postulat der politischen Führung zu "optimieren". Vielmehr bleibt es in der betrieblichen Lagerwirtschaft beim alten unbefriedigenden Zustand.

Natürlich sind die oben angeführten Mängel im zentralen Planungs- und Lenkungssystem, auf die der Betrieb keinen Einfluß hat, ein wichtiger Grund für die geringe Wirksamkeit der Produktionsfondsabgabe im Umlaufmittelbereich, wenn man in diesem Zusammenhang überhaupt von Wirksamkeit oder Unwirksamkeit sprechen kann. Noch entscheidender dürfte jedoch die Tatsache sein, daß die Produktionsfondsabgabe für Umlaufmittel den Betrieben als ökonomische Wahlgröße nicht wichtig oder gar unwichtig erscheint. Nicht wichtig ist die Wahlvariable schon im Rahmen der gesamten Produktionsfondsabgabe als solcher, was insbesondere die "kapitalintensiven" Betriebe, so z.B. die des Industriezweiges Chemie, in dem der Anteil der Umlaufmittel am Produktionsfonds nur etwa 5 bis 6 Prozent darstellt, betrifft. "Bei einer Rate von 5 bis 8 Prozent bliebe die Produktionsfondsabgabe als ökonomischer Hebel zur rationellen Ausnutzung der Bestände, z.B. in der Chemie, faktisch unwirksam."²⁾

1) W. Oelschlägel, E. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experiments ..., a.a.O., S. 21; vgl. auch E. Langner, G. Pohle, Produktionsfondsabgabe und Zins. Experimente, Erfahrungen, Konsequenzen, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 16 (1965), S. 6 f.

2) W. Jesse, Die Produktionsfondsabgabe wirkt nicht im Um-

Dies ist die eine Seite der Sache. Die andere ist, daß dann eine Überschreitung der Produktionsfondsabgabe im Umlaufmittelbereich leicht durch die Einsparung der Grundmittel ausgeglichen wird. So bemerkte Jesse hierzu: "Da die effektiv vorhandenen Grundmittel und die Richtsatzplan-Bestände in einer Summe als Produktionsfonds erscheinen, kann eine optimale Umlaufmittelplanung durch eine technisch-ökonomisch unbegründete Höhe der Grundmittel kompensiert werden."¹⁾

Entscheidend ist jedoch, daß die Produktionsfondsabgabe als Determinante der betrieblichen Nettogewinne und damit der Prämienezuführungen überhaupt nicht ins Gewicht fällt.

D. Die Produktionsfondsabgabe und das Anlagenverhalten der Betriebe

Bevor wir diese Frage erörtern, wollen wir zunächst die Auswirkungen der Produktionsfondsabgabe (PFA) auf den Grund-

laufmittelbereich, a.a.O., S. 19. - In diesem Zusammenhang bemerkt Jesse ferner: "Auch innerhalb der Zweige ist das Gewicht der Umlaufmittel am Produktionsfonds infolge der Verschiedenheit des Fertigungsprogramms, der Kostenstruktur und der Fertigungsart nicht einheitlich. Unterschiedliche Verhältnisse in der Ausstattung mit Grundmitteln und Umlaufmitteln findet man gleichfalls zwischen den Betrieben einer VVB." Von dieser Kenntnis aus dringt die morphologische Lenkungsratio dann zu manchem Vorschlag, wenn nicht dementsprechend die Produktionsfondsabgabebesätze im Bereich der Umlaufmittel für die einzelnen Betriebe zu differenzieren, so doch zumindest eine höhere Gewichtung der Umlaufmittel einzuleiten (vgl. ebenda). Dies zeigt schon deutlich, welche Erfolgsaussichten die mehr oder weniger globale Differenzierung der Produktionsfondsabgabebesätze nach den Erzeugnisgruppen, der Fondsintensität bzw. -rentabilität - was wir noch näher behandeln wollen - versprechen könnte.

1) Ebenda, S. 19.

mittelbestand betrachten, da dieser Bereich das eigentliche Experimentierfeld darstellt.

1. Zunächst ist zu erwähnen, daß - ähnlich wie bei der Ermittlung der PFA im Umlaufmittelbereich (dabei wurden nur die Richtsatzplanbestände in die Planung der PFA einbezogen) - im Grundmittelbereich bei der Planung der PFA die stillgelegten Grundmittel von vornherein ausgeklammert, während sie in die Istabrechnung aber einbezogen werden. Dieses Verfahren ist offiziell durch Anordnung sanktioniert.¹⁾ Die Zielsetzung der Zentrale hierbei ist eindeutig: Die Betriebe sollen gezwungen werden, die stillgelegten Anlagegüter wieder in Betrieb zu nehmen, sie zu verschrotten oder zu verkaufen. Denn sonst würde der effektive Bestand der PFA um den Betrag der stillgelegten Grundmittel erhöht werden, und damit würde auch die PFA entsprechend dem PFA-Satz erhöht. Dies würde sich auf die Nettogewinnbildung und damit auf die Prämienzuführung negativ auswirken.

Selbstverständlich hatte diese gesetzliche Bestimmung - ein autoritärer Zwang - sofort die entsprechende Wirkung: Bei sämtlichen Experimenten wurde von umfangreichen Verkäufen, Verschrottungen und Umsetzungen der Grundmittel berichtet. Die Staatliche Plankommission kam zu folgenden Forschungsergebnissen:

"Bei der Bereinigung der Grundmittelsphäre wurden in der VVB Eisenerz/Roheisen im III. Quartal 1964 bisher ungenutzte Grundmittel im Werte von 2130 TMDN verkauft, umgesetzt oder wieder genutzt und Grundmittel im Werte von 230 TMDN vermietet. Grundmittel im Werte von 1225 TMDN wurden zum Verkauf angeboten, und schließlich sollen Grundmittel im Werte von 567 TMDN verschrottet werden. In der

1) Anordnung Nr. 1 in den Grundsätzen für die Einführung der PFA in ausgewählten VVB der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie vom 3.3.1966. In: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 42, § 3 (1) und § 6 (1), S. 263.

VVB Bauelemente und Vakuumtechnik wurden im III. Quartal 1964 nicht genutzte Grundmittel im Werte von 614 TMDN verkauft, im Werte von 28,8 TMDN umgesetzt und im Werte von 2103,4 TMDN verschrottet. In der VVB Elektrogeräte wurde ein Bestand von 2144,3 TMDN an nicht genutzten Grundmitteln vom 1.1. bis 30.6.1965 durch Verkauf um 372,2 TMDN, durch Wiederverwendung um 206,2 und durch Verschrottung um 619,9 TMDN reduziert.¹⁾

Ferner "verringerten sich z.B. die Bestände an stillgelegten Mitteln im VEB Maxhütte, Unterwellenborn, durch Wiederinbetriebnahme, Verkäufe und Verschrottung vom 1.8.64 (= 100 %) bis zum 31.12.64 um 71 %."²⁾ Ähnliche "positive" Ergebnisse wurden in zahlreichen Experimentierbetrieben erreicht.

An dieser Stelle sei nebenbei vermerkt, daß in fast allen erwähnten Berichten über solche enormen Verkaufs- und Verschrottungsaktionen der Betriebe nicht einmal darauf hingewiesen wird, welche großen Kapazitätspolster die Betriebe sonst hätten; denn trotz derartiger Bestands-"Bereinigungen" können die Betriebe dennoch die Planaufgaben wahrnehmen, deren Zuwachs von Jahr zu Jahr - wie oben gezeigt wurde - der Tendenz nach eine exponentielle Form annimmt.

Eine derartige Bestandsbereinigung ist aber nur ein unvermeidlicher Effekt³⁾ des o.g. autoritären Zwanges. Solche Bestandsbereinigungen sowie Maßnahmen, wie z.B. die intensivere Bestandsanalyse und Normierung im Umlaufmittelbereich (vgl. oben) sowie "Überprüfung des Ausnutzungsgrades

-
- 1) H. Golaschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 99.
2) Wolfgang Geischläger, Gisela Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experimentes Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 20.
3) Erich Langner, Harry Nick, Warum Produktionsfondsabgabe? Berlin (-Ost) 1965, S. 22.

besonders der hochproduktiven Grundmittel"¹⁾, die es eigentlich schon immer gegeben hat, sind wohl nur als erster Schritt und organisatorisches Grunderfordernis anzusehen. Denn es ist z.B. denkbar, daß mit der Einführung der PFA die VVB nunmehr im Rahmen der Planung der PFA sowohl von den Betrieben verlangen, daß die Größe der PFA sowohl in der Planung als auch in der Planabrechnung anhand der ökonomisch-technischen Parameter der einzelnen Anlagegüter ausgewiesen wird.

2. Nun läßt sich erkennen, in welcher Weise die Betriebe auch bei der Produktionsfondsabgabe eine weiche Planung erreichen. Zunächst noch einmal zum Ausgangspunkt: Um den Nettogewinn und damit die Prämienzuführungen zu vergrößern, gibt es für die Betriebe grundsätzlich zwei Möglichkeiten:

Erstens können die Betriebe versuchen, den Gesamtgewinn bei gleichbleibender PFA zu vergrößern. Dies kann erreicht werden, wenn die Betriebe die Anlagegüter intensiver ausnutzen,²⁾ worin der Sinn der PFA liegt. Eine andere Spielart besteht darin, daß die Betriebe die geplante PFA zwar überschreiten, daß aber das Ausmaß der Überschreitung durch eine auf diese Weise erreichte größere Steigerung des Gesamtgewinns überkompensiert wird; d.h., die PFA steigt langsamer als der Gesamtgewinn, so daß noch eine Steigerung des Nettogewinns erzielt werden kann.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß bei einem bestimmten Gesamtgewinn, der nicht mehr gesteigert werden kann, weniger Produktionsfonds verwendet werden, um die PFA zu senken und damit den Nettogewinn zu steigern; oder daß auch bei sinkendem Gesamtgewinn die Produktionsfonds noch sparsamer disponiert werden, um die PFA noch stärker verringern zu können, damit der geplante Nettogewinn weiter gesteigert werden kann.

1) Ebenda, S. 25.

2) R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 93 f.

Diese beiden Verhaltenshypothesen, die man mit der Einführung der PFA bei den Betrieben unterstellt hat, haben eines gemeinsam: Die Betriebe würden nicht mehr wie früher möglichst viele kostenlose Kapitalanlagen vom Staatshaushalt fordern können, die sie nicht unbedingt benötigen, sondern sie würden stattdessen die Anlagegüter möglichst intensiv ausnutzen und nicht benötigte Anlagegüter verkaufen oder verschrotten.

Wie reagieren nun die Betriebe auf diese neuen Datenkonstellationen? Sind die beabsichtigten Wirkungen tatsächlich eingetreten? Wir wollen das im folgenden untersuchen.

a) Aufgrund des Strebens der Betriebe nach weichen Plänen wäre es denkbar, daß die Betriebe, um möglichst viele Fonds als einsatzfähig einplanen zu können, auch die stillgelegten Anlagegüter in die Planansätze für die PFA einbeziehen würden. Denn sie könnten dann im Laufe des Planjahres solche Grundmittel entweder verkaufen, verschrotten oder umsetzen. Auf diese bequeme Weise könnten sie schließlich einen niedrigeren effektiven Bestand an Grundmitteln ausweisen und brauchten deshalb nur eine geringere PFA zu bezahlen. Um diese potentiell vorhandene Verhaltenstendenz zu unterbinden, wird - wie gezeigt - gesetzlich festgelegt, daß stillgelegte Grundmittel nicht in die Planung der PFA einbezogen werden dürfen. Aus diesem Grunde ist es sofort bei den Experimenten zu der soeben beschriebenen Bestandsbereinigung gekommen. Diese bedeutet aber nur, daß man die nicht benötigten Anlagegüter wieder dem Staatshaushalt zurückgeben müßte.

Es erwähnen ist, daß die Betriebe auch die stillgelegten Grundmittel wieder benutzen könnten. Dies würde folgendes bedeuten: Wenn solche Grundmittel in die Planung der PFA einbezogen wurden, könnten die Betriebe ihren Gesamtgewinn durch eine Kapazitätsauslastung steigern, ohne daß die

geplante PFA überschritten würde. Dies würde offensichtlich der "Plan-Ratio" der Zentrale widersprechen. Wenn nun die stillgelegten Grundmittel nicht in die Planung der PFA einbezogen werden (wie nach der gesetzlichen Regelung), aber von den Betrieben bei der Plandurchführung doch wieder in Betrieb genommen werden, dann könnte dies zur Folge haben, daß der Gesamtgewinn dennoch, wie geplant, gleich bleibt oder aber geringfügig steigt (z.B. falls die stillgelegten Grundmittel notgedrungen zum Ersatz anderer Grundmittel, die plötzlich außer Betrieb gesetzt werden müssen, herangezogen werden), aber die geplante PFA durch die Inbetriebnahme der stillgelegten Grundmittel überschritten bzw. schneller überschritten wird als der Gesamtgewinn. Dies würde zur Verminderung des Nettogewinns führen, was die Betriebe stets zu vermeiden trachten. Aber, was besonders wichtig erscheint, es könnte durchaus auch das Gegenteil der Fall sein; nämlich, daß die geplante PFA durch die Inbetriebnahme der stillgelegten Grundmittel zwar überschritten wird, der Gesamtgewinn aber durch die bloße Kapazitätsauslastung auch wesentlich steigt, so daß sich insgesamt eine Steigerung des Nettogewinns und damit der Prämienzuführung zum betrieblichen Prämienfonds ergibt. Hier aber zeigen sich wieder Ansatzpunkte für Manipulationen.

b) Wie das Experiment der PFA in der VVB Elektrogeräte zeigt, geschieht diese Manipulation auf folgende Weise:

"Für die Planung der Fondsabgabe ist erforderlich, festzulegen, welche Fondsteile einbezogen werden können und welche Fonds nur in die Ist-Abrechnung eingehen dürfen. Dabei entstand folgendes Problem: Bei den Grundmitteln reihen durch die bisher ungenügende Grundfondsplanung exakte Unterlagen über die Ausnutzung der vorhandenen Grundmittel, die ökonomische Ausstattung mit Grundmitteln bei bestimmten Produktionsfondsaufgaben usw. Es konnte lediglich festgelegt werden, daß die nicht genutzten und stillgelegten Anlagen auf die Fondsabgabe erhoben wird, nicht in die Planung der Fonds-

abgabe einbezogen werden dürfen. Dadurch soll ihre schnelle Umsetzung, Wiederverwendung oder Verschrottung herbeigeführt werden. Hinsichtlich der Grundmittel wurde also im Experiment der gegebene Zustand gewissermaßen 'sanktioniert', so daß hier von vornherein relativ größere Möglichkeiten bestanden, die Fonds zu vermindern und so den Restgewinn überzuerfüllen.¹⁾

So umständlich auch dieser Tatbestand dargestellt ist, wird aus diesem Beispiel doch zweierlei deutlich:

(1) Die Betriebe versuchten, möglichst viele Grundmittel als stillgelegt und ungenutzt auszuweisen, weil sie dann nicht in die Planung der PFA einbezogen wurden. Durch die Wiederverwendung dieser Grundmittel konnte der Gesamtgewinn so gesteigert werden, daß die Betriebe die Nettogewinne übererfüllen konnten. In diesem Falle wurde der Produktionsfonds zwar von vornherein bewußt niedrig angesetzt, aber es handelte sich doch um nichts anderes als um eine weiche Planung der Produktionsfonds.

(2) In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu zeigen, auf welcher technischen Grundlage diese Manipulationen ermöglicht werden. Es vermag keine betriebsexterne Instanz eine exakte Bestandskontrolle der Anlagegüter der einzelnen Betriebe so vorzunehmen, daß die Kapazitäten der einzelnen Maschinenarten und der Maschinen bei den verschiedenen Produktionsaufgaben, entsprechend ihren technischen Parametern, in der Planung exakt ausgewiesen werden. Es wird dem Ermessen der Betriebsleiter bzw. dem technischen Leiter der Betriebe überlassen, zu bestimmen, welche Anlageteile ungenutzt und stillgelegt werden. Im Grunde läuft diese Manipulation praktisch auf eine allgemeine Verschleierung der Kapazitätsreserve hinaus, die schon im Rahmen der gesamtbetrieblichen weichen Planung angelegt wird. Insofern kann man

1) Hans-Jürgen Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 24.

sogar sagen, daß durch die Erhebung der PFA die Betriebe nunmehr noch stärker dahin tendieren, nicht nur die Kapazitäten der Anlagegüter möglichst niedrig anzugeben, sondern manche Anlagebestände überhaupt zu verschweigen, weil sie dafür PFA entrichten müßten.

Anhand des dargestellten Beispiels glaubte man in Mitteldeutschland, diese Mißstände seien auf die bisher ungenügende Grundfondsplanung zurückzuführen. Bemerkt sei jedoch, daß es eine Kapazitätsplanung im Rahmen des herkömmlichen Tech-Prom-Fin-Systems bisher immer gegeben hat. Deshalb und wegen des beschriebenen technischen Aspekts kann angenommen werden, daß die oben beschriebenen Manipulationen auch weiterhin bestehen werden.

3. Eine weitere Spielart der Manipulationen der PFA besteht darin, daß die Betriebe, wie zu Beginn dieses Abschnittes erwähnt, in der Planung bereits versuchen, möglichst hohe Planansätze für die PFA einzubauen, um sie dann im Laufe des Planjahres senken zu können. Wie dies im einzelnen von den mitteldeutschen Betrieben praktiziert wird, ist aus der Literatur nicht zu ersehen. Es kann jedoch angenommen werden, daß diese Manipulation über den Anlagezugang erfolgt,¹⁾ etwa so, daß die Betriebe in den Plänen über Investitionen oder über Rationalisierungsmaßnahmen einen möglichst hohen Anlagezugang als notwendig ansetzen. Ein Beispiel zur Illustration:

Laut Plan sollen zwei Maschinen Typ A im Laufe des Planjahres gekauft werden, die je eine Kapazität von 25.000 Stück haben. Jede Maschine kostet 2.000 MDN, so daß sich laut Plan ein erwarteter Zuwachs der Grundmittelfonds von 4.000 MDN ergibt. Tatsächlich werden dann aber im Laufe des Planjahres eine Maschine Typ A und eine billigere Maschine

1) Zum sowjetischen Begriff und den Arten des Anlagezuges und -zugangs vgl. G. Leptin, Die Anlagen..., a.a.O., S.36.

Typ B gekauft. Da die Maschine Typ A in Wirklichkeit eine höhere Kapazität, nämlich von 30.000 Stück und die Maschine B eine Kapazität von 20.000 Stück hat, d.h. also, beide Maschinen 50.000 Stück ausbringen können, wird auf diese Weise der Produktionsplan (50.000 Stück) und damit der Gewinnplan ceteris paribus nicht beeinträchtigt, denn eine Ausbringung von 50.000 Stück war ja geplant. Aber da nun die Maschine B nur 1.500 MDN kostet, ergibt sich hieraus eine Einsparung an Produktionsfonds in Höhe von insgesamt 500 MDN und damit - wenn der PFA-Satz 8 % beträgt - eine Unterschreitung der geplanten PFA von 40 MDN. Auf diese Weise kann man also bei gleichbleibendem Gesamtgewinn eine Einsparung der PFA gegenüber der Planung erreichen.

Hieraus wird deutlich, daß eine derartige Planmanipulation zwei planungstechnische Voraussetzungen hat.

(a) Keine Lenkungsinstanz ist in der Lage, die von den Betrieben vorzunehmende Ermittlung der Maschinenkapazitäten auf ihre technischen Parameter hin exakt zu überprüfen. Eine Voraussetzung, die, wie schon erwähnt, in der mitteldeutschen Praxis durchaus vorhanden ist.

(b) Die Betriebe können eine nachträgliche Plankorrektur beantragen. In den oben skizzierten Beispielen würde dies etwa gemeinsam mit den Maschinenlieferanten geschehen. Es wäre sogar vorstellbar, daß die Abnehmer und die betreffenden Lieferanten der Maschinen von vornherein heimlich eine derartige Plankorrektur in ihren Betriebsplänen vorgesehen haben.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das Problem des Anlagenzugangs aus eigener Produktion eingegangen. Bei dieser Form des Anlagenzugangs dürfte der betriebliche Spielraum der Manipulation noch größer sein. Die Eigenerzeugung von Anlagegütern wird im sowjetischen System in der Regel nach dem Preis, den die Betriebe sonst dem Lieferanten zu zahlen hätten, bewertet.¹⁾ Die Betriebe könnten, um die geplante

1) Ebenda.

PFA zu unterschreiten, zwar nicht den Umfang der Eigen-
erzeugung von Anlagegütern verringern, weil dies dann
die Erfüllung ihres Gewinnplanes gefährden würde (Eigen-
erzeugung gehört zum Bestandteil der betrieblichen Ge-
samtleistung). Sie könnten aber wohl die technischen Pa-
rameter der von ihnen selbst herzustellenden Anlagegüter
und damit ihre zukünftige Maschinenkapazität leichter
manipulieren; leichter jedenfalls, als wenn sie mit den
Lieferanten dies vorerst absprechen müßten. Einfacher zu
manipulieren wäre z.B. der Beginn der Inbetriebnahme neu-
er Anlagegüter, da, wie die zentrale Experimentieranwei-
sung¹⁾ der Staatlichen Plankommission vorschreibt, für
vorfristig in Betrieb genommene Investitionsobjekte bis
zum Zeitpunkt ihres planmäßigen Einsatzes keine PFA er-
hoben wird. Man wird daher ganz sicher versuchen, einen
möglichst späten Termin für die Fertigstellung der Inve-
stitionsobjekte auszuhandeln, denn "dadurch wird eine
Übererfüllung des Nettogewinns sowohl infolge der zeiti-
geren Inbetriebnahme als durch die eingesparte PFA möglich."²⁾

Von diesen verschiedenen Verhaltensvarianten bei der Mani-
pulation der PFA her wird deutlich, daß auch im Bereich
des ökonomischen Hebels PFA die Grundformel der weichen
Pläne gilt: Je mehr PFA die Betriebe in die Betriebspläne
einbeziehen können, desto leichter ist es für sie, dieselbe
in der Plandurchführung zu unterschreiten.

4. Interessant wäre an dieser Stelle, nach den quantitati-
ven Ergebnissen der Experimente zu fragen. Die bereits vor-
gelegten Berichte waren jedoch zu wenig aufschlußreich. So
wurde z.B. vom Experiment VVB Elektrogeräte lediglich be-
richtet, daß in 15 von insgesamt 24 Betrieben der Umfang der

-
- 1) W. Oelschläger, G. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomi-
schen Experiments..., a.a.O., S. 21.
2) Ebenda, S. 20.
R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe,
a.a.O., S. 22.

Grundmittel zurückging. "In anderen 9 Betrieben wurden die geplanten Grundmittel vor allem durch die für die Planung nicht einsatzfähigen stillgelegten Anlagen überschritten."¹⁾ Es lagen keine Zahlenergebnisse für die einzelnen aufgeführten Spielarten der Reaktionen vor, so daß man aus den obigen Angaben nur summarisch schließen kann, daß es bei dem oben beschriebenen unvermeidlichen "Zwangseffekt" geblieben ist. Dieses Resultat deckt sich übrigens auch mit dem vier Monate später von der Staatlichen Plankommission erstatteten Bericht über die Experimente in verschiedenen VVBs mit ihren Betrieben.²⁾ In diesem Bericht der SPK wurde auch von einer Verringerung der Stillstandszeiten der Anlagen aufgrund der Erhebung der PFA berichtet. Zugegeben wurde aber zugleich, daß ein solches Ergebnis auch nur unter Mitwirkung der eingeführten Schichtprämien herbeigeführt werden konnte.

Aufschlußreich ist insbesondere das Gesamturteil von Schulz hinsichtlich der Auswirkung der PFA im Grundmittelbereich-Experiment in der VVB Elektrogeräte: Angesichts der umfangreichen Freisetzung von Grundmitteln einerseits und der Übererfüllung der geplanten Warenproduktion im Berichtszeitraum andererseits sei in den 15 Betrieben, in denen der Umfang der Grundmittel zurückging, "eine mehr oder minder starke Tendenz zur besseren Ausnutzung der Grundmittel bemerkbar."³⁾

So vorsichtig das Gesamturteil auch lautet, so könnte es ebenso gut das Gegenteil bestätigen, nämlich die Unwirksamkeit der PFA als ökonomischer Hebel, denn: erstens kann der Rückgang des Umfangs der Grundmittel nur auf dem Wege der Freisetzung von Anlagegütern durch Verkauf,

-
- 1) H.-J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 24.
2) W. Oelschläger, G. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experiments..., a.a.O., S. 20.
3) H.-J. Schulz, ebenda.

Umsetzung oder Verschrottung erfolgen; dies ist aber offensichtlich nicht die primäre Funktion der PFA; zweitens kann die Übererfüllung der Warenproduktion ebenso gut auf die bekannten Sortimentsverschiebungen sowie auf die allgemeine weiche Planung der Kosten- und Kapazitätsreserven zurückzuführen sein, wie oben ausführlich dargestellt wurde. - In der Wirklichkeit dürfte letzteres sogar der Regelfall sein, so daß solche Übererfüllungen nicht nur kein Zeichen für das Wirksamwerden der PFA sind, sondern im Gegenteil ein Zeichen dafür, daß die Hebelfunktion der PFA außer Kraft gesetzt wurde. So wurde über die Experimentierbetriebe berichtet, daß die große Übererfüllung des Gesamtgewinns¹⁾ zu einer großen Übererfüllung des Nettogewinnplanes geführt hat, und zwar so weit, daß in vielen Fällen selbst bei Überschreitung der geplanten PFA - die, wie bekannt, hauptsächlich im Bereich der Umlaufmittel verursacht war - die auf dem Nettogewinn beruhende Prämienzuführung der Betriebe nicht beeinträchtigt wurde.²⁾ Das heißt aber, daß die PFA als ökonomischer Hebel im Rahmen der Nettogewinnbildung nicht ins Gewicht fällt. Hierauf wollen wir noch zurückkommen.

Damit zeigt sich, daß Aufschlüsse über die tatsächlichen Wirkungen der PFA nur die Plan-Ist-Abweichungen der PFA geben können.³⁾ Nach den oben dargelegten Verhaltensvari-

-
- 1) Übererfüllung der Warenproduktion aufgrund der weichen Planung trägt natürlich zur Übererfüllung des Gesamtgewinns bei, wie bereits gesagt.
 - 2) Ebenda, S. 25. - W. Oelschläger, G. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experiments..., a.a.O., S. 21. - Martin Pelzer, Hochschulgespräch über Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 17 f. - H. Nick u.a., Wie geht es mit der Produktionsfondsabgabe weiter? In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 3 (1966), S. 10 f. - Insbesondere Arno Keller, Erkenntnisse aus dem ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe. In: Ebenda, Heft 24 (1965), S. 16 f.
 - 3) Vgl. die gegenteilige Auffassung von Nick u.a. (Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 3 (1966), S. 10), die durch unsere obigen Ausführungen bereits als widerlegt angesehen werden darf.

anten sind solche Abweichungen einmal die Unterschreitung der PFA vermittelt weicher Planung des Anlagezugangs und zum anderen die Überschreitung der PFA durch Wiederverwendung stillgelegter Anlagegüter. (Natürlich kann der letztere Fall auch zur Übererfüllung der Warenproduktion beitragen. Insofern wirkt hier auch die PFA.) Solche Abweichungen sind zwar Anzeichen einer weichen Planung, aber wenn die Erhebung der PFA die Betriebe überhaupt zu diesem Verhalten veranlaßt hätte, dann hätte diese selbst eigentlich schon ihr Ziel erreicht. Denn schließlich würden ja auf diese Weise Produktionsfonds eingespart, bzw. es wird mehr produziert als geplant.

Zahlenangaben über den Umfang der Überschreitung der geplanten PFA infolge Wiederinbetriebnahme stillgelegter Grundmittel und über Unterschreitungen der PFA aufgrund von Nichtinanspruchnahme der geplanten Produktionsfonds sind jedoch, wie erwähnt, nicht erhältlich. Zuweilen wurde nur der Umfang der Wiederverwendung zusammen mit der Freisetzung der stillgelegten Grundmittel angegeben. Inwieweit dies zur Überschreitung der geplanten PFA führte, ist im einzelnen nicht bekannt. Fest steht, daß der Anteil der Grundmittel an Über- bzw. Unterschreitung der geplanten PFA i.a. gering ist.¹⁾ Hieraus wird deutlich, daß die PFA doch nicht ihrer Funktion entsprochen hat.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß - ebenso wie die Wirkung der PFA im Umlaufmittelbereich im Falle der von den Betrieben nicht selbst verschuldeten Entstehung von Überplanbeständen beschränkt ist - auch im Bereich der Grundmittel die Hebefunktion der PFA in manchen Fällen mit der zentralen Planung in Widerspruch gerät. Wir meinen folgendes: Wenn die PFA wirksam sein soll, müßte sie ent-

1) Berlin Pelter, Hochschulgespräch über Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 17.

sprechend der oben dargelegten Verhaltenshypothese eine intensive Ausnutzung der Anlagen stimulieren. Aber die Experimente zeigen, daß in manchen Fällen eine stärkere Ausnutzung der Anlagegüter mangels Koordination oder infolge zentraler Fehlkoordination von Faktoreinsätzen verhindert wurde. So bemerkten u.a. Goldschmidt/Langner dazu, "daß die bisherigen Ergebnisse beim Übergang zur mehrschichtigen Ausnutzung der Maschinen und Aggregate unbefriedigend sind, daß die Betriebe oft nicht über die erforderlichen Produktionsarbeiter verfügen."¹⁾

Hiermit ist natürlich nicht gesagt, daß die PFA die Betriebe sonst wirklich zu intensiver Anlagennutzung veranlassen würde. Abgesehen davon, daß diese Aussage, gesamtwirtschaftlich gesehen, zugleich auf eine Fehlplanung der Investitionen hindeutet (Kapazitätsüberschuß), wird hieraus deutlich, wie die ökonomischen Hebel im Rahmen des Planes in einem System zentraler Lenkung eigentlich wirken.

E. Die Produktionsfondsabgabe als Gewinndeterminante

Der eigentliche Grund für die relative Unwirksamkeit der Produktionsfondsabgabe liegt darin, daß die Betriebe den Gesamtgewinn schon mit Hilfe anderer gewinnwirksamer Faktoren (Sortimentsverschiebung, Kostensenkung, Gewinnzuschläge u.a.m.) so gut manipulieren können, daß der Nettogewinn, also die Grundlage für die betriebliche Prämienzuführung, praktisch mehr von solchen Faktoren als von der Produktionsfondsabgabe abhängt. Die Produktionsfondsabgabe, also eine mehr oder minder stabile Größe, stellt in diesem Zusammenhang tatsächlich eine Art "Abgabe" und damit nur eine weitere Zersplitterung des Gewinns dar. Ein "Zinssatz" ist die Produktionsfondsabgabe nur insofern, als sie

1) R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 95.

als ein Prozentsatz der effektiven Produktionsfonds erhoben wird. Wie der Zins für Umlaufmittelkredite als ökonomischer Hebel wegen seiner geringfügigen Bedeutung im Rahmen der betrieblichen Selbstkosten nicht wirksam sein kann, so fällt auch die Produktionsfondsabgabe für die Nettogewinnbildung und damit für die betriebliche Prämienzuführung nicht ins Gewicht.

Dieses vom Ansatz her mögliche Resultat hat man eigentlich schon bei der Einführung der Experimente Produktionsfondsabgabe in Kauf genommen. Daß die Produktionsfondsabgabe nicht in die Selbstkosten eingerechnet, sondern direkt vom Gesamtgewinn abgezogen wird (Vorabverfügung des Gewinns seitens der VVB!), könnte schon als erste Überlegung in dieser Richtung angesehen werden. Denn sonst wäre es ja u.a. denkbar, daß die Produktionsfondsabgabe als ein Posten des Gemeinkostenkomplexes auf dem Wege der innerbetrieblichen Kostenverrechnung stillschweigend "verschwinden" und für die Betriebe nicht so sehr die Rolle einer bedeutenden Entscheidungsgröße spielen würde.

Daran knüpft sofort ein weiteres Problem an: Selbst als Gewinnbestandteil muß die Produktionsfondsabgabe nämlich auch einen angemessenen Anteil am Gesamtgewinn darstellen, um als ökonomischer Hebel funktionsfähig zu werden. So heißt es: "Wird der Anteil der Produktionsfondsabgabe an der Masse des Gewinns zu niedrig bemessen, ist es auch dann möglich, Nettogewinn zu erwirtschaften, wenn die Produktionsfonds wenig rational angewendet und ausgenutzt werden. Ist der Anteil der Produktionsfondsabgabe an der Masse des Gewinns zu hoch bemessen, wirken sich auf den verbleibenden Nettogewinn in hohem Maße alle Faktoren aus, die den Nettogewinn beeinflussen. Damit wird der Nettogewinn als Maßstab der Leistung des Betriebes ... zu empfindlich, bzw. überhaupt unbrauchbar ..."¹⁾

1) H. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, WVB/BZ, S. 20. - H.J. Schult, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 24.

Da nun aber die Rentabilitätsrate (Fondsrentabilität) der Betriebe in der Regel unterschiedlich ist, führt diese Zweckmäßigkeitsüberlegung zwangsläufig zur Differenzierung der Produktionsfondssätze unter den einzelnen Betrieben. Nur bei einer entsprechenden Differenzierung kann gewährleistet werden, daß die Produktionsfondsabgabe bei allen Betrieben eine annähernd gleich große Proportion an ihrem Gesamtgewinn einerseits und ein notwendiges Gewicht an demselben darstellt. Denn sonst könnte die Anwendung eines einheitlichen Produktionsfondsabgabesatzes selbst innerhalb eines VVB-Bereiches zu einer sehr großen Diskrepanz hinsichtlich der Größe des Produktionsfondsabgabeanteils am Gesamtgewinn zwischen den Betrieben führen. So wurde berichtet, daß sich bei einem einheitlichen Produktionsfondsabgabesatz von 6 % in der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik Anteile der Produktionsfondsabgabe am Betriebsergebnis zwischen 9 und 120 % ergeben haben, während der VVB-Durchschnitt 32 % betrug.¹⁾

In der Praxis des Experiments geht man bei der Ermittlung des Produktionsfondsabgabesatzes in der Regel von der Annahme aus, daß die Produktionsfondsabgabe etwa 60 oder 50 % des betrieblichen Gesamtgewinns ausmachen soll,²⁾ also eine Größe, die nur geschätzt werden kann. Sodann werden entsprechend der Rentabilitätsrate differenzierte Produktionsfondsabgabesätze für verschiedene Betriebsgruppen ermittelt.³⁾ Daraus ergeben sich z.B. für die vier Betriebsgruppen in der VVB Eisenerz/Roh Eisen für 1966 Sätze zwischen 3 und 6 %.⁴⁾ Bei der VVB Elektrogeräte gelangten im 2. Halbjahr 1964 "in drei Betriebsgruppen ... 3,7 und 12 prozentige Produktionsfondsabgabesätze zur Anwendung, mit denen etwa

-
- 1) A. Keller, Erkenntnisse aus dem ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 16.
 - 2) Goldschmidt und Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 16. - H.J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 24.
 - 3) Goldschmidt und Langner, Die Produktionsfondsabgabe, S. 56.
 - 4) Ebenda, S. 62.

50 % des erwirtschafteten Gewinns im Durchschnitt der jeweiligen Gruppen erfaßt werden."¹⁾

Wie sahen die Auswirkungen der Produktionsfondsabgabe auf die Nettogewinnbildung und damit auf die betrieblichen Prämienzuführungen aus? In 19 von den insgesamt 24 Betrieben, in denen also, wie bekannt, die geplante Produktionsfondsabgabe hauptsächlich im Umlaufmittelbereich überschritten wurde, hatte die Produktionsfondsabgabe "nur in wenigen Betrieben Auswirkungen auf die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds. In 18 Betrieben blieb z.B. die Zuführung zum Betriebsprämienfonds bei einer Bindung an die Erfüllung des Nettogewinns trotz höherer Produktionsfondsabgabe unverändert. Davon erhielten 12 Betriebe die zulässige Höchstzuführung zum Betriebsprämienfonds, da die Auswirkungen der übrigen auf den Nettogewinn wirkenden Faktoren so stark sind, daß die Überschreitung der Fondsabgabe oft überhaupt nicht ins Gewicht fällt. In einigen Betrieben hätte sogar bei einem noch wesentlich stärkeren, vom Plan abweichenden Anwachsen der Fonds die Höchstzuführung erfolgen können. Die Übererfüllung des Restgewinnplanes war so hoch, daß die zusätzliche Zuführung zum Prämienfonds bis zur Höchstgrenze weit unter 60 Prozent des Überplangewinnes blieb. Eine weitere Erhöhung des Fondsabgabesatzes führt hier nicht zum Ziel, da dann der planmäßige Restgewinn kleiner und seine relative Beeinflussung immer größer wird."²⁾

Aus dem Dargelegten wird folgendes deutlich:

Erstens: Es gibt keine ökonomischen Kriterien für die Auswahl der Produktionsfondsabgabesätze. Zweitens: Selbst bei bester Auswahl der Produktionsfondsabgabesätze stellt die Produktionsfondsabgabe für die Betriebe, die in der Regel in der Lage sind, den Gesamtgewinn durch andere Faktoren zu manipulieren, mehr oder weniger eine Art staatlicher "Zwangs-

1) H.J. Schulz, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 25.

2) Ebenda.

abgabe" dar, die nicht gewinnwirksam ist. Der einzige denkbare Fall, in dem die Produktionsfondsabgabe in dem Sinne wirksam wird, daß eine Einsparung der Produktionsfondsabgabe erstrebt wird, dürfte m.E. der sein, in dem etwa infolge eines zu massiven Kennziffernvorgabebezangs von seiten der VVB den Betrieben die Manipulation des Gesamtgewinns aus der Hand gleitet. Sie können also die vorgegebene Gewinnkennziffer nicht erwirtschaften. Um den Nettogewinn und die entsprechende Prämienzuführung nicht allzu tief sinken zu lassen, müssen sie dann versuchen, die Produktionsfondsabgabe möglichst einzusparen. Es ist sogar vorgekommen, daß in manchen Fällen, wie das Experiment VVB Elektrogeräte zeigt, "die Wirkung der übrigen auf den Nettogewinn wirkenden Faktoren in negativem Sinne so groß war, daß sie die Fondseinsparung bei weitem überwog. Hier hob die beträchtliche Untererfüllung des Nettogewinnplanes die Hebelwirkung der Fondsabgabe auf."¹⁾

Wenn wir uns erinnern, daß in diesen Betrieben die geplante Produktionsfondsabgabe infolge der Differenzierung der Produktionsfondsabgabesätze jeweils etwa 50 % des Gesamtgewinns der Betriebe ausmacht, so wird aus den beiden dargelegten Fällen, in denen also sowohl die Übererfüllung des Gesamtgewinns als auch die Untererfüllung des Nettogewinnplanes die Produktionsfondsabgabe als ökonomischen Hebel außer Kraft setzen, deutlich, daß entscheidend für die Wirksamkeit der Produktionsfondsabgabe nicht nur die Höhe der Produktionsfondsabgabesätze und damit die Produktionsfondsanteile am Gesamtgewinn, sondern in starkem Maße auch der Grad der Manipulierbarkeit der vorgegebenen Gewinnkennziffern sind.

Es ist deshalb kein Wunder, daß im Anschluß an die Ergebnisse

1) Ebenda. - H.J. Schulz, Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe im System ökonomischer Hebel, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 11 (1965), S. 1792.

der Experimente u.a. folgendes gefordert wird:

"Es muß eine reale optimale Planung des Produktionsprozesses erreicht werden, so daß auch der Bereich der Planerfüllung, insbesondere der Gewinnplanerfüllung, in sehr engen Grenzen liegt, d.h. die Hebel müssen die Betriebe zu einer realen und optimalen Planung aller Seiten des Produktionsprozesses veranlassen."¹⁾

Was bedeutet dies? Man strebt die Ausarbeitung realistischerer Gewinnkennziffern vermittels der Gestaltung anderer ökonomischer Hebel an. Wenn der Grad der Manipulierbarkeit zu klein ist, dann müssen die Betriebe der Produktionsfondsabgabe mehr Aufmerksamkeit schenken.

Wenn wir nun aber auf unsere Analyse der vielfältigen Manipulationsmöglichkeiten der Gewinnkennziffer zurückblicken, dann steht fest, daß diese Forderung nie erfüllt werden kann. Somit ist die Produktionsfondsabgabe als ökonomischer Hebel systemimmanent von vornherein im großen und ganzen zum Scheitern verurteilt; systemimmanent deshalb, weil die Manipulierbarkeit des Gewinns nichts anderes bedeutet, als daß infolge der Undurchplanbarkeit des wirtschaftlichen Gesamtprozesses das Hilfsverfahren, das sich in diesem Fall in den planmethodischen Bestimmungen zur Ermittlung und Vorgabe der Gewinnkennziffer niederschlägt, stets zu wünschen übrig läßt. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß es bislang keine planmethodische Lösung gegeben hat noch geben kann, exakte und damit manipulationsfreie Gewinne und andere relevante Kennziffern auszuarbeiten.

Infolge des Versagens der Produktionsfondsabgabe als ökonomische Kontrolle bleibt der Zentrale nichts anderes übrig,

1) H.J. Schulz, Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 1792 f; derselbe, Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 25.

als sich nun wiederum der herkömmlichen betriebsexternen Kontrollen zu bedienen. So wird mit der amtlichen Einführung der Produktionsfondsabgabe auch noch einerseits gesetzlich angeordnet, daß die Produktionsfondsabgabe "so in den sozialistischen Wettbewerb und in die innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung einzubeziehen [ist], daß die Werktätigen durch geeignete Lohnformen ... und Prämiensformen materiell daran interessiert werden, die Produktionsfondsabgabe rationell auszunutzen"¹⁾, eine Forderung, die überdies auch schon als Experiment durchgeführt worden ist.²⁾ Andererseits wird auch beispielsweise mit der Planausarbeitung 1967 eine Massenkontrolle "Auslastung der Grundmittel" von der Arbeiter-Bauern-Inspektion veranstaltet, um über die Betriebsleitung hinweg von außen her die Ausnutzung der einzelnen Maschinen an Ort und Stelle zu überwachen.³⁾

F. Die Produktionsfondsabgabe und die Investitionseffizienz

1. Nun kommen wir zu einem anderen entscheidenden Aspekt der Hebelfunktion der Produktionsfondsabgabe. Wie dargelegt, sollten durch die Einführung der Produktionsfondsabgabe die Betriebe dazu angeregt werden, die Betriebsanlagen intensiver auszunutzen, nämlich in dem Sinne, daß entweder, bei gleich-

-
- 1) Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe, in: GBl. d. DDR, a.a.O., S. 262.
 - 2) Goldschmidt und Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 33.
 - 3) Vgl. Massen-Kontrolle "Auslastung der Grundmittel", Interview der Redaktion "Die Wirtschaft" mit Georgi, dem Minister für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, und Grunau, dem Mitglied des Komitees der Arbeiter-Bauern-Inspektion und Leiter der Inspektion Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau, in: Die Wirtschaft Nr. 19 (1966), vom 12.5.66, S. 3 f.;
o. Verf., Der Leiter ist für die Ökonomie der Grundfonds seines Bereiches verantwortlich, in: Die Wirtschaft Nr. 22 (1966), vom 2.6.66, S. 10 f.; - Lutz Meinel, Zu höherer Effektivität der Grundfonds im sozialistischen Wettbewerb, in: Die Wirtschaft Nr. 15 (1966), vom 14.4.66, S. 19.

bleibenden Anlagegütern, der Gesamtgewinn und dadurch der Nettogewinn gesteigert werden oder, bei gleichbleibendem Gesamtgewinn, durch Einsparung von Anlagegütern eine Steigerung des Nettogewinns eintritt. Analog hierzu wird von der Zentrale angestrebt, daß die Betriebe nun ihrer Investitionseffizienz (Nutzeffekt der Investitionen) größere Aufmerksamkeit zuwenden.¹⁾ Weil sie nun für die durch die Neuinvestition entstehenden Anlagegüter entsprechend Produktionsfondsabgabe entrichten müssen, würden sie, so wird postuliert, die Investitionen so projektieren und realisieren lassen, daß ein höherer Gewinnzuwachs erreicht würde, d.h., die Produktionsfondsabgabe müßte die Betriebe anregen, die Neuinvestitionen so vorzunehmen, daß eine Steigerung der betrieblichen Rentabilitätsrate (hier Gesamtgewinn : Grund- und Umlaufmittelfonds) eintritt.

Wenn wir nun in Betracht ziehen, daß durch die gegenwärtige Differenzierung der Produktionsfondsabgabesätze der betriebliche Gesamtgewinn stets größer ist als die Produktionsfondsabgabe, so wird deutlich, daß die oben genannte Rentabilitätssteigerung durch die Neuinvestitionen folgendes aussagt: Durch die Neuinvestitionen steigt zwar die Produktionsfondsabgabe, aber der Gesamtgewinn steigt noch schneller, so daß sich eine Erhöhung des Nettogewinns ergibt. So wird nicht nur die auf den durch die Neuinvestition neu entstehenden Anlagefonds erhobene Produktionsfondsabgabe, sondern darüber hinaus noch ein Mehrgewinn erwirtschaftet. Dieses Resultat sollte also vermittels der Produktionsfondsabgabe bewirkt werden.²⁾ Wenn wir nun die Produktionsfondsabgabe, die hier einen Abzug vom Gesamtgewinn darstellt als eine nachträgliche Kostenkorrektur behandeln würden, so würde dies bedeuten, daß der Produktionsfondsabgabe gewisser-

1) Vgl. Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen - Investitionsverordnung vom 25.9.64, in: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 95 (1964), § 6 (3), S. 786.
2) Vgl. R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 29.

maßen "die Grenzauslesefunktion" des Zinses in der Marktwirtschaft zuerkannt oder gar zugewiesen würde. - Durch das Wirksamwerden der Produktionsfondsabgabe würden also die mitteldeutschen Betriebe ökonomisch interessiert sein, nur solche Investitionsvarianten auszuwählen, die zumindest die Erwirtschaftung der Produktionsfondsabgabe (bzw. des Zinses) sichern, die womöglich noch eine Nettogewinnsteigerung (bzw. Gewinnsteigerung) mit sich bringen.

2. Wird dieser Gedanke durch die vorgelegten Experimentierergebnisse bestätigt? Bei den Experimenten der VVB Elektrogeräte wurde festgestellt, daß "die Einflußnahme der Fondsabgabe auf die Projektierung und Realisierung eines hohen Nutzeffektes der Investitionen ungenügend ist", was sich darin zeigt, "daß die Betriebe durch die Fondsabgabe nicht oder nur in einzelnen Fällen zu einer sorgfältigen Analyse des Nutzeffekts veranlaßt werden".¹⁾

Ursächlich verbunden ist diese Erscheinung mit der Planung der Fondsabgabe und, davon abgeleitet, des Nettogewinns. Die Planung der Fondsabgabe erfordert, die Fondsentwicklung genau zu bestimmen. Im Prinzip können für die Planung der Fondsentwicklung alle planmäßigen Fondserweiterungen, d.h. auch die zu aktivierenden Investitionen, angesetzt und demzufolge in die Ermittlung des Durchschnittsbestands, der die Grundlage für die Planung der Fondsabgabe bildet, einbezogen werden. Dabei bleibt unberücksichtigt, ob auf die Erweiterungen mindestens Fondsabgaben erwirtschaftet werden oder nicht; in jedem Falle wird der allgemeine Fondsabgabesatz angewandt, so daß die mehr oder weniger hohe Effektivität der Fondserweiterung letztlich im planmäßigen Nettogewinn anerkannt wird. Das soll an einem schematischen Beispiel deutlich gemacht werden:

1) H.J. Schulz, Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe..., a.a.O., S. 1805.

1. Fall:

	Fonds	Produktions- fondsabgabe 10 Prozent	Gewinn	Nettogewinn
Basis	1000	100	200	100
Δ J	100	10	25	15

Die Investition hat einen hohen Nutzen, die Fondsabgabe wird erwirtschaftet und darüber hinaus ein Nettogewinn geschaffen. Dementsprechend steigt der planmäßige Nettogewinn um die Differenz $25 - (100 \times 10/100)$ auf 115.

2. Fall:

	Fonds	Produktions- fondsabgabe 10 Prozent	Gewinn	Nettogewinn
Basis	1000	100	200	100
Δ J	100	10	5	- 5

Die Investition hat einen geringen Nutzen, die Fondsabgabe wird nicht erwirtschaftet. Da jedoch die Investition in die planmäßige Fondserweiterung eingeht, wird auf Grund der gegenwärtigen Praxis auf Δ J der einheitliche Fondsabgabesatz angewandt, so daß der geplante Nettogewinn um die Differenz von $5 - (100 \times 10/100)$ fällt, d.h. auf 95.¹⁾

3. Hieraus dürfte folgendes zu ersehen sein: Entscheidend für die Betriebe ist nicht die Frage, ob die Neuinvestition "rentabel" im Sinne einer Erwirtschaftung der Produktionsfondsabgabe ist oder nicht, sondern die Frage nach der Möglichkeit der Erfüllung des neuen Nettogewinnplanes, wobei es vorerst den Betrieben gleichgültig sein dürfte, ob der planmäßige Nettogewinn in seiner absoluten Höhe durch die Neuinvestition etwa kleiner oder größer geworden ist. Die Betriebe stehen lediglich der Tatsache gegenüber, daß der

¹⁾ H.J. Schulz. Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 1805 f.

anfallende Anlagenzugang einerseits eine Erhöhung der Produktionsfondsabgabe und andererseits eine Erhöhung des Gesamtgewinns zur Folge hat, was sich dann in einer positiven oder negativen Änderung des planmäßigen Nettogewinns niederschlägt, auf dessen Erfüllung es letzten Endes ankommt - mehr nicht.

Von daher sind die Betriebe nicht dazu gezwungen, im Plan jeweils die effizienteste Investitionsvariante auszuweisen. Dieses Verhalten könnte allerdings noch dadurch verstärkt sein, daß in der Praxis der "Nutzeffekt" der Neuinvestitionen nicht je für sich getrennt ausgewiesen werden kann. Die neuen Anlagegüter werden einfach in den gesamten Produktionsfonds eingegliedert; auf den neuen Gesamtfonds wird dann der gegebene Produktionsfondsabgabesatz angewendet; und da man gewissermaßen von der Manipulierbarkeit des Gewinns her nicht unbedingt zu einer effizienten Projektierung und Realisierung der Investitionen genötigt ist, ist die Produktionsfondsabgabe als Stimulans einer effektiveren Investitionsauslese wenig wirksam.

4. Im Anschluß hieran läßt sich die Frage stellen: Könnte man die Rentabilität (im Sinne von Erwirtschaftung der Produktionsfondsabgabe) nicht zum verbindlichen Investitionskriterium deklarieren? Dies ist ein seit langem diskutiertes Problem. Ohne hierauf näher eingehen zu können, sei auf folgendes hingewiesen: Das eigentliche Problem bei der Einführung der Produktionsfondsabgabe als Investitionskriterium braucht u.E. nicht darin zu liegen, daß infolge der notwendigen Differenzierung der Produktionsfondsabgabesätze "ein Vergleich der ökonomischen Effizienz von Investitionen in verschiedenen Wirtschaftszweigen auf der Basis der Rentabilität"¹⁾ nicht möglich wäre. Vielmehr besteht das Problem

1) K.C. Thalheim, Die Wirtschaft der Sowjetzone, in: Krise und Umbau, a.a.O., S. 80.

darin, daß eine einseitige Orientierung auf die Rentabilität (im Sinne von Erwirtschaftung der Produktionsfondsabgabe) bei der Investitionsentscheidung die Rückflußdauer als Investitionskriterium aufheben könnte.¹⁾ Es ist durchaus denkbar, daß dann Investitionsvarianten ausgewählt würden, die zwar eine hohe Rentabilität versprechen, daß aber infolge allzu hohen Investitionsaufwandes die Rückflußdauer nicht eingehalten werden könnte, was zur Folge haben würde, daß volkswirtschaftliche Investitionsmittel durch solche Auswahl zu lange gebunden wären.²⁾ Deshalb ist in der mitteleuropäischen Praxis nach wie vor die Rückflußdauer Investitionskriterium und nicht die Produktionsfondsabgabe.³⁾

G. Produktionsfondsabgabe und "Zinsverhalten"

1. In der westlichen wie auch in der östlichen Fachliteratur wird nicht selten die Produktionsfondsabgabe dem Zins gleichgesetzt. Aus unserer Analyse dürfte deutlich geworden sein, daß die Produktionsfondsabgabe im System zentraler Lenkung doch nicht so funktionieren kann wie der Zins in der Marktwirtschaft. Nun haben wir aber auch im Verlauf der Analyse gesehen, daß die Produktionsfondsabgabe gegenüber dem Zins noch einige Sondermerkmale enthält. Es scheint angebracht,

-
- 1) Zu Funktion und Problematik der Rückflußdauer als Investitionskriterium vgl. u.a. K. Diekmann, Wirtschaftsrechnung, Investition und Wachstum in einer ZVW (= Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der FU Berlin, Hrsg. K.C. Thalheim, Bd. 2), Berlin 1960, S. 24-29; - ferner: G. Winkler, Zur Problematik der Kennziffer Rückflußdauer von Investitionen, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 8 (1966), Berlin (-Ost), S. 126.
 - 2) R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 90.
 - 3) Ebenda, S. 89; - ferner: Entwurf einer Rahmenmethodik zur Ermittlung des ökonomischen Nutzeffekts von Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Die Wirtschaft Nr. 28 (1965), Beilage. - Vgl. auch Niemetz, Der Zuwachs an Nationaleinkommen zeigt den Nutzen der Investitionen - exakte Kennziffern sind notwendig, in: Die Wirtschaft Nr. 2 (1966), S. 18.

darzustellen, wie die Betriebe sich dann verhalten würden, wenn solche Sonderregelungen aufgehoben würden.

Vorerst seien die Sondermerkmale dargelegt:

Erstens: Während in den westlichen Unternehmungen der Zins in der Regel u.a. auf den Nettowert der Anlagegüter (Anschaffungs- bzw. Wiederherstellungspreis ./ . Abschreibungen) bezogen wird, wird der Ermittlung der Produktionsfondsabgabe der Bruttowert der Anlagegüter zugrunde gelegt.¹⁾

Zweitens: Während in allen westlichen Unternehmungen bei der kalkulatorischen Zinsermittlung einheitlich der landesübliche Zinsfuß gilt, werden den mitteldeutschen Betrieben differenzierte Produktionsfondsabgabesätze vorgegeben.

Drittens: In den westlichen Unternehmungen gehen die Zinsen in die Selbstkosten der Produkte ein; in Mitteldeutschland wird die Produktionsfondsabgabe als Bestandteil des betrieblichen Gewinns behandelt.

Wie sich derartige Sonderregelungen des Zinses in das System der zentralen Wirtschaftsrechnung der Zentralverwaltungswirtschaft einordnen lassen, sei dahingestellt. Wir wollen nur aufzeigen, wie sich die Betriebe ohne solche Sonderregelungen verhalten würden.

Die Notwendigkeit, die Produktionsfondsabgabesätze je nach Höhe der Rentabilitätsrate für die einzelnen Betriebe zu differenzieren, haben wir bereits erörtert. Zu behandeln bleibt hier also die erste und insbesondere die dritte Sonderregelung.

2 a) Wenn die Produktionsfondsabgabe dem Zins wesnsgleich sein sollte, dann müßte eigentlich der Nettowert als Bezugsbasis zur Ermittlung der Produktionsfondsabgabe gelten.²⁾

-
- 1) Vgl. Anordnung Nr. 1 zu den Grundsätzen für die Einführung der Produktionsfondsabgabe ..., in: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 42 (1966), § 3 (1 a), S. 263.
- 2) Vgl. H. Nick, Wie geht es mit der Produktionsabgabe weiter? In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 3 (1966), S. 11.

Wenn dies der Fall wäre, dann würde die Bezugsbasis bei dem derzeitigen Abschreibungsverfahren linear zur Nutzungsdauer der Anlagegüter sinken. Die Betriebe würden dann - nach mitteldeutschen Überlegungen - nicht daran interessiert sein, technisch und ökonomisch veraltete Anlagegüter durch neue zu ersetzen, denn durch den Ersatz würde die Bezugsbasis der Produktionsfondsabgabe sofort hochschnellen. "Auch unter Berücksichtigung der steigenden Reparaturkosten beim fortschreitenden Alter der Grundmittel würde die Produktionsfondsabgabe - auf der Basis des Nettowertes - dazu führen, die ökonomisch begründete Nutzungsdauer der Grundmittel zu überschreiten. Damit würde der technische Fortschritt gehemmt, weil das materielle Interesse der Betriebe auf das Erreichen eines hohen Nettogewinns gerichtet ist."^{1) 2)}

b) Wenn die Produktionsfondsabgabe dem Zins wesensgleich sein sollte, müßte sie ebenfalls preiswirksam sein in dem Sinne, daß sie als Kostenbestandteil in die Preiskalkulation (staatliche Preisermittlung) der Betriebe eingeht.³⁾

Aber was würde dann erfolgen? Hierbei sind zwei Fälle zu

-
- 1) W. Oelschlägel, G. Seidel, Erste Ergebnisse des ökonomischen Experimentes Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 21; vgl. ferner H. Nick, Wie geht es mit der Produktionsabgabe weiter? a.a.O., S. 11. - Über die verschiedenen Vor- und Nachteile des Brutto- und Nettowertes als Bezugsbasis der Produktionsfondsabgabe vgl. insbesondere R. Goldschmidt u. E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 69 ff.
 - 2) Dieses Argument würde in der Praxis jedoch deshalb an Schärfe verlieren, weil, wie die Experimente gezeigt haben, der Einfluß der Produktionsfondsabgabe auf den Gewinn unbedeutend ist.
 - 3) Während dies in Ungarn seit der Einführung der Produktionsfondsmittelgebühren seit 1.1.1966 der Fall ist (vgl. R. Goldschmidt, E. Langner, Die Produktionsfondsabgabe, a.a.O., S. 61), wird dieses Problem in den mitteldeutschen Fachzeitschriften, soweit bekannt ist, gar nicht zur Diskussion gestellt, nicht einmal von Nick, der die Auffassung vertritt, daß die Produktionsfondsabgaben mit dem Zins identisch und als Maß- und Geldausdruck der Aufwandart "Vorschuss" zu verstehen sei. (H. Nick, Produktionsfondsabgabe und Kreditzins, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14)

unterscheiden. Wo Festpreise für die Betriebe gelten, dürfte es für die Betriebe gleichgültig sein, ob nun die Produktionsfondsabgabe in die Selbstkosten eingerechnet wird oder ob das jetzige "Gewinnabzugsverfahren" herrscht; denn das letztere Verfahren stellt praktisch eine nachträgliche Kostenkorrektur dar und ist relevant, wenn die Produktpreise der betreffenden Betriebe Kalkulationspreise sind. Denn hier würden die Betriebe - wie aus unserer Analyse über die Manipulation der Bruttoproduktions-, Warenproduktions- und Gewinnkennziffer klar sein dürfte - nicht nur kein Interesse an der Verminderung der Produktionsfondsabgabe haben, sondern sie würden sicherlich mit den Produktionsfonds "großzügig" verfahren. Wahrscheinlich hat man deshalb schon von vornherein damit gerechnet, daß die Produktionsfondsabgabe nicht in die Selbstkosten eingerechnet wird.¹⁾

H. Der Zins im System der zentralen Investitionslenkung

1. Wir haben bereits gesehen, daß die Produktionsfondsabgabe mitteldeutscher Prägung, sowohl von ihrer Funktion als von ihrem Wesen her betrachtet, erheblich von unseren "Zinsvorstellungen" abweicht. Selbst wenn die Rentabilität (im Sinne von Erwirtschaftung des Zinses durch Gewinnzuwachs) als Investitionskriterium verbindlich festgelegt würde, so dürfte der Zins, abgesehen von den oben angegebenen Sonderregelungen im System der zentralen Lenkung noch lange nicht den marktwirtschaftlichen Zinsfunktionen gleich sein, die als Determinanten der unternehmerischen Rentabilitätsrechnung bekanntlich den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß nach den Konsumentenwünschen lenken.

(1965), S. 6 ff.; insbesondere ders., Der Zins - Maß und Geldausdruck der Aufwandsart 'Fondsvorschuß', in: Wirtschaftswissenschaft Nr. 5 (1965), S. 709; ders., Zum ökonomischen Inhalt des Zinses, ebenda, Nr. 10 (1965), S. 1621.

1) K.C. Thalheim, Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau, a.a.O., S. 80.

Im System der zentralen Lenkung geschieht dies auf andere Weise. Der gesamte Reproduktionsprozeß wird von der Zentrale nach ihren Nutzensvorstellungen im großen und ganzen bereits autoritär vorbestimmt. Die Produktionsfaktoren werden dann entsprechend verteilt und eingesetzt. Auf diese Weise wird der Auslesemechanismus des Zinses - wie wir ihn in der Marktwirtschaft kennen - bereits von vornherein durch die zentrale Planung und Lenkung stillgelegt. Worum es sich dann noch handelt, ist nur die Auswahl der einen oder anderen "Investitionsvariante", nämlich, was besonders wichtig ist, für die gleichen herzustellenden Güterarten oder Gütergruppen. Es wird nun z.B. den Betrieben überlassen, die möglichen Varianten auszuarbeiten, miteinander zu vergleichen und die - sei es nach der Rückflußdauer oder nach der Rentabilität - ausgewählten Varianten den übergeordneten Lenkungsorganen vorzulegen. Nach Bewilligung werden dann die betreffenden Investitionsvarianten zu "staatlichen Investitionsvorhaben". Von diesem Gesamtsystem der zentralen Investitionslenkung her betrachtet, würde der Zins eigentlich nichts anderes als eine bloße Hilfsgröße für die Zentrale darstellen, eben zur Ermittlung der "relativ" billigeren Investitionsprojekte, eine Hilfsgröße, wie die Rückflußdauer normative oder die Gewinnkennziffer, deren sich die Zentrale infolge der Undurchplanbarkeit des volkswirtschaftlichen Prozesses bedient.

So gesehen dürfte anzuzweifeln sein, ob man der Produktionsfondsabgabe noch den Zinscharakter zukommen lassen kann. Dieser Zweifel wird noch verstärkt, wenn man bedenkt, daß für die Betriebe das Ausmaß des Gewinnzuwachses (hier also jedenfalls über den Zinsaufwand hinaus) eigentlich belanglos sein dürfte. Relevant für sie ist allein die Erfüllung des nach der Anbetriebnahme der Neuinvestitionen errechneten Nettogewinnplanes.

2. Der einzige Bereich, in dem die "Auslesefunktion" des Zinses - selbstverständlich nur im Sinne von Auslese der Investitionsmittel und nicht der Investitionsrichtung - wirksam ist, dürfte in der Durchführung der zusätzlichen Investitionen liegen, die im Verlaufe des Planjahres außerhalb des Investitionsplanes erfolgen. Hierbei handelt es sich meistens um Kleininvestitionen in Form von Rationalisierungsmaßnahmen. Diese unterstützen nach offizieller Ansicht die Erfüllung der Aufgaben des Betriebes und sind zugleich Basis für eine Übererfüllung des Planes.¹⁾ Durch solche zusätzlichen Investitionen entstehen u.a. auch Anlagegüter, die die Summe der geplanten Produktionsfondsabgabe vergrößern. Ein solches Mehr an Zinsaufwand müssen die Betriebe ja durch Übererfüllung des planmäßigen Nettogewinns erwirtschaften.

Dieser "Zinseffekt" wird an sich auch schon durch die Rationalisierungskredite ausgelöst, die seit jeher von den Banken den Betrieben zur Finanzierung der zusätzlichen Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Die Betriebe müssen im Jahre der Kreditaufnahme nicht nur Zinsen, sondern auch noch Tilgungsraten aus dem Überplangewinn zurückzahlen.²⁾

Hierzu ist zu bemerken, daß solche zusätzlichen Investitionen sicherlich nicht selten Manipulationen im Rahmen der weichen Planung der Betriebe sind, und zwar so, daß die Betriebe sie bei der Aufstellung des Jahresplanes absichtlich nicht einbeziehen.³⁾

-
- 1) Die Finanzen der Industrie in der DDR, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von H. Brandt, E. Knaute, E. Seifert, Berlin 1966, S. 209.
 - 2) Vgl. Betriebsökonomik-Industrie, Teil 2, Berlin 1966, S. 207; 1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen und Kredite für Rationalisierungsmaßnahmen vom 22.2.1965, in: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 30 (1965), S. 213 ff.; vgl. auch Investitionsverordnung vom 25.9.1964, ebenda, Nr. 95 (1964), § 31.
 - 3) Vgl. Kleinigkeiten oder Grundsatzfragen? Kommentar der Redaktion, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 5 (1965), S. 61.

In diesem Zusammenhang sei bemerkt: Eine derartig weiche Manipulation wird insbesondere dadurch ermöglicht, daß es in der Praxis "weitgehend an der Möglichkeit einer exakten Abgrenzung zwischen planmäßiger und zusätzlicher Investition (fehlt)."¹⁾ Die Tendenz geht dahin, "besondere nutzbringende Rationalisierungsmaßnahmen durch Rationalisierungskredite und weniger effektive Maßnahmen aus planmäßigen Mitteln zu finanzieren."¹⁾

VI. Die ökonomische Qualitätskontrolle

A. Die Bruttoproduktion und die Qualitätsverschlechterung

Wir kommen nun zu zwei anderen entscheidenden Aspekten der ökonomischen Ineffizienz des Systems der zentralen Lenkung: einerseits dem permanenten Hang der Betriebe zur Qualitätsverschlechterung ihrer Erzeugnisse und andererseits der Abneigung der Betriebsführung, technische Fortschritte einzuführen. Diese beiden Mängel entwickeln sich im Rahmen des wirtschaftlichen Wettbewerbs der Ostblockstaaten mit den marktwirtschaftlich orientierten Staaten zunehmend zu akuten Problemen. Die Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt, wo die Produkte auf ihre Kosten und ihre Qualität hin verglichen werden, ist ein entscheidender Anlaß für die gegenwärtige Diskussion über Reformen des zentralen Lenkungsmechanismus in den meisten Ostblockländern.²⁾

Im folgenden wollen wir zuerst das Problem der Qualitäts-

-
- 1) * Schilke, Durch Rationalisierungskredite hoher Nutzen der Investitionen, in: Die Wirtschaft Nr. 13 (1966), S. 14.
2) Vgl. Erik Boettcher, Die zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel. (= Referat auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Sozialpolitik) in Hannover 1966, Manuskript, S. 15.). - Vgl. auch Horst Demmler, Das sowjetische Modell enttäuscht, in: "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11.11.1966, S. 27.

verschlechterung aufnehmen und die entsprechenden Lösungsversuche im mitteldeutschen NÖS analysieren. Die Situation des bisherigen "Qualitätsproblems" können wir folgendermaßen charakterisieren:

1. Die Planerfüllung der Betriebe wurde bisher - solange die Bruttoproduktion als allgemeiner Erfolgsindikator, d.h. als Prämiengrundlage, galt - durch die schlechtere Verarbeitung der Produkte nicht beeinflusst. Im Gegenteil, das prämienorientierte Streben der Betriebe nach Planerfüllung, insbesondere aber nach Erfüllung der sich permanent erhöhenden Selbstkostensenkungsaufgaben, führte zwangsläufig zu einer ständigen Verschlechterung der Qualität, da auf diese Weise leichter die Kosten gesenkt werden konnten.
2. Der bisherige ökonomische Hebel in Form von Preisabschlägen bei Nichterreichung der beispielsweise von dem Deutschen Amt für Material- und Warenprüfung - nicht zu verwechseln mit dem jetzigen Deutschen Amt für Meßwesen und Warenprüfung - vorgeschlagenen Qualitätsmerkmale war angeblich deshalb nicht wirksam, weil der Gewinn nicht als Hauptkennziffer fungierte.¹⁾ In gleicher Weise trug auch die mehr an quantitativen als an qualitativen Parametern orientierte Preisbildung, insbesondere für die Roh- und Einsatzmaterialien, zur Qualitätsverschlechterung bei.²⁾

"Bis vor kurzer Zeit war es für die Betriebe vor allem der Grundstoffindustrie ökonomisch relativ gleichgültig, welche Qualität sie anboten, da von den Preisen nur kein oder nur

-
- 1) Preisanordnung Nr. 1950 (Güteklassifizierung und Preisberechnung) vom 18.5.1961. In: GBl. d. DDR, Teil II, Nr. 11 (1961), S. 187 f.
Verordnung über die staatliche Material- und Warenprüfung in der DDR. In: ebenda, Teil I, Nr. 55 (1960), S. 516 f.
 - 2) Die Finanzen der Industrie in der DDR, a.a.O., S. 94. - Bernd Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnsucht? In: Die Wirtschaft Nr. 47 (1965), S. 9.

ein geringer Anreiz für Qualitätsverbesserung ausging."¹⁾

3. Übrig blieb also die administrative Ersatzkontrolle. Träger dieser Kontrolle war das oben erwähnte Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung - ein umfassender Verwaltungsapparat mit zahlreichen Prüfdienststellen als untersten Kontrollorganen.²⁾

Die Wirksamkeit derartiger administrativer Kontrollen ist jedoch immer in Zweifel zu ziehen. Die mitteldeutsche Regierung bemerkte bei Einführung des NÖS über das Qualitätsproblem selbst folgendes:

"Die verantwortlichen Leiter der VVB und Betriebe wurden ungenügend von der Ökonomie her an der Qualität interessiert. Oft werden die Steigerung der Produktion oder die Senkung der Kosten zu Lasten der Qualität betrieben. Der Versuch, durch Einzelhebel an der Erfüllung der Qualitätsfestlegung des Planes Neue Technik zu interessieren, durch Kontrollenerhebungen über den Stand im Vergleich zum Welt-niveau und durch einzelne rein organisatorische Festlegungen über die Rolle der Gütekontrolle und anderer Maßnahmen die fehlende Verbindung des Qualitätsproblems mit der Ökonomie der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu ersetzen, führte nicht zum Erfolg."³⁾

B. Das neue System der qualitätsorientierten Preisdifferenzierungen

An diesem System lassen sich schon die eingeschlagenen Lösungswege in der mitteldeutschen Reform erkennen. Mit der

-
- 1) Wilhelm Schmidt, Gewinn und Qualität ein Gegensatz? In: Die Wirtschaft Nr. 2 (1966), S. 3.
 - 2) Verordnung über das Statut des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung der DDR vom 5.11.1964. In: GBl.d.DDR Teil II, Nr. 6 (1965), S. 25 f.
 - 3) Richtlinie für das neue ökonomische System, a.a.O., S. 88.

Einführung des Gewinns als Haupterfolgsindikator hofft man, künftig das bestehende System der qualitätsorientierten Preisdifferenzierung zur Wirksamkeit zu bringen. So wird bereits in der Richtlinie angekündigt, "um eine qualitätsgerechte Produktion zu sichern, ist es notwendig, Preisdifferenzierungen auf der Grundlage einheitlicher staatlich festgesetzter Preise zu schaffen. Diese ermöglichen es den Lieferanten und Abnehmern von Erzeugnissen, auf der Grundlage technisch-ökonomischer Kennziffern Preiszuschläge oder -abschläge anzuwenden, die natürlich von überprüfbaren Qualitätsmaßstäben abhängen müssen."¹⁾

Die gesetzliche Grundlage hierfür bietet hauptsächlich die am 29.1.1964 vom Ministerrat erlassene Verordnung über die Preisbildung nach der Güteklassifizierung des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung (DAMW).²⁾ Diese Preisbildungsverordnung gilt vorerst für Erzeugnisse der Eisen- und Metallverarbeitung, die von Betrieben der volkseigenen Industrie hergestellt und durch das DAMW klassifiziert werden.³⁾ Dieser Grundsatz der qualitätsorientierten Preisdifferenzierung wird jedoch durch die im Rahmen der Industriepreisreform erlassenen Preisanordnungen auch auf Waren anderer Wirtschaftszweige ausgedehnt.⁴⁾ Von da her wird das "Qualitätsproblem" zu der Frage nach dem Erfolg der Industriepreisreform überhaupt, deren Hauptaufgabe u.a. darin liegt, durch verfeinerte Preisdifferenzierung nach Qualitätsmerkmalen bei gleichen Produkten - und analog hierzu nach den "Gebrauchswerten" der zur Produktion verwendeten Materialien und ihrer Substitutionsprodukte - die Betriebe zu einer sparsamen Verwendung hochwertiger Produkte bzw. zu

1) Ebenda, S. 72.

2) Verordnung über die Preisbildung nach der Güteklassifizierung des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung (Preisbildungsverordnung Güteklassifizierung) vom 29.1.1964. In: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 14 (1964), S. 117 f.

3) Ebenda (§ 1, Abs. 1), S. 117.

4) Die Finanzen der Industrie in der DDR, a.a.O., S. 87 u. 94; und B. Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnwunsch, a.a.O., S. 9.

ökonomischem Einsatz austauschbarer Produktionsfaktoren anzuregen.¹⁾

Nach dieser PVO-Güteklassifizierung erfolgt die Preisbildung der betrieblichen Produktion grundsätzlich nach den kalkulationsfähigen Selbstkosten für Güteklasse "1".

"Bei Güteklasse "Q" wird ein Preiszuschlag von 2 Prozent zum Betriebspreise gewährt, für Güteklasse "2" ein Abschlag von 5 Prozent festgelegt. In begründeten Fällen, d.h. vor allem dann, wenn es gilt, bestimmte Qualitätsmängel im volkswirtschaftlichen Interesse kurzfristig zu beseitigen, kann bei Gütezeichen "2" von diesen 5 Prozent abgewichen und ein höherer Abschlag angewandt werden. Gleichermäßen kann das DAMW auf Antrag der zuständigen Organe der Industrie, insbesondere um eine ökonomisch falsche Qualitätsorientierung zu unterbinden, auf diesen 5prozentigen Abschlag verzichten und ihn reduzieren."²⁾ Diese neue PVO-Güteklassifizierung stellt ihrem Wesen nach eine Modifizierung der bisherigen "PAO-Güteklassifizierung und Preisberechnung von 1961" dar. Letztere hatte hauptsächlich zum Inhalt, daß die Herstellerbetriebe für Erzeugnisse, die nicht mindestens die Gütegrenze erreichen (Aberkennung des Gütezeichens), Preisabschläge in Höhe der vom damaligen DAMW festgestellten Wertminderungen zu gewähren haben.³⁾ So gesehen, enthält die neue PVO-Güteklassifizierung offensichtlich gewisse Fortschritte. Über die Sicherung der Qualität hinaus soll hier nun mittels der Preiszuschläge auch die Qualitätsforderung seitens der Betriebe bewirkt werden.

-
- 1/ Die Finanzen der Industrie in der DDR, a.a.O., S. 86 f.
 - 2/ Lutz-Peter Wagenführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, in: Die Wirtschaft Nr. 10 (1966) vom 10.3.1966, S. 8. - Preisbildungsverordnung Güteklassifizierung, § 2, Abs. 1, 2 u. 3, a.a.O., S. 117.
 - 3/ L.-P. Wagenführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, S. 8.

C. Das neue ökonomische Qualitätsverhalten

Wie sahen nun die Ergebnisse der Experimente hinsichtlich der Qualitätsverbesserung im NÖS aus? Nach reichlich zwei Jahren des Experimentierens können folgende Varianten der betrieblichen "Verhaltensweisen" festgestellt werden:

1. Es gibt eine Reihe von Betrieben, die "zur Realisierung eines hohen Kaufpreises und damit eines hohen Gewinns [versuchen], nur Erzeugnisse mit einer hohen Qualität zu produzieren und zu verkaufen."¹⁾ Dies geschieht beispielsweise seitens der Lieferanten von Hüttenaluminium, das nach verschiedenen Reinheitsgraden unterschiedliche Preise erhält. In gleicher Richtung versuchen auch die Konfektionsbetriebe, nur Erzeugnisse mit dem vom DAMW erteilten Prädikat "hochmodisch" auszubringen.¹⁾

Vom Gesamtsystem der prämienorientierten Verhaltensweise der Betriebe her betrachtet, läßt sich dieses Streben nach besserer Qualität folgendermaßen erklären: Entweder hat der Betrieb von vornherein gewisse Kostenreserven für die Arten der Qualitätsverbesserung im Verlaufe des Planjahres eingeplant, so daß durch die erfolgte Qualitätsverbesserung ohne zusätzliche Kosten eine Übererfüllung des Gewinns erzielt werden kann, oder der Betrieb hat das Ausmaß der durch die Qualitätsverbesserung verursachten Kostensteigerung durch den Zuwachs an Gewinn infolge der Preiszuschläge überkompensiert. So gesehen, läßt sich ein derartiges "Qualitätsverhalten" ebenfalls in das System der betrieblichen weichen Planung integrieren.

Vom Standpunkt der Qualitätsforderung aus gesehen, bedeutet diese Reaktion der Betriebe, die zwar im Rahmen der weichen

1) B. Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnsucht?
a.a.O., S. 9.

Pläne erfolgt, durchaus einen wirtschaftspolitischen Erfolg, den die politische Führung mit dem ökonomischen Hebel der gütebedingten Preisdifferenzierung gerade zu erzielen trachtet.¹⁾

Wichtig scheint aber, daß im Rahmen der Lenkung des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses diese Verhaltensweise auch zu einem entscheidenden Fehlschlag der pretialen Lenkung führen könnte. Denn aus naheliegenden Gründen kann das System der Preisdifferenzierung als qualitätsfördernder Hebel nur dort angewendet werden, wo die verschiedenen Erzeugnisse eindeutig bestimmbare Qualitätsmerkmale besitzen. Eine einseitige Orientierung der Betriebe auf die Herstellung von Erzeugnissen bestimmter Qualität kommt einer Sortimentsverschiebung in der bereits bekannten Weise gleich. Diese Tendenz mit ihrer nicht zu unterschätzenden negativen Wirkung tritt schon deutlich in manchen Industriezweigen zutage. So wurde berichtet, daß die oben erwähnten Herstellerbetriebe von Aluminium ihr Produktionsverfahren auf die neuen Preisdaten so umgestellt haben, daß "nur etwa 3 Prozent des gesamten Aluminiums in der unteren Güteklasse und die übrige Menge in höherer Qualität anfallen. Die Bedarfsstruktur des Jahres 1965 weist jedoch etwa 40 Prozent in der unteren Güteklasse und nur etwa 25 Prozent in der höheren Güteklasse aus."²⁾

Die unmittelbare Folge hieraus war: "Während ein Teil der Verbraucherbetriebe Aluminium mit einem höheren als dem geforderten Reinheitsgrad zwar nicht benötigt, aber verwenden kann, stehen andere Betriebe vor der Notwendigkeit, um ein für ihren Produktionsprozeß verwendbares Aluminium zu erhalten, dieses vor der weiteren Verwendung zu legieren, da-

1) Über ähnliche Erfolge insbesondere der Preisdifferenzierung nach substituierbaren Waren vgl. Neue Industriepreise fördern Qualitätsproduktion. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 19 (1966), S. 13 f.

2) B. Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnsucht? a.a.O., S. 9.

mit der Reinheitsgrad geringer wird."¹⁾

Solche Beispiels lassen sich beliebig vermehren. Von daher stellt eine derartige "Qualitätsverbesserung" praktisch nichts anderes als eine nicht sortimentsgerechte Güterversorgung der Volkswirtschaft dar, was wir bereits bei der Analyse der Gewinnmanipulationen kennengelernt haben. Akuter erscheint dieses Phänomen noch, wenn man bedenkt, daß im System der zentralen Lenkung infolge der vertrusteten Organisation der Volkswirtschaft²⁾ einerseits und dazu noch des allzu straffen administrativen Systems der materialtechnischen Versorgung andererseits ständig Materialengpässe drohen und damit die Lieferanten in der Regel gewisse Monopolstellungen³⁾ besitzen.

Aus dem Dargelegten ergibt sich für die Abnehmerbetriebe offensichtlich die Verhaltenstendenz, nach Möglichkeit nur Einsatzfaktoren einer niedrigeren oder der dem Bedarf entsprechenden Qualitätsklasse einzukaufen. So wurde beispielsweise beobachtet, daß nach der Einführung differenzierter Preise für unterschiedlichen Schwefelgehalt bei Anthrazit- oder verkokbarer Steinkohle die Abnehmerbetriebe nunmehr veranlaßt wurden, festzustellen, "welche Güteklasse für eine ordnungsgemäße Produktion benötigt wird."⁴⁾ Früher, als "es preisseitig gleich war, ob die Betriebe Produkte hoher oder weniger hoher Qualität bezogen, herrschte bei den Verbrauchern die Tendenz, höchste Qualität zu fordern."⁵⁾ Die neue Verhaltensweise dagegen vollzieht sich direkt im Einklang mit den durch die Preisdifferenzierung

1) Ebenda.

2) Vgl. Erik Boettcher, Die zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel, a.a.O., S. 12.

3) Was hemmt den Abschluß von Wirtschaftsverträgen? (=Rundtischgespräch der Zeitung "Die Wirtschaft") In: Die Wirtschaft Nr. 41 (1966) vom 13.10.1966, S. 12 f.

4) B. Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnsucht? a.a.O., S. 9.

5) Wilhelm Schmidt, Gewinn und Qualität ein Gegensatz? In: Die Wirtschaft Nr. 2 (1966), S. 3.

beabsichtigten Wirkungen und ist als solche ökonomisch durchaus positiv zu beurteilen.

Aber diese neue Verhaltenstendenz geht noch darüber hinaus. So tendierten manche Betriebe zu Mehrnachfrage nach Erzeugnissen mit Gütezeichen "2" und lehnten die Abnahme von Produkten mit Gütezeichen "Q" ab. Hierbei handelt es sich vor allem um Erzeugnisse, die als Zulieferteile in nicht prüf- und klassifizierungspflichtige Finalproduktion eingehen. Die Abnahme von solchen Erzeugnissen mit Gütezeichen "2" bedeutete für die betreffenden Finalproduzenten nämlich eine Preissenkung von 5 Prozent und somit einen echten Mehrerlös, während die Abnahme von Erzeugnissen mit Gütezeichen "Q" nicht nur keinen Vorteil, sondern rein finanziell einen Nachteil (2 % teurer) versprochen - insbesondere dann, wenn die Finalprodukte selbst nicht klassifizierungspflichtig waren oder nur Gütezeichen "1" oder "2" besaßen -, weil die Produzenten selbst nicht in den Genuß des Preiszuschlags kommen konnten.¹⁾ Ob nun diese Verhaltensweise auch im Sinne der volkswirtschaftlichen Rentabilität erfolgt, dürfte schon nicht mehr eindeutig bestimmbar sein. Als wesentlich gilt jedoch, daß Verhaltensweisen in einer derartigen Richtung durchaus zu gesamtwirtschaftlich nicht vertretbaren Resultaten führen können.

"Abnehmer von Fleisch beispielsweise versuchen, qualitativ minderwertigere Einsatzstoffe zu verwenden, weil dadurch der Gewinn höher ist als beim Einsatz qualitativ hochwertigeren. So formierte ein verarbeitender Betrieb ein Sortiment an Rind- und Schweinefleisch in den einzelnen Güteklassen, das eindeutig eine Verschiebung zugunsten der minderwertigen Güteklasse erkennen ließ. Für die Kalkulation der herzustellenden Fleischwaren wird nämlich ein Durchschnittspreis berechnet, so daß bei der Verarbeitung der Klasse I ein niedri-

¹⁾ Vgl. L.-P. Wagenführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, a.a.O., S. 8.

gerer Gewinn erzielt wird als bei einem höheren Anteil der Güten II und III.¹⁾

Hier liegt also wiederum eine nicht bedarfsgerechte Sortimentsmanipulation vor. Dieses Mal ist sie allerdings an den Kostenfaktoren orientiert, die infolge der gütebedingten Preisdifferenzierungen zu unterschiedlich hohen Gewinnspannen bei den einzelnen Sortimenten geführt haben. Das ist aber im Grunde wiederum das Kardinalproblem der zentralverwaltungswirtschaftlichen Preisbildung. Wie können nun die Preisbildungsbehörden (hier also u.a. das DAMW und das Amt für Preise als Organe des Ministerrates)²⁾, die in aller Regel nicht einmal statisch ein annähernd gleichgewichtiges System von Kostenpreisen zustandebringen können, etwa den Marktpreismechanismus ersetzen und administrativ unter ständiger Beobachtung der Veränderung der Kostendaten gewährleisten, so daß die Gewinnspannen zwischen den verschiedenen Erzeugnissen einigermaßen ausgeglichen sind?

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß aus den oben skizzierten Manipulationspraktiken der Betriebe zuweilen auch geschlossen wird, einer derartigen qualitätsorientierten "Gewinnssucht" der Betriebe sei mit einem zusätzlichen System von Produktionsreglementierungen entgegenzuwirken.³⁾ Dies würde aber einer administrativen Sortimentskontrolle gleichkommen, die ohnehin schon besteht. Interessanterweise sehen wir hier wieder, daß hinter dem System der pretialen Lenkung stets ein permanenter Drang zu administrativer Kontrolle des güterwirtschaftlichen Prozesses steht.

-
- 1) Bernd Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnssucht? a.a.O., S. 9.
 - 2) Beschluß über die Aufgaben und Verantwortlichkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane auf dem Gebiet der Preise vom 7.7.1966. In: GBl.d.DDR, Teil II, Nr. 82 (1966), § 1, S. 535; § 12, S. 539.
 - 3) Vgl. B. Martin, Qualitätssteigerung aus Gewinnssucht? S. 9.; W. Schmidt, Gewinn und Qualität ein Gegensatz? a.a.O., S. 1.

2. Nun kommen wir zu einer anderen Verhaltensvariante. Die Betriebe verhalten sich nämlich gegenüber dem Preis-anreiz zur Qualitätsverbesserung in gewisser Weise indifferent. Dies erklärt sich daraus, daß "die konstant fixierten Preiszuschläge und -abschläge ... oft ohne Einfluß auf das Betriebsergebnis und den Prämienfonds bleiben. Die beabsichtigte Hebelwirkung wird durch andere Faktoren (z.B. Kostensenkung, Produktionssteigerung) eliminiert."¹⁾ Also ein Problem, das wir bereits von der Unwirksamkeit der PFA als Determinante des Nettogewinns her kennen. Es ist natürlich auch denkbar, daß es Betriebe, die beispielsweise Einzel- und Kleinserien-Fertigung haben, gibt, denen unter den starren administrativen Qualitätsnormen der Mehraufwand für die Herstellung von Gütezeichen "Q" "in keinem Verhältnis zu der globalen Gewinnerhöhung von 2 Prozent auf den Betriebspreis steht."²⁾

Wie dem auch sei, es herrscht im allgemeinen der Eindruck, daß die Preiszuschläge und -abschläge für die Betriebe als Gewinndeterminante nicht so sehr ins Gewicht fallen. So muß nach 2 1/2-jährigen Experimenten hinsichtlich der innerbetrieblichen Qualitätsarbeit festgestellt werden, daß "die Durchsetzung des Systems der fehlerfreien Arbeit ganz offensichtlich in erster Linie vom guten Willen und der Einsicht der Leiter in VVB und Betrieben [abhängt]. Es steht noch kein ausreichender ökonomischer Zwang dahinter, ein geschlossenes System gütesichernder Maßnahmen einzuführen."³⁾

-
- 1) L.-P. Wagenführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, a.a.O., S. 8.
 - 2) Reinhold und Schmidt, Probleme der Planung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, in: Die Wirtschaft Nr. 2 (1966) vom 13.1.1966, S. 17.
 - 3) I. Raabe, Hebel müssen stärker wirken, in: Die Wirtschaft Nr. 25 (1966) vom 23.6.1966, S. 13. - Vgl. auch: Helmut Lilie und Hans Franken, Qualitätsprüfung und -kontrolle im Produktionsprozeß, in: Ebenda, Nr. 3 (1966) vom 20.1.1966, S. 10.

Daraus folgt die Überlegung, ob die Zuschlags- und Abschlagssätze erhöht werden sollten. Nach Auffassung des Abteilungsleiters Ökonomie im DAMW (März 1966) dürfte es nicht soweit führen, "einem Betrieb für ein Erzeugnis mit Gütezeichen "Q", welches einen geringen Anteil an der Gesamtproduktion hat, ein/en/ Zuschlag von 10 Prozent ... und einem anderen, bei dem das Erzeugnis mit Gütezeichen "Q" das Haupterzeugnis darstellt, nur ein/en/ Zuschlag von 2 Prozent [zu gewähren], um in beiden Fällen die gleiche Beeinflussung des Gewinns zu erzielen."¹⁾ Einem Bericht vom Oktober 1966 zufolge wird dagegen bereits eine Erhöhung der Sätze in mehreren Industriezweigen vorgenommen.²⁾ So beträgt für die einzelnen Bereifungstypen aus Gummi (z.B. Wartburg- oder Trabantreifen) für Gütezeichen "Q" der Zuschlagssatz 10 Prozent und für Gütezeichen "2" der Abschlagssatz 10 Prozent. Für Erzeugnisse der VVB Armaturen und Hydraulik, also im Industriezweig Maschinenbau, wird der als unwirksam bezeichnete Prozentsatz von 2 Prozent für Gütezeichen "Q" ebenfalls erhöht (ohne Angabe der Höhe). Der Preisabschlag für Erzeugnisse des Gütezeichens "2" wurde auf 10 Prozent festgesetzt. Bei Werkzeugen, Vorrichtungen, Holzbearbeitungsmaschinen sowie Regelungstechnik, Gerätebau und Optik wurde der Zuschlag auf 5 Prozent erhöht. Eine Erhöhung des Abschlags von 5 auf 10 Prozent wurde hier ebenfalls vorgeschlagen.³⁾

Hierzu sei bemerkt, daß - abgesehen davon, daß eine derartige Preisdifferenzierung möglicherweise das ohnehin schon mehr oder minder stark verzerrte Preissystem noch mehr komplizieren könnte - dieser ökonomische Hebel, wenn er durch die höheren Zuschlags- und Abschlagssätze wirksam würde, tendenziell dann sicherlich auch die oben genannten Sortimentsmanipulationen auslösen könnte.

-
- 1) L.-P. Wagenführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, a.a.O., S. 8.
 - 2) Vgl. Neue Industrie-Preise fördern Qualitätsproduktion, in: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 19 (1966), S. 13.
 - 3) Ebenda, S. 14.

3. Besonders wichtig scheint zu sein, daß trotz der qualitätsfördernden ökonomischen Hebel der wichtigste Aspekt des Qualitätsproblems im System zentraler Lenkung nach wie vor ungelöst bleibt. Dieser liegt nämlich nicht in der Qualitätssicherung vermittelt eines Systems administrativer Qualitätsnormen und entsprechender Preisdifferenzierungen, sondern in der Entwicklung der Qualität der Produkte.¹⁾ Das jetzige System der Preisdifferenzierungen, das für die Betriebe etwa einer Verfeinerung der bestehenden Sortimentsskala gleich käme, kann, wenn überhaupt, wohl die bestehenden Qualitätssorten in gewissem Umfang sichern,²⁾ aber - was deutlich sein dürfte - die Betriebe nicht dahin bringen, die Qualität ihrer Erzeugnisse von sich aus ständig zu erhöhen bzw. zu entwickeln. Vielmehr wird die Qualitätsentwicklung, die sich in der Praxis zum Teil auch nicht so sehr von der Herstellung von neuen bzw. weiterentwickelten Erzeugnissen unterscheiden läßt - und auch noch die Qualitätssicherung selbst -, in der Regel nach wie vor stark dadurch gehemmt, daß die Prämienmotivation und damit das Verhalten der Betriebe in erster Linie auf die allgemeine Planerfüllung, also die Erfüllung des Gewinnplanes durch Erfüllung des Produktions- und Selbstkostensenkungsplanes, gerichtet sind, und daß - was besonders wichtig erscheint - infolge der universal bestehenden Lieferantenmonopolstellung eine wirksame Marktkontrolle fehlt. Diese Tatsachen hemmen die Entwicklung und Einführung des technischen Fortschritts in beträchtlichem Maße.

Das Problem der Qualitätsentwicklung dürfte für die politische Führung auch insofern sehr akut sein als in Marktwirtschaften die Entwicklung und Verbesserung der Qualität kein solches Problem ist. In der Marktwirtschaft werden bekannt-

1) Vgl. H. Lilie und H. Franken, Qualitätsprüfung und -kontrolle im Produktionsprozeß, a.a.O., S. 10. - Ferner: L.-P. Wagenführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, a.a.O., S. 8.

2) Vgl. I. Raabe, Hebel müssen stärker wirken, a.a.O., S. 13.

lich die Produktqualität sowie der Produktpreis und andere Lieferbedingungen als Leistungskomponenten dem Ausleseprozeß der Märkte ausgeliefert. Von daher ist Qualitätssicherung eine Mindestforderung an die einzelnen Anbieter. Um nicht vom Markt verdrängt zu werden, müssen sie sich darüber hinaus stets um die Qualitätsverbesserung bemühen, eine dem sozialistischen Betrieb also genau entgegengesetzte Tendenz. Am anschaulichsten läßt sich dieses Problem anhand des Vergleichs der Qualität der industriellen Formgestaltung zwischen West und Ost darstellen, auch wenn diese nicht so wichtig erscheinen mag. Es dürfte kein Wunder sein, daß sich auch in dieser Hinsicht die mitteldeutschen Verantwortlichen ebenfalls am "Weltniveau" ausrichten müssen.¹⁾

D. Der administrative Charakter der Qualitätskontrolle

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Erfolg einer solchen pretialen Qualitätskontrolle in nicht geringem Maße von der Wirksamkeit administrativer Kontrolle überhaupt abhängt, hier also vom jeweiligen Fachpersonal der einzelnen Prüfdienststellen des DAMW, das zusammen mit den Preisbehörden die einzelnen Qualitätsnormen und die entsprechenden Preisdifferenzierungen festlegt und dann den einzelnen Erzeugnissen nach Prüfung das Gütezeichen erteilt.²⁾

Des weiteren ist zu erwähnen, daß es sicherlich bei vielen Erzeugnissen keine oder keine konkreten ökonomischen Qualitätskriterien gibt, was insbesondere auf die Konsumgüter zutreffen dürfte³⁾ und die Prüf- und Kontrollarbeit der Administrative nur erschweren würde.

-
- 1) Vgl. Gerhart Müller, Kann man Formqualität administrieren? In: Die Wirtschaft Nr. 7 (1965) vom 18.2.1965, S. 23.
 - 2) Vgl. Verordnung über das Statut des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung der DDR, § 5, a.a.O., S. 26.
 - 3) Vgl. W. Lau, Kriterien der Preisgestaltung bei Konsumgütern. In: Die Wirtschaft Nr. 22 (1966) vom 2.6.1966, S. 71 -

Der Umstand beispielsweise, daß bei den Experimenten insgesamt die Summe der Preiszuschläge jene der Preisabschläge bei weitem übersteigt, obwohl "planmäßig sich Preiszuschläge und Preisabschläge etwa die Waage [hätten] halten müssen",¹⁾ dürfte wohl den Verdacht auf Unwirksamkeit dieser Kontrolle bestätigen.

Ebenso wie auf anderen Gebieten des betrieblichen Leistungsprozesses (so z.B. Materialverbrauch, Lagerwirtschaft, Anlagenutzung u.a. mehr) sieht man sich auch hier genötigt, komplementär weitere administrative Maßnahmen einzuführen. So greift man als ultima ratio über die von der betriebsinternen TKO vorzunehmenden Qualitätskontrolle hinweg zum Primat der betriebsexternen ABI-Massenkontrolle.²⁾

H. Weiß, Preisdifferenzierung nach Güteklassen und Einzelhandelsverkaufspreise für Konsumgüter, in: Die Wirtschaft Nr. 33 (1966) vom 18.8.1966, S. 3;

W. Haring, Reichen die TGL aus? In: Die Wirtschaft Nr. 28 (1965) vom 15.7.1965, S. 9;

Neue Industriepreise fördern Qualitätsproduktion, a.a.O., S. 17.

1) L. P. ... Genführ, Bewegliche Preisdifferenzierung, a.a.O., S. 8.

2) Vgl. Gernard Liebnitzky, Ökonomische Ausnutzung der Grundmittel - ein Schwerpunkt der Leistungstätigkeit, in: Die Wirtschaft Nr. 11 (1966) vom 17.3.1966, S. 8.

Grundriß der neuen Planmethodik der SBZ

Beispiel des Ablaufschemas für die Industrie

1. Phase

„Staatliche Vorgabe“

— Vorlauf —

— Rücklauf —

2. Phase

„Staatliche Aufgabe“

— Vorlauf —

— Rücklauf —

Partei- und wirtschaftspolitische
Zielsetzung

Politbüro
der SED

Ebene der zentralen Instanzen
Ministerrat, Plankommission etc.

Vorsitzender der Plankommission

Obergabe der
textlichen Aufgaben,
Aufschlüsselung der
Vorgabebeziffern

Zusammenfassung
aller
bilanzierten
Planvorschläge

Übergang
zur 2. Phase

Zentrale Instanzen

Ausarbeitung
der
„Staatl. Aufgabe“
Einfügung von
Korrekturen

Übergabe
des
Volkswirtschafts-
plans an Volks-
kammer

Parteien und
ihnen gleichgest.
Org. (FDGB, FDJ)

Verteidigung vor dem
Vorsitzenden der Plankommission

Planvarianten

Ebene der Ministerien

Minister

Vorgabe-Auf-
Schlüsselung auf
VVB

Abstimmung der
VVB-Vorschläge
mit eigener
Konzeption

Verteidigung vor dem Minister

Planvarianten

Ministerien

Weitergabe und
Aufschlüsselung der
Mindest-
anforderungen

Koordinierung
der
VVB-Pläne

3. Phase
Gesetz

Ebene der VVB

Generaldirektor

Obergabe
von Richtwerten
an
Betriebe

Ausarbeitung
eigener Planvarianten
und Abstimmung
mit Betriebsplänen

„Korrigierendes Eingreifen“ des Gen. Dir.
wenn das Angebot unter der Vorgabe liegt
oder Möglichkeit zu überbieten besteht

VVB

Aufschlüsselung

Koordinierung
der Betriebspläne

Vertrags-
abschluß

Ebene der Betriebe VEB

Betriebsleiter

Ausarbeitung des
Betriebsplans

Planvorschläge

Belegschaft

Betriebe

Betriebsleiter

Diskussion
der Belegschaft

Erschließung von Reserven

Vertrags-
abschluß

Abstimmung mit
den zuständ. Gen. Organen
gleicher Ebene,
Abschluß von vorläufigen Verträgen

Einflußnahme zur
Erhöhung der Mindestanforderungen

Anlage 1

zu vorstehender Richtlinie

Vorschlag

für die Gestaltung einer Prämienstaffel,

wenn als Bezugsbasis für die Bildung des Prämienfonds der Zuwachs an Nettogewinn gilt

Überbietung bzw. Übererfüllung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %	Progressions-Koeffizient in %	Zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds (in % des planmäßigen Prämienanteils) für die Überbietung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %	Zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds (in % des planmäßigen Prämienanteils) für die Übererfüllung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %
für jedes weitere %	10	.	.
17	10	150	.
16	10	140	.
15	10	130	.
14	10	120	.
13	10	110	Zu finanzieren aus maximal 75 % des
12	10	100	überbotenen und
11	10	90	erfüllten Netto-
10	10	80	gewinnvolumens
9	10	70	50 Zu finanzieren aus
8	10	60	maximal 35 % des
7	10	50	zusätzlich erwirt-
6	10	40	schaffeten Netto-
5	7,5	30	gewinnvolumens
4	7,5	22,5	15
3	7,5	15	11,25
2	5	7,5	7,5
1	2,5	2,5	3,75
		(Planmäßiger Prämien-	1,25
		anteil)	

Unterbietung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %	Erfüllung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %	Degressions-Koeffizient in %	Verminderung des planmäßigen Prämienanteils in %	nach Verminderung verbleibender planmäßiger Prämienanteil in %
1	99	1	1	99
2	98	1	2	98
3	97	2	4	96
4	96	2	6	94
5	95	2	8	92
6	94	2	10	90
7	93	3	13	87
8	92	3	16	84
9	91	3	19	81
10	90	3	22	78
11	89	3	25	75
12	88	4	29	71
13	87	4	33	67
14	86	4	37	63
15	85	4	41	59
16	84	4	45	55
17 und	83	5	50	50
darüber	82	5	55	45
	81	6	61	39
	80 und	6	67	33

darunter

1. Der Prämienstaffel ergebende Gesamtzuführung zum Prämienfonds vermindert sich bei Nichterfüllung der festgelegten materiellen Kennziffern für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben. Diese Verminderung der Gesamtzuführung kann z. B. betragen

2. eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 97 % bis unter 99 %

3. eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 95 % bis unter 97 %;

4. eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar unter 95 %;

5. jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 97 % bis unter 99 %

6. eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 95 % bis unter 97 %;

7. eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar unter 95 %.

8. Von 32 % des planmäßigen Prämienanteils wird von den Verminderungen nicht

Anlage 2
zu vorstehender Richtlinie

Vorschlag
für die Gestaltung einer Prämienstafel,
wenn als Bezugsbasis für die Bildung des Prämienfonds die fondsbezogene Rentabilitätsrate gilt

Überbietung bzw. Über- erfüllung des vorgegebe- nen Steigerungssatzes in %	Progressions- Koeffizient in %	Zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds (in % des planmäßigen Prämienanteils) für die Überbietung des vorge- gebenen Steigerungs- satzes in %	Zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds (in % des planmäßigen Prämienanteils) für die Übererfüllung des vorge- gebenen Steigerungs- satzes in %
für jedes weitere %	20		
9,5	20	150	
9	20	140	
8	20	120	
7	20	100	
6	20	80	50
5	15	60	40
4	15	45	30
3	15	30	22,5
2	10	15	15
1	5	5	7,5
0	0	(Planmäßiger Prämien- anteil)	2,5

Unterbietung des vorge- gebenen Steigerungs- satzes in %	Erfüllung des vorgegebenen Steigerungs- satzes in %	Degressions- Koeffizient in %	Verminderung des plan- mäßigen Prämienanteils in %	nach Verminderung verbleibender plan- mäßiger Prämienanteil in %
1	99	2	2	98
2	98	3	5	95
3	97	4	9	91
4	96	4	13	87
5	95	4	17	83
6	94	4	21	79
7	93	4	25	75
8	92	5	30	70
9	91	5	35	65
10	90	5	40	60
11	89	5	45	55
12 und	88	5	50	50
darüber	87	5	55	45
	86	6	61	39
85 und	85	6	67	33
darunter				

(Die sich nach der Prämienstafel ergebende Gesamtzuführung zum Prämienfonds vermindert sich bei Nichterfüllung der festgelegten materiellen Kennziffern für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben. Diese Verminderung der Gesamtzuführung kann z. B. betragen

10 %, wenn eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 97 % bis unter 99 %
(bzw. 100 %);

15 %, wenn eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 95 % bis unter 97 %;

25 %, wenn eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar unter 95 %;

30 %, wenn jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 97 % bis unter 99 %
(bzw. 100 %);

40 %, wenn jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 95 % bis unter 97 %;

65 %, wenn jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar unter 95 %.

Ein Grundbetrag in Höhe von 33 % des planmäßigen Prämienanteils wird von den Verminderungen nicht betroffen.)

Anlage 3

zu vorstehender Richtlinie

Vorschlag

für die Gestaltung einer Prämienstaffel,

wenn als Bezugsbasis für die Bildung des Prämienfonds der Zuwachs an Gewinn gilt

Überbietung bzw. Über- erfüllung des vorgegebe- nen Steigerungssatzes in %	Progressions- Koeffizient in %	Zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds (in % des planmäßigen Prämienanteils) für die Überbietung des vorge- gebenen Steigerungss- satzes in %	Zusätzliche Zuführungen zum Prämienfonds (in % des planmäßigen Prämienanteils) für die Übererfüllung des vorge- gebenen Steigerungss- satzes in %
10,5	20	150	
10	20	140	
9	20	120	
8	15	100	50
7	15	85	42,5
6	15	70	35
5	15	55	27,5
4	13	40	20
3	12	27	13,5
2	10	15	7,5
1	5	5	2,5
0	0	(Planmäßiger Prämien- anteil)	

Unterbietung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %	Erfüllung des vorgegebenen Steigerungssatzes in %	Degressions-Koeffizient in %	Verminderung des planmäßigen Prämienanteils in %	nach Verminderung verbleibender planmäßiger Prämienanteil in %
1	99	2	2	98
2	98	3	5	93
3	97	4	9	91
4	96	4	13	87
5	95	4	17	83
6	94	4	21	79
7	93	4	25	75
8	92	5	30	70
9	91	5	35	65
10	90	5	40	60
11	89	5	45	55
12 und	88	5	50	50
darüber	87	5	55	45
	86	6	61	39
	85 und	6	67	33
	darunter			

(Die sich nach der Prämienstafel ergebende Gesamtzuführung zum Prämienfonds vermindert sich bei Nichterfüllung der festgelegten materiellen Kennziffern für volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben. Diese Verminderung der Gesamtzuführung kann z. B. betragen

10 %, wenn eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 97 % bis unter 99 %
(bzw. 100 %);

15 „, wenn eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 95 % bis unter 97 %;

3) wenn eine der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar unter 95 %;

Wenn jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 97% bis unter 99% (bzw. 100%);

45 0/0, wenn jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar mit 95 0/0 bis unter 97 0/0;

65 %, wenn jede der festgelegten materiellen Kennziffern nicht erfüllt ist und zwar unter 95 %.

Ein Grundbetrag in Höhe von 23 % des planmäßigen Prämienanteils wird von den Verminderungen nicht betroffen.)

Index 31817

VEB-Bilanzschema (AKTIVA)

A. Grundmittel, abgezweigte Mittel und Verlust

I. Grundmittel

1. Grundmittel der Industrie
./.. Verschleiß
2. Grundmittel anderer Wirtschaftszweige und Zwecke
./.. Verschleiß
3. Sonstige Grundmittel und überhöhter Aufwand für
Generalreparaturen

II. Abgezweigte Mittel

1. Gezahlte Körperschaftssteuer
2. Andere Gewinnverwendung
3. Reisekosteneinsparung

III. Verlust

Summe A

B. Umlaufmittel

I. Richtsatzgebundene Umlaufmittel

1. Material
2. Unvollendete Erzeugnisse
3. Fertigerzeugnisse
4. Flüssige Mittel

II. Andere Umlaufmittel

1. Zweckgebundene Mittel für Materialaufwand
2. Sonderbankkonto Betriebsprämienfonds sowie Kultur-
und Sozialfonds (ehemals Direktorfonds)
3. Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
4. Sonstige Sonderbankkonten
5. Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen
6. Forderungen aus dem Staatshaushalt
7. Sonstige Forderungen
8. Ausgaben für den künftigen Abrechnungszeitraum

Summe B

C. Investitionen und Generalreparaturen

I. Sonderbankkonten

1. Sonderbankkonto Investitionen
2. Sonderbankkonto Generalreparaturen
3. Sonderbankkonto Kleininvestitionen

II. Noch nicht fertige Investitionen und Generalreparaturen

Summe C

Summe A bis C

VEB-Bilanzschema (PASSIVA)

A. Eigene und ihnen gleichgestellte Fonds

- I. Grundmittelfonds (davon langfristige Verbindlichkeiten)
- II. Deckung der aus Umlaufmitteln finanzierten Grundmittel
- III. Umlaufmittelfonds (Soll laut Plan)
- IV. Gewinn
- V. Preisstützungen und Verlustausgleich

Summe A

B. Fremde Fonds

I. Kreditfonds

- 1. Kreditplan laut Richtsatzplan
- 2. Saisonkredite
- 3. Sonderkredite
- 4. Zessionskredite
- 5. Überfällige Kredite
- 6. Kredite für Überplanbestände
- 7. RE-Kredite

II. Verbindlichkeiten

- 1. Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen
- 2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt
- 3. Lohnverrechnungen
- 4. Verbindlichkeiten unbestimmter Höhe
- 5. Einnahmen für künftige Abrechnungszeiträume
- 6. Sonstige Verpflichtungen
- 7. Reisekosten-Einsparung

III. Sonderfonds

- 1. Amortisationsfonds
- 2. Fonds für Werterhaltung
- 3. Fonds für Anlauf, Forschung und Entwicklung
- 4. Andere Sonderfonds
- 5. Betriebsprämienfonds, Kultur- und Sozialfonds

Summe B

C. Investitionen und Generalreparaturen

- I. Verbindlichkeiten aus Investitionsgüterlieferungen

II. Fonds

- 1. Fonds für Investitionen
- 2. Fonds für Generalreparaturen
- 3. Fonds für Kleininvestitionen

Summe C

Summe A bis C

- H. Dietrich, H. Gralka u.a.: Betriebsökonomik - Industrie.
(Lehrbuch) Teil 1. und 2., Berlin (-Ost)
1966
- G. Famula: Ökonomische Kennziffern im System der innerbetrieblichen Planung und Kontrolle der sozialistischen Betriebe der Leichtindustrie. Berlin (-Ost)
1959
- W. Förster: Artikel "Betrieb" (Teil B). In: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Hrsg. C.D. Kernig. Freiburg
1. Br. 1966, Bd I, Sp. 646-657
- S. Friebe: Der Kredit in der Zentralverwaltungswirtschaft.
Berlin 1957
- G. Fuchs, H. Hoyer u.a.: Die Plankontrollmappe der Industriebetriebe. Berlin (-Ost) 1960
- G. Gebhardt u.a.: Probleme des Sortiments und der Planaufschlüsselung in Textilbetrieben. (= Beiträge zu Fragen der Textilindustrie, Heft 11).
Leipzig 1963
- R. Goldschmidt und E. Langner: Die Produktionsfondsabgabe.
(= Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 3). Berlin (-Ost) 1965
- D. Granick: Management of the Industrial Firm in the USSR. A Study in Soviet Economic Planning.
New York 1964
- G. Grunau u.a.: Die Betriebskommissionen der Arbeiter- und Bauerninspektion. Aufgaben und Grundsätze für die Arbeitsweise der Betriebskommissionen der ABI. Berlin (-Ost) 1965
- G. Gutmann: Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zentralverwaltungswirtschaft. (= Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Heft 5, herausgg. von K.P. Hensel und K. Pleyer)
Stuttgart 1965
- K.P. Hensel: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme.
Stuttgart 1959
- ders.: Artikel "Planwirtschaft". In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd 8, Tübingen 1964
- G. Hersing und K. Meinzer: Ökonomik sozialistischer Industriebetriebe. (= Lehrbuch der Reihe: Ökonomik der sozialistischen Industrie). Berlin (-Ost) 1964

- H. Heuer: Zur Organisation der Betriebsplanung in der volkseigenen Industrie des sowjetischen Besatzungsgebietes. (= Wirtschaftswiss. Abhandlungen der Freien Universität Berlin, herausgg. von E. Kosiol und A. Paulsen, Heft 10). Berlin 1958
- E. Knauthe: Der Finanzplan des volkseigenen Industriebetriebes. (= Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen, Heft 21). Berlin (-Ost) 1956
- J. Kornai: Overcentralization in Economic Administration. A critical Analysis based on Experience in Hungarian Light Industry. Oxford 1959
(Aus dem Ungarischen)
- E. Langner und Harry Nick: Warum Produktionsfondsabgabe?
Berlin (-Ost) 1965
- W. A. Leeman: (Hrsg.) Capitalism, Market Socialism and Central Planning. Readings in comparative Economic Systems. Boston 1963
- G. Leptin: Die Anlagen im Rechnungswesen der sowjetischen Industrieunternehmung. (= Wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des OEI an der Freien Universität Berlin, Bd 18). Berlin 1962
- ders.: Probleme der materialtechnischen Versorgung. In: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem. (= Wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des OEI an der Freien Universität Berlin, Bd 22). Berlin 1964
- H.S. Levine: The Centralized Planning of Supply in Soviet Industry. In: The Soviet Economy, ed. by M. Bornstein and D.R. Fusfeld. Homewood 1966
- Y.S. Liberman: Confidence is an incentive. In: The Current Digest of the Soviet Press. Vol. XVIII, No 16, p. 29
- S. Lindner: Rentabilitätsverbesserung, Selbstkostensenkung, Interessenvertretung. (= Industrieökonomik, Heft 8). Berlin (-Ost) 1965
- W. Petrovsky: Preispolitik und Preisbildung in der DDR. Berlin (-Ost) 1960
- F. Polaschewski: Probleme der Analysentätigkeit der Industriebankfilialen und der Ausnutzung des Zinses im System der ökonomischen Hebel. Berlin (-Ost) 1964

- H.-U. Post: Das System der Wirtschaftsrechnung bei der Planverwirklichung in der volkseigenen Industrie der DDR. Diss. Freiburg i.Br. 1955
- R. Rinke: Probleme der Planung und Verwendung des Prämienfonds in der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik. Diss. Berlin (-Ost) 1965 (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED)
- S. Schauer: Ökonomisch begründete Preisrelationen. Grundlagen und Methoden der Parameterpreisbildung. (= Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Heft 8). Berlin (-Ost) 1965
- D. Schindeler: Das Leistungsanreizsystem in den mitteldeutschen Industriebetrieben. Diss. Erlangen-Nürnberg 1964
- W. Strohmeier: Die Planung und Abrechnung der Selbstkosten und Selbstkostensenkung unter Berücksichtigung der Auswirkung der Selbstkostenverordnung vom 12. Juli 1962. Am Beispiel des VEB Radsatzfabrik Ilseburg (Harz). Diplomarbeit der Hochschule für Ökonomie. Berlin (-Ost) 1964/65
- K.C. Thalheim: Die Wirtschaft der Sowjetzone in Krise und Umbau. (= Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, herausgg. vom Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Bd 1) Berlin 1964
- J. Thamm, H. Lange und G. Knauthe: Der Betriebsplan des volkseigenen Industriebetriebes. Berlin (-Ost) 1953
- J. Thamm: Die sozialistische Leitung der Industrie in der DDR. Berlin (-Ost) 1961
- W. Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis (Wirtschaftskonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR, Juni 1963). Berlin (-Ost) 1963
- ders.: Das Programm des Sozialismus und die geschichtliche Aufgabe der SED (Referat auf dem VI. Parteitag der SED). Berlin (-Ost) 1963
- N. Wallmeyer: Die Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit beim Betriebsleiter und Hauptbuchhalter. (Diplomarbeit) Berlin (-Ost) 1964
- B. Ward: The Planner's Choice Variables. In: Value and Plan, ed. by G. Grossman. Berkeley and Los Angeles 1960

- A. Wilmut: Analyse der betriebswirtschaftlichen Struktur der volkseigenen Betriebe. (= Wirtschaftswiss. Veröffentlichungen des OEI an der Freien Universität Berlin, Bd 7). Berlin 1958

Zeitschriftenartikel

- M. Banse: Materieller Anreiz und die Kategorien Kredit und Zins. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14 (1963), S. G 5
- A. Birman: Die Bedeutung der moralischen und materiellen Stimuli für das wirtschaftliche Wachstum. In: Pravda vom 9. März 1966 (deutsche Ausgabe: Presse der Sowjetunion, Nr. 38 (1966), S. 10
- M. Böttcher: Pläne den Realitäten anpassen! In: Die Wirtschaft (Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Technik), Nr. 15 (1965), S. 2
- ders.: Wo stehen wir mit der Planung im NÖS? In: Die Wirtschaft, Nr. 48 (1965), S. 16f.
- R. M. Campbell: A Comparison of Soviet and American Inventory-Output-Ratios. In: American Economic Review, Vol. XLVIII, Sept. 1958, No 4, S. 549 ff.
- H. Demmler: Das sowjetische Modell enttäuscht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), vom 11. November 1966, S. 27
- A. Dost: Einige Probleme der Preisbildung zur Erhöhung der ökonomischen Wirksamkeit von Preis und Gewinn. In: Die Wirtschaft, Nr. 44 (1962), S. 11
- K. Erdmann: Der Planmethodik neue Kleider - Veränderungen in der sowjetzonalen Planmethodik. In: SBZ-Archiv Nr. 10 (1966), S. 151 ff.
- H. Finger: Die theoretischen und praktischen Anforderungen an Kredit und Zins als ökonomische Hebel. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 1 (1966), S. G 5
- G. Geyer: Die Bildung und Verwendung der Prämienfonds für die Jahre 1966/67. In: Die Wirtschaft, Nr. 17 (1966), S. 14
- V. Grusinov: Prämierung der ingenieurtechnischen Mitarbeiter und Angestellten in einigen europäischen sozialistischen Ländern. In: Presse der Sowjetunion, Nr. 9 (1964), S. 184

- H. Günzel: Eine Lanze für vereinfachte Kreditplanung. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 17 (1963), S. G 9
- W. Haring: Reichen die TGL aus? In: Die Wirtschaft, Nr. 28 (1965), S. 9
- D. Heizmann: Betriebsblindheit ist keine unheilbare Krankheit. ABI-Kontrolle deckte im Bereich der VVB Baumwolle vielfältige Materialreserven auf. In: Die Wirtschaft, Nr. 25 (1965), S. 13
- H.-W. Hübner: Die Planmethodik 1967. In: Die Wirtschaft, Nr. 14 (1966), S. 11
- W. Jesse: Die Produktionsfondsabgabe wirkt nicht im Umlaufmittelbereich. Erste Erkenntnisse aus ökonomischen Experimenten. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 21 (1964), S. 19
- R. Evstigneev (R. Jewstignejew): Über den materiellen Anreiz in der Industrie der sozialistischen Länder Europas. In: Presse der Sowjetunion, Nr. 78 (1963), S. 1725 ff.
- A. Keller: Erkenntnisse aus dem ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe. In: Deutsche Finanzwirtschaft Heft 24 (1965), S. 16
- G. Krüger: Über Kredit und Zins zur rationellen Ausnutzung der Umlaufmittel. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 10 (1965), S. G 8
- ders.: Kreditplanung ohne administrative Züge. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 16 (1965), S. G 6
- M. Kulicke: Kategorie Zins noch schwach auf der Brust. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14 (1963), S. G 12
- E. Langner und G. Pohle: Produktionsfondsabgabe und Zins. Experimente, Erfahrungen, Konsequenzen. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 16 (1965), S. 6
- E. Langner und E. Seidel: Produktionsfondsabgabe in ausgewählten VVB. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 11 (1966), S. 5
- W. Lau: Kriterien der Preisgestaltung bei Konsumgütern. In: Die Wirtschaft, Nr. 22 (1966), S. 7
- P. Lauterbach: Zu einigen Fragen der perspektivischen Preisbildung. In: Die Wirtschaft, Nr. 5 (1965), S. 18

- H. Lehmann und K. Riebe: Die Planmethodik und die Interessen der Gießereibetriebe. In: Die Wirtschaft, Nr. 48 (1965), S. 17
- Y. G. Liberman: Plan, Gewinn, Prämie. In: Pravda vom 21. 9. 1962, deutsch in: Presse der Sowjetunion, Nr. 108 (1962), S. 2331 ff.
- G. Liebnitzky: Ökonomische Ausnutzung der Grundmittel - ein Schwerpunkt der Leitungstätigkeit. In: Die Wirtschaft, Nr. 11 (1966), S. 8
- G. Liefländer: Störreserve - Sicherheitsfaktor der Ersatzteilmwirtschaft. In: Die Wirtschaft, Nr. 5 (1965), S. 15
- H. Lilie und H. Franken: Qualitätsprüfung und Kontrolle im Produktionsprozeß. In: Die Wirtschaft, Nr. 3 (1966), S. 10
- B. Martin: Qualitätssteigerung aus Gewinnsucht? In: Die Wirtschaft, Nr. 47 (1965), S. 9
- L. Meinel: Zu höherer Effektivität der Grundfonds im sozialistischen Wettbewerb. In: Die Wirtschaft, Nr. 15 (1966), S. 19
- G. Müller: Kann die Formqualität administriert werden? In: Die Wirtschaft, Nr. 7 (1965), S. 23
- H. Nick, W. Oelschlägel und R. Goldschmidt: Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 21 (1964)
- H. Nick: Die Produktionsfondsabgabe - der wichtigste ökonomische Hebel zur rationellen Nutzung der produktiven Fonds. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 9/10 (1964)
- ders.: Zins - Maß und Geldausdruck der Aufwandsart "Fondsvorschuß". In: Wirtschaftswissenschaft. 13. Jg, Heft 5 (1965), S. 709
- ders.: Produktionsfondsabgabe und Kreditzins. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14 (1965), S. 7f
- ders.: Zum ökonomischen Inhalt des Zinses. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 10 (1965), S. 1621
- ders.: Wie geht es mit der Produktionsfondsabgabe weiter? In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 3 (1966), S. 10

- K. Niemetz: Der Zuwachs an Nationaleinkommen zeigt den Nutzen der Investitionen - "Exakte Kennziffern sind notwendig". In: Die Wirtschaft, Nr. 2 (1966), S.18
- W. Oelschlägel und G. Seidel: Erste Ergebnisse des ökonomischen Experiments Produktionsfondsabgabe. In: Die Wirtschaft, Nr. 27 (1965), S. 20
- M. Pelzer: Hochschulgespräch über Produktionsfondsabgabe. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 2 (1965), S. 17
- E. Polaschewski: Jahreskreditplanung läßt sich vereinfachen. In: D. Hunstock Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14 (1963), S. G 9
- I. Raabe: Hebel müssen stärker wirken. In: Die Wirtschaft, Nr. 25 (1966), S. 13
- W. Schilke: Durch Rationalisierungskredite hoher Nutzen der Investitionen. In: Die Wirtschaft, Nr. 13 (1966), S. 14
- A. Reinhold und W. Schmidt: Probleme der Planung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung. In: Die Wirtschaft Nr. 2 (1966), S. 17
- W. Schmidt: Gewinn und Qualität ein Gegensatz? In: Die Wirtschaft, Nr. 2 (1966), S. 3
- E. Schoder: Neue Kreditbestimmungen für die zentralgeleitete volkseigene Industrie. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Nr. 10 (1964), S. 14f.
- H.-J. Schulz: Zum ökonomischen Experiment Produktionsfondsabgabe - einige Ergebnisse in der VVB Elektrogeräte. In: Die Wirtschaft, Nr. 9 (1965), S. 24
- ders.: Einige Probleme der Vervollkommnung des Wirkens der Produktionsfondsabgabe im System ökonomischer Hebel. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 11 (1965), S. 1790
- P. Stapelfeld: Anweisungen deutlicher formulieren. In: Die Wirtschaft, Nr. 27 (1965), S. 21
- H. W. Stenzel: Die Wirkung von Produktionsfondsabgabe und Zins auf die Umlaufmittelfinanzierung. In: Die Wirtschaft Nr. 18 (1965), S. 14
- E. Szereiks: Ständig analysieren: Was mindert die Hebelkraft von Kredit und Zins? In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 6 (1966), S. G 6
- J. Thamm: Erfahrungen und Probleme der Perspektivplanung. In: Die Wirtschaft, Nr. 16 (1966), S. 16f.

- K. Tripelmann und G. Jahn: Erläuterungen zur Bildung des Prämienfonds für 1966 und 1967. In: Die Wirtschaft, Nr. 21 (1966), S. 12
- F. Tuttlies und W. Schilke: Produktionsfondsabgabe und Zins in der Umlaufmittelsphäre koordinieren. In: Die Wirtschaft, Nr. 9 (1965), S. 24
- F. Tuttlies: Probleme der ständigen Passiva. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 12, (1966), S. F 14
- E. Schoder
- W. Ulbricht: Probleme des Perspektivplanes bis 1970. Referat auf der 11. Tagung des ZK der SED. In: Die Wirtschaft, Nr. 51/52 (1965), Beilage
- L. P. Wagenführ: Bewegliche Preisdifferenzierung. In: Die Wirtschaft, Nr. 10 (1966), S. 8
- H. Weiß: Preisdifferenzierung nach Güteklassen und Einzelhandelsverkaufspreise für Konsumgüter. In: Die Wirtschaft, Nr. 33 (1966), S. 3
- G. Wichan: Kredit und Zins nicht isoliert betrachten. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 13 (1965), S. G 7
- F. Wilch und E. Schmidt: Wer gut manipuliert, fährt am besten. In: Die Wirtschaft, Nr. 31 (1965), S. 5f.
- G. Winkler: Zur Problematik der Kennziffer Rückflußdauer von Investitionen. In: Wirtschaftswissenschaft. 14. Jg., Heft 8 (1966), S. 1269
- ohne Verfasser: Rahmenrichtlinie für die Normierung der Produktions- und Zirkulationsvorräte in den Industrie- und Produktionsmittelgroßhandelsbetrieben. In: Die Wirtschaft, Nr. 14 (1964), S. 16
- Fahrt frei für optimale Pläne und hohe Prämien. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 14 (1964), S. 6f.
- Zur Diskussion um den Rationalisierungskredit. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 5 (1965), S. G 1
- Entwurf einer Rahmenmethodik zur Ermittlung des ökonomischen Nutzeffekts von Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. In: Die Wirtschaft, Nr. 28 (1965), Beilage

ohne Verfasser:

Zur Erläuterung der im Referat des Genossen Walter Ulbricht auf der 11. Tagung des ZK dargestellten Probleme zur Qualifizierung der Planung, der Leitung und der Anwendung ökonomischer Hebel in der zweiten Etappe des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. In: Die Wirtschaft, Nr. 1 (1966), Beilage, S. 8 ff.

Interview der Redaktion der Zeitung "Die Wirtschaft" mit dem Minister für Bearbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau GEORGI und dem Mitglied des Komitees der Arbeiter- und Bauerninspektion und Leiter der Inspektion Verarbeitungs- und Fahrzeugbau: "Massenkontrolle 'Auslastung der Grundmittel'". In: Die Wirtschaft, Nr. 19 (1966), S. 3

Der Leiter ist für die Ökonomie der Grundfonds seines Bereiches verantwortlich. In: Die Wirtschaft, Nr. 22 (1966), S. 10

Was hemmt den Abschluß von Wirtschaftsverträgen, Rundtischgespräch der Zeitung "Die Wirtschaft". In: Die Wirtschaft, Nr. 41 (1966), S. 12

Neue Industriepreise fördern Qualitätsproduktion. In: Deutsche Finanzwirtschaft, Heft 19 (1966), S. 13

Gesetzliche Bestimmungen

Verordnung über die staatliche Material- und Warenprüfung in der Deutschen Demokratischen Republik. In: Gesetzblatt der DDR, Teil I (Herausgg. vom Büro des Ministerrates), Nr. 55 Jg. 1960, S. 516 f.

Preisverordnung Nr. 1950 (Güteklassifizierung und Preisberechnung) vom 18. Mai 1961. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 31 (1961), S. 187 f.

Verordnung über die Planung und Abrechnung der Selbstkosten der Betriebe und Erzeugnisse - Selbstkostenverordnung vom 12. Juli 1962. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 51 (1962), § 9 (1), S. 447

Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 11. Juli 1963. Berlin (-Ost) 1963

Prämien im System der ökonomischen Hebel - Industrie und Bauwesen. Textsammlung und Erläuterungen & Sachregister. Herausgg. von der Staatlichen Plankommission - Kommission für Arbeit und Löhne. Berlin (-Ost) 1964

Verordnung über die Preisbildung nach der Güteklassifizierung des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung (Preisbildungsverordnung Güteklassifizierung) vom 29. Januar 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 14 (1964)

Beschluß über die Grundsätze der Planmethodik 1965 vom 1. Februar 1964 (Auszug). In: Gesetzblatt der DDR. Sonderdruck Nr. 487

Beschluß über die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964, vom 30. Januar 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 10 (1964)

Verordnung über die Umbewertung der Grundmittel vom 30. Januar 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 14 (1964)

Beschluß über die Grundsätze für die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1965, vom 18. März 1965. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 42 (1965)

Beschluß zur Ergänzung der Grundsätze für die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB im Jahre 1964, vom 23. Juli 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 89 (1964)

Richtlinie für die Bildung und Verwendung des Prämienfonds. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 40 (1966)

Beschluß zur Richtlinie für die Bildung und Verwendung des Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und den VVB der Industrie und des Bauwesens im Jahre 1967 sowie zur Übergangsregelung für das Jahr 1966, vom 7. April 1966. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 40 (1966)

Verordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite für den Umlaufmittelbereich der volkseigenen Industrie, vom 8. April 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 35 (1964)

Anordnung über die Gewährung kurzfristiger Kredite für den Umlaufmittelbereich der volkseigenen Industrie, vom 25. Juni 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 35 (1964)

Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen (Investitionsverordnung), vom 25. September 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 95 (1964)

Richtlinie über die Verantwortung und die Hauptaufgaben der Deutschen Notenbank im neuen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (Auszug), vom 3. September 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 99 (1964)

Verordnung über das Statut des Deutschen Amtes für Meßwesen und Warenprüfung der DDR, vom 5. November 1964. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 6 (1965)

1. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen und Kredite für Rationalisierungsmaßnahmen, vom 22. Februar 1965. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 30 (1965)

Anordnung Nr. 1 zu den Grundsätzen für die Einführung der Produktionsfondsabgabe. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 42 (1966)

Beschluß über die Aufgaben und Verantwortlichkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane auf dem Gebiet der Preise, vom 7. Juli 1966. In: Gesetzblatt der DDR, Teil II, Nr. 82 (1966)

L E B E N S L A U F

Name:	Yak Yeow Kueh
Geboren:	25.8.1937 in Simanggang, Sarawak, Malaysia
Vater:	Chong-Tock Kueh, Zahnarzt
Mutter:	Siang-Kiang, geborene Tan
1946-1951	Besuch der Chung-Hua School in Simanggang
1952-1957	Besuch der Chung-Hua Middle School in Kuching, Sarawak, Malaysia
Dezember 1957	Abitur
1958-1961	Studium der Volkswirtschaftslehre als Stipendiat des International Junior Chamber of Commerce (Hong Kong) am New Asia College (seit 1963 zu The Chinese University of Hong Kong gehörig)
Juni 1961	Abschlußexamen mit dem Titel Bachelor of Law, 1962 verliehen vom New Asia College im Einvernehmen mit dem Erziehungsministerium der Republik China, und dem Diploma in Commerce, 1962 verliehen vom Post-Secondary College Joint Diploma Board, Hong Kong
Juli 1961 - Dez. 1966	Stipendiat des DAAD
Juli - Okt. 1961	Deutscher Sprachkurs im Goethe-Institut in Kochel, Bundesrepublik Deutschland
WS 1961	Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität in Freiburg/Br.
SS 1962-SS 1965	Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität in Marburg/L.
6.2.1964	Diplomprüfung für Volkswirte in Marburg/L.
Januar 1965	Beginn der Dissertation
WS 1965-SS 1966	Studium an der Freien Universität in Berlin





